

Personalratswahlen 2021:

Neue Realitäten. Chancen nutzen! VRB wählen.



23. Juni 2021
Hauptversammlung
in Ingelheim
Infos auf Seite 98

Vereinbarung: Qualifizierter IT-Support aus einer Hand

Instagram: Schulische und private Nutzung

Glückwunsch VRB: Fit für den Alltag

Momentaufnahmen: Meine Tage im Fernunterricht

MINT: Bildungsaktivitäten regional vernetzen

Gesundheitsschutz: Umgang mit Stress

Studienseminare: Perspektiven nach dem Vorbereitungsdienst

Inhalt

Ausgabe März 2021

Editorial	4
Haiku	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort	5
► Personalratswahlen 2021	
Neue Realitäten. Neue Chancen!	6
Die Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 1	10
Bildungspolitik	
KMK-Präsidentschaftsübergabe: „Europa (er)leben und gestalten“ im Blick behalten	36
Corona-Splitter, Teil III: Gesammelt von Wolfgang Häring und Wolfgang Wünschel	37
VRB-Verbandsarbeit	
Corona und Schule: VRB im Gespräch mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretär Hans Beckmann	40
„Teamgeist und Transparenz“ – Nicole Weiß-Urbach im Gespräch mit Timo Lichtenthäler	42
Fundsache: Kirsten Boies Traum aller Träume	45
Redaktionsteam Reale Bildung: Jahresplanung 2021	46
50. Vorstandssitzung der aktuellen Amtszeit: Verantwortung tragen	46
Landeshauptvorstand verabschiedet Wahlvorschlagslisten	47
Schule in Rheinland-Pfalz	
► IT-Systembetreuung an Schulen: Grundsatzvereinbarung zur Stärkung von Wartung und Administration	48
Statistik: Höchste Zahl der Einschulungen seit 2008	49
Abwanderung: Rheinland-pfälzische Hochschulen verlieren an Attraktivität	49
Abgeordnete in der Schule: Unsere Gesellschaft braucht Engagement und Zivilcourage junger Menschen	50
Wahlkampf in Corona-Zeiten	51
Schule und Recht	
► Instagram: Möglichkeiten und Grenzen der schulischen und privaten Nutzung – Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu	53
Info-Punkt für Pensionäre: Gesellschaft und Politik im Ringen um die Balance zum Schutz vulnerabler Personengruppen	56
Informationen zur Covid-19-Impfung	58
Beruf	
► Glückwunsch VRB! Siebzig Jahre Engagement für die Schule	59
► Corona-Tagebuch: Meine Tage im Fernunterricht – Gedanken und Momentaufnahmen	60
Glosse: Lehrer müsste man sein	62





**56 INFO-PUNKT FÜR PENSIONÄRE:
VULNERABLE PERSONENGRUPPEN**



**59 73 86 90 GLÜCKWUNSCH VRB!
SIEBZIG JAHRE ENGAGEMENT FÜR DIE
LEHRERSCHAFT**



**81 GESUNDHEITSSCHUTZ ERNST
NEHMEN UND STRESS ABBAUEN**



**96 KLARTEXT: BEDEUTUNG DER
PERSONALVERTRETUNG (NICHT NUR)
IN CORONA-ZEITEN**

Lehrerbildung – Berufseinstieg

Unterrichtsfach Ethik – verfassungsrechtlich verankert im Fächerkanon
Im Gespräch mit Andreas Stegmann und Nicolas Cordes 64

Info Punkt Berufseinstieg:
Die erste Klassenleitung – eine Erfahrung für sich 66
Das Team „IdeenBox“ stellt sich vor 67

Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik
Pinnwand 68

MINT – Bildungsaktivitäten regional vernetzen 70 ◀

Glückwunsch VRB! Siebzig Jahre Engagement für die Naturwissenschaft 73 ◀

Buchbesprechung: Raushalten ist (k)eine Alternative?! Christian Linker
„Der Schuss“ – als Klassenlektüre geeignet? 75

Medien und Digitalisierung
„Apps auf Rezept“ Verbesserung der medizinischen Versorgung
durch Digitalisierung 76

JIM-Studie 2020: Fehlende Kontakte per Videostream „gelindert“ 80

VRB-Bezirk Koblenz
Bezirksversammlung: Gesundheitsschutz ernst nehmen:
Umgang mit Stress durch achtsame Lebensführung 81 ◀

Studienseminar Koblenz: Wie geht es weiter?
Gibt es Perspektiven nach dem Vorbereitungsdienst? 82 ◀

Studienseminar Wallertheim: VRB im digitalen Austausch mit
Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern 83

VRB-Bezirk Neustadt
VRB-Bezirksarbeit geht weiter 83

Glückwunsch VRB! Siebzig Jahre Engagement für kulturelle
Begegnungen 86 ◀

VRB-Bezirk Trier
Herausfordernde Corona-Zeiten fordern auch die Bezirksarbeit heraus ... 87

Fortbildung für Personalräte:
VRB-Bezirke Koblenz und Trier schulen online 88

Fortbildung für Wahlvorstände:
Personalratswahlen bestmöglich vorbereiten 89

Glückwunsch VRB! Siebzig Jahre Engagement für die Studienseminare
und die Schulen 90 ◀

Termine, Service und Internes
Geburtstagswünsche 92
Nachruf Hans Thielen 94

KlarText!
Bedeutung der Personalvertretung (nicht nur) in Corona-Zeiten 96

Vorschau auf das nächste Heft und Impressum 97

Letzte Meldungen 98

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.

Schule. Realitäten. Chancen.



Corona-Splitter. Wir müssen immer neue Realitäten anerkennen und sehen, welchen Belastungen der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ausgesetzt ist. Die Rubrik „Corona-Splitter“ beleuchtet das auch im Blick auf die Schul- und Bildungspolitik.

Meine Tage im Fernunterricht. Monika Antoni schätzt die flexible freie Zeiteinteilung beim Arbeiten am eigenen Schreibtisch. Aber das ist nicht der (Schul-)Alltag, den sie sich wünscht. Die tatsächlichen Beziehungen zu ihren Schülerinnen und Schülern fehlen ihr sehr. Sie lässt uns teilhaben an ihren Gedanken und Erfahrungen im Fernunterricht.

Wahlen

Die Personalratswahlen liegen vor uns. Sie stehen - im doppelten Wortsinn – im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Unsere Ziele und Forderungen stehen unter dem Motto: Neue Realitäten. Chancen nutzen. Schule gestalten.

Die Landtagswahlen sind vorbei. Wolfgang Häring hat sie begleitet. Unser Verband hat sich engagiert für die Interessen der Lehrkräfte eingesetzt. Mit Blick auf die Regierungsbildung haben wir Herausforderungen benannt, in deren Zentrum unsere Lehrkräfte und Schulen stehen.

Die Bundestagswahlen im Herbst werden zeigen, dass Bildung nicht nur ein Thema auf Länderebene ist. Wir werden auch se-

hen, wie lange sich das Virus noch in Wahlen einmischt. Peter Bung hat es im Blick.

Gespräche und Interviews

Unsere Justiziarin Antonia Dufeu und Wilfried Rausch stecken die Möglichkeiten und Grenzen unterrichtlicher und privater Nutzung der beliebten Fotoplattform Instagram ab.

Timo Lichtenthäler ist seit 2016 Landesvorsitzender des Verbands Reale Bildung. Nicole Weiß-Urbach sprach mit ihm über die Vielseitigkeit seiner Aufgaben, erfährt seine Ziele und wo er Ausgleich und Erholung findet.

Die gesellschaftlichen Veränderungen haben das Unterrichtsfach Ethik in das Blickfeld gerückt. Wir haben das Gespräch mit jungen Lehrkräften gesucht, die die Fakultas für dieses Fach besitzen.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken.

Info-Punkt Berufseinstieg: Die erste Klassenleitung. Das Aufgabenfeld der Klassenleitung ist groß und vielfältig. Katharina Becker, Nico Cordes und Maren Sassendorff wollen dafür in einer Ideen-Box fortlaufend organisatorische und methodische Impulse geben.

Vulnerable Gruppen. Im Umgang mit den Folgen der Pandemie ringen Gesellschaft und Politik um die Balance zum Schutz vulnerabler Gruppen. Es müssen nicht nur Fragen aus der Medizin beantwortet werden, sondern auch Fragen aus dem ethischen Bereich.

Lehrer müsste man sein. Eine Glosse? In diesen Zeiten? Kaum eine Berufsgruppe

wird um die Vorzüge des Jobs so beneidet wie Pädagogen. Warum aber will dann niemand mit ihnen tauschen?

70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft Glückwunsch VRB! Die Vielfalt der rheinland-pfälzischen Verbands- und Schulgeschichte lässt sich nicht in einer „Festschrift“ erfassen. Wir rufen diesmal Zeitzeugenberichte auf, die in die Gegenwart weisen.

Gudrun Deck zeigt auf, wie sich unterrichtliche Anliegen mit kulturellen, kollegialen und freundschaftlichen Begegnungen verbinden.

Andreas Stegmann engagiert sich in unserem Verband. Das hat auch mit seinen Erfahrungen auf seinem Weg vom Realschüler zum Realschullehrer zu tun.

Über 200 Lehrkräfte erwarben in den achtziger Jahren die Lehrbefähigung für ein neues Wahlpflichtfach: Mathematik-Naturwissenschaften. Rolf Monnerjahn führt uns als Zeitzeuge in die noch immer aktuelle Welt der kybernetischen Modelle.

Unser Bezirksverband Trier ging Ende der neunziger Jahre mit Anwärtnerinnen und Anwärtern des Trierer Studienseminars „auf die Straße“. Hanns Peters, Birgitt Maczuck und Gerhard Klein erinnern sich an Momente, die unter die Haut gingen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



Wahlen

Welche Wahl lässt uns das Virus im Wahljahr?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„vermutlich wird uns die Coronapandemie auch im Jahr 2021 begleiten, ... doch Sie können sich darauf verlassen, dass der VRB auch im kommenden Jahr für Ihre berechtigten Interessen eintreten wird.“

Dieses Zitat stammt aus meinem Vorwort der letzten Ausgabe unserer Verbandszeitschrift.

Schulische Situation

Dass wir uns nach der Weihnachtspause in einem erneuten vollständigen Lockdown der Schulen wiederfinden würden, ist nicht zuletzt den gestiegenen Inzidenzwerten sowie dem Auftreten von Mutationsvarianten geschuldet. Die Länder und die KMK haben nach der ersten Pandemiewelle keine überzeugende Schulstrategie entwickelt. Obwohl nicht nur wir seit August schulische Lösungsstrategien angemahnt haben.

Wie lange unsere Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und die gesamten Schulgemeinschaften noch mit diesen oder anderen Einschränkungen leben müssen, ist heute noch nicht absehbar. Sie können aber darauf zählen, dass der Landesvorstand sowie die VRB-Vertreterinnen und Vertreter in den Stufenvertretungen die weiteren Planungen des Ministeriums kritisch verfolgen werden und u. a. weiterhin den Gesundheitsschutz für die Lehrkräfte, unsere Schülerinnen und Schüler und damit auch deren Eltern konsequent einfordern werden.

Reformbedarf

Absehbar ist, dass das System Schule nach einem Ende der Pandemie nicht einfach so in die Ausgangslage aus dem März 2020 zurückkehren kann. Die neue Landesregierung wird sich politisch daran messen lassen müssen, welche Lehren sie aus der Pandemie ziehen wird. Schwerpunktbereiche werden sicherlich die Digitalstruktur an den Schulen, weitergehende Entlastungsmöglichkeiten für die Lehrkräfte, die notwendige Reform der Schulbaurichtlinien, die Anpassung der Klassenmesszahlen sowie die Schülerbeförderung sein. Der Verband Reale Bildung wird diese Forderungen mit Nachdruck artikulieren.

Wahljahr 2021

Das Jahr 2021 ist aus rheinland-pfälzischer Sicht ein Superwahljahr. Am 14. März 2021 wird der 18. Landtag und am 26. September der 20. Deutsche Bundestag gewählt. Alle Parteien sind im Wahlkampfmodus. Bildungspolitik hat bei beiden Wahlen einen hohen Stellenwert. Vor allem Landtagswahlen können mit bildungspolitischen Themen gewonnen oder verloren werden. Bildungs- bzw. Schulpolitik ist vor allem Ländersache. Unser Landesvorstand hat die Wahlprogramme eingehend geprüft und in Gesprächen thematisiert. Entscheidend für den Verband sind die tatsächlichen Handlungen und Entscheidungen, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergeben werden. An den Programmen wie auch am Koalitionsvertrag wird sich die neue Landesregierung messen lassen müssen!

Personalratswahlen 2021

In der ersten Maiwoche werden die Personalratswahlen stattfinden. Diese sollten allerdings angesichts der Pandemiebedingungen nicht unter einer geringen Wahlbeteiligung leiden. Die Briefwahl eröffnet jedem die Möglichkeit, sein Wahlrecht ohne Gesundheitsrisiko wahrzunehmen. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten an den Schulen durch die Personalräte sollten wir durch eine hohe Wahlbeteiligung wertschätzen. Sie sind aufgerufen, Ihre Stimme für Ihre Vertreter im Bezirkspersonalrat bei der ADD und im Hauptpersonalrat beim Ministerium für Bildung abzugeben. Die Stufenvertretungen setzen in ihrer Arbeit wichtige Akzente. Sie nehmen Einfluss darauf, ob und in welchem Maße die Schulaufsicht, das Ministerium und die Landesregierung der Realschule plus und der Integrierten Gesamtschule sowie ihren Lehrkräften Wertschätzung und spürbare Unterstützungs- und Entlastungsregelungen entgegenbringen.

VRB – Ihre Stimme für Reale Bildung

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten treten für Sie an, um die neuen Realitäten kritisch zu durchleuchten und die bildungspolitisch Verantwortlichen aufzufor-



dern, die sich bietenden Chancen effektiv und im Sinne der Schulen zu nutzen.

Ihre Stimme für den VRB und im Bereich der IGS für die gemeinsame Liste mit dem Philologenverband ist eine Stimme für Reale Bildung. In den Schulen engagieren sich Kolleginnen und Kollegen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher beruflicher Ausgangslagen. Unsere Kandidatenliste spiegelt dies ausgewogen wider. Der VRB tritt mit jungen und mit erfahrenen Mitgliedern in einem gemeinsamen Team an.

In dieser Ausgabe (als Heft im Heft) stellen sich Ihnen die Kandidatinnen und Kandidaten genauer vor. Ich appelliere an Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen: Bitte informieren Sie sich. Machen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen von Ihrem Stimmrecht Gebrauch. Unterstützen Sie den VRB durch Ihre Wahl. Wir stellen uns mit Überzeugung den Herausforderungen und setzen uns für die Stärkung unserer Schularten ein.

Ihr Timo Lichtenthäler





Vom 3. bis zum 7. Mai 2021 werden die Personalvertretungen neu gewählt. Neben den örtlichen Personalräten (öPR) in den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen werden auch die Stufenvertretungen für beide Schularten neu bestimmt. Gewählt werden die bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) angesiedelten Bezirkspersonalräte und die beim Bildungsministerium verorteten Hauptpersonalräte.

Mit Benjamin Bajraktari (BPR) und Michael Eich (HPR) stellt der Verband Reale Bildung (VRB) im Bereich Realschulen plus aktuell die Vorsitzenden. Die Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner Verband Bildung und Erziehung (VBE) ist verlässlich, vertrauensvoll und erfolgreich.

Christoph Schneider (BPR) und Jutta Okfen (HPR) werden im Bereich Integrierte Gesamtschulen eine exponierte Verantwortung übernehmen. Sie repräsentieren hier unseren Verband bei den Wahlen zu den Stufenvertretungen. Beide besitzen langjährige Erfahrung in der Personalratsarbeit. Wir setzen

unsere bewährte Zusammenarbeit mit dem Philologenverband (PhV) fort und treten wieder mit einer Listenverbindung an. Gemeinsam mit den Philologen streben wir die Zusammenarbeit mit dem VBE auch im Bereich Integrierte Gesamtschulen an.

NEUE REALITÄTEN. CHANCEN NUTZEN!

„Neue Realitäten. Chancen nutzen!“ Das ist unser Leitmotiv für die kommende Wahlperiode. Unsere Gesellschaft ist dynamischer, pluralistischer, digitaler und internationaler geworden. Damit einher gehen neue Anforderungen an Bildung und Erziehung, die auch neue Herausforderungen an die Schulen stellen. Die Politik ist gefordert, Antworten auf die neuen Realitäten zu geben und entsprechend zu handeln.

Die Corona-Pandemie hat wie in einem Brennglas die Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte aufgezeigt: Unser Bildungssystem und unsere Schulen sind weder krisen- noch zukunftsfest. Unser Verband hat die Defizite in vielen

Gesprächen, Forderungen und öffentlichen Verlautbarungen aufgezeigt. Es tut sich inzwischen etwas. Die Investitionen für den Bildungsbereich werden angehoben. Allerdings: Wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung und Schule fallen eher bescheiden aus. Das kann sich aus perspektivischer Sicht schnell rächen. Deutschland kann im internationalen Bildungsvergleich weiter zurückfallen. Die Beobachtung schmerzt, dass andere starke Wirtschaftsnationen zielgerichtet in die Zukunftsressource Bildung investieren, während hierzulande eine weitgehende Stagnation stattfindet.

MEGATHEMEN

Wir stellen uns den neuen Realitäten. Unsere Megathemen leuchten unser Leitmotiv „Neue Realitäten. Chancen nutzen“ inhaltlich aus.

Während die Corona-Pandemie die Einsicht bei den meisten politisch Verantwortlichen befördert hat, dass mehr für die gesellschaftliche sowie schulische Digitalisierung getan werden muss, zögert die Politik, sich allen „Neuen Realitäten“



ALEXANDER SONNEN

**TEAM BPR
REALSCHULE PLUS**

- PLATZ 8
- LISTE 1 – VRB WÄHLEN!

zu stellen. Sie versäumt hierdurch wichtige Weichenstellungen und zukunftsgerichtete Investitionen in Bildung und Schulen. Wir setzen dem als Lehrerverband unsere bildungspolitische Beharrlichkeit entgegen. Die (mediale) Öffentlichkeit ist für unsere Megathemen sensibilisiert.

DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN

Digitale Transformationsprozesse haben lange vor der Corona-Krise

eingesetzt. Digitale und technische Innovationen sind die sichtbarsten Träger eines umfänglichen gesellschaftlichen Wandels. Gerade unsere Berufswelt verändert sich in rasanter Geschwindigkeit nachhaltig. Die Pandemie war und ist aber ein Katalysator für diese Prozesse, man denke nur an die Veränderungen in der Arbeitsorganisation durch Homeoffice. Unsere Welt wird also digitaler. Was kann der Kompass für die Schulen sein? Handlungsleitend sollte für das digitale Unterrichten sein: Digitaler Unterricht erfolgt immer dort, wo er pädagogisch nachhaltig und sinnvoll ist. Digitaler Aktionismus ist genauso schädlich wie die Verteufelung digitalen Unterrichts. Die Digitalisierung der Schulen muss beherzt vorangetrieben werden. Wir brauchen diesen Ruck in der Bildung. Notwendige Entwicklungen dürfen nicht aufgrund bürokratischer Vorgaben ausgebremst werden. Daher fordern wir: Jede Schule muss über eine den Ansprüchen entsprechende digitale Infrastruktur verfügen – und natürlich über einen technischen Assistenten, der die Wartung und Pflege professionell betreibt. Glasfaseranschluss, neue Verkabelung der Gebäude, digitale Ertüchtigung jedes Schulraums (z. B. WLAN Access Points, Panels oder Smart Beamer, Apple TV/Fire TV-Stick, großer Bildschirm und Leinwand) sollten zur selbstverständlichen Einrichtung eines jeden Unterrichtsraums gehören.

SCHULE GESTALTEN – EIGENSTÄNDIGKEITEN STÄRKEN

In der Krise hat sich gezeigt: Nicht jede globale Vorgabe der Bildungsadministration kann an jeder Realschule plus und an jeder Integrierten Gesamtschule gleichermaßen umgesetzt werden. Unsere Schulen sind programmatisch, (schul)kulturell, sächlich und architektonisch so unterschiedlich aufgestellt, dass ein zu enges Vorgabenkorsett nicht allen passen kann. Viele Schulgemeinschaften hatten zur Bewältigung der Corona-Krise gute Lösungsansätze entwickelt, die von

Schülerinnen und Schülern, von Eltern und von Lehrkräften mitgetragen wurden. Es sorgte für viel Unmut, dass schulische Initiativen ausgebremst bzw. wieder zurückgenommen werden mussten, weil sie nicht konform mit der behördlichen Auslegung bestimmter Vorgaben waren. Der VRB fordert, aus diesen Erfahrungen die richtigen Rückschlüsse zu ziehen. Schulen sollten mehr Eigen- und Selbstständigkeit zugetraut werden. Erfolgreiche Eigeninitiativen stärken die Schulgemeinschaft, und ein Abbau der überbordenden Bildungsbürokratie setzt auch Ressourcen und Kreativität frei. Das Rollenprofil der Schulleiterinnen und Schulleiter muss dann ein anderes sein: Mehr Gestaltungsfreiheit bedeutet mehr Verantwortung.

UNTERRICHTSQUALITÄT AUSBAUEN

Auch hinsichtlich der Unterrichtsqualität hat die Corona-Pandemie Schwachpunkte aufgezeigt, deren Beseitigung nicht länger aufgeschoben werden darf. Deutschland unterrichtet seine Kinder und Jugendlichen in zu großen Klassen und in zu kleinen Räumen. Das ist kein gutes Zeugnis für eines der reichsten Länder der Welt. Es steht außer Frage, dass unter diesen Bedingungen der Lernerfolg unter seinen Möglichkeiten bleibt. Zur Steigerung der Unterrichtsqualität müssen die Klassengrößen spürbar reduziert werden. Gerade in den Orientierungsstufen ist schulartübergreifend die individuelle Förderung inzwischen so aufwändig geworden, dass selbst Klassen mit 25 Schülerinnen und Schülern eine kaum noch verantwortliche Größe darstellen. Dies gilt auch insbesondere für die pädagogische Arbeit im Bildungsgang Berufsreife. Corona hat uns in der Phase des Wechsels von Präsenz- und Heimunterricht deutlich vor Augen geführt, wie erfolgreich das Unterrichten ist, wenn es in Kleingruppen stattfindet.

Unterrichtsqualität und Unterrichtsverpflichtung stehen in engem Zusammenhang. Wer die Unter-



JOANNA BOEHLKE

**TEAM HPR
REALSCHULE PLUS**

- PLATZ 8
- LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



richtsqualität ausbauen möchte, muss zugleich die Unterrichtsverpflichtung reduzieren. Es kommt hinsichtlich des Bildungserfolges auf die Lehrkräfte an, das ist spätestens seit der „Hattie-Studie“ unstrittig. In den Realschulen plus und in den Integrierten Gesamtschulen ist die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler besonders ausgeprägt. Diese Erkenntnisse der Politik haben nicht dazu geführt, dass die Unterrichtsverpflichtung gesenkt worden wäre. Auch das Bildungsministerium hat immer wieder eingeräumt, dass die erzieherische und unterrichtliche Arbeit komplexer, anspruchsvoller und zeitintensiver geworden ist. Die notwendigen Konsequenzen wurden nicht gezogen. Wir Lehrkräfte stellen zunehmend fest, dass die Zeit für das Eingehen auf die Bedürfnisse unserer Schülerinnen und Schüler nicht mehr hinreichend gegeben ist. Es ist nicht mehr vermittelbar, dass ausgerechnet die Lehrkräfte in den Realschulen plus und partiell auch in den Integrierten Gesamtschulen die im Schulartenvergleich höchste Unterrichtsverpflichtung haben. Sie besitzen folglich damit auch die geringsten Zeitressourcen für Beziehungsgestaltung und für die Weiterentwicklung ihres Unterrichts. Der VRB fordert nachdrücklich eine deutliche Absenkung der Unterrichtsverpflichtung.

LEHRAMT STÄRKEN

Ein vielfältiges Bildungssystem ist auf professionalisierte und spezialisierte Lehrkräfte angewiesen. Ein Einheitslehramt würde der Vielfalt unserer Kinder und Jugendlichen nicht gerecht. Fördererschullehrkräfte können nicht durch einige förderpädagogische Zusatzmodule im Studium und im Vorbereitungsdienst ersetzt werden. Fördererschullehrkräfte können auch nicht durch „Regelschullehrkräfte“ ersetzt werden, die einige förderpädagogische Fort- und Weiterbildungen absolviert haben. Diesbezügliche Bestrebungen des Bildungsministeriums sind immer wieder erkennbar. Sie erleichtern zwar eine bequemere Personalzuweisung, aber sie ignorieren die notwendige Kompetenz,

die durch ein langes fachspezifisches Studium erworben werden muss. Mit Blick auf die Bedürfnisse unserer Kinder und Jugendlichen ist ein Einheitslehramt bzw. das Nivellieren der professionellen Ansprüche nicht zu verantworten.

Der Verband Reale Bildung fordert größere Anstrengungen zur Steigerung der Attraktivität des Lehramtes Realschulen plus. Die stagnierenden bzw. rückläufigen Studierendenzahlen in diesem Bereich sowie die zurückgehende Auslastung der Studienseminare verdeutlichen die schwindende Attraktivität dieses Lehramtes. Geringere Unterrichtsverpflichtung, bessere Aussichten auf höhere Besoldung und eine vermeintlich einfacher zu unterrichtende Schülerschaft lassen andere Lehrämter attraktiver erscheinen. Die Umleitung von personellen Überhängen aus anderen Schularten in die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen halten wir nicht für vertretbar. Wir lehnen sie im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler entschieden ab. Unsere Studienseminare vermitteln das didaktische und pädagogische Rüstzeug für das Arbeiten in den Realschulen plus und auch in den Integrierten Gesamtschulen. Die Ausbildung in unseren Studienseminaren durch unsere Fachleitungen ist deshalb unverzichtbare Voraussetzung für erfolgreiches Unterrichten in den Schularten Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen.

GESUNDHEIT SCHÜTZEN

Die Landesregierung hat bei ihrem schulischen Corona-Krisenmanagement die Fürsorge gegenüber Lehrkräften und damit unseren Gesundheitsschutz unzureichend im Blick. Die Erfahrungen der Corona-Krise reihen sich in eine Vielzahl negativer Erfahrungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein. Auf den Punkt gebracht: Wir Lehrkräfte fordern von der Landesregierung durchgängig spürbare Fürsorge, echte Wertschätzung und konsequente Rückendeckung.

Gesellschaftliche Konflikte schlagen mitunter auch in den Schulen ein. Zuletzt zeigte sich das im Kontext



KATHARINA BITZ

**TEAM HPR
INTEGRIERTE GESAMTSCHULE**

→ PLATZ 6
→ PhV-VRB-LISTE WÄHLEN!

Maskenpflicht. Corona-Leugner und Maskenverweigerer beschäftigen Schulleitungen wie Lehrkräfte über Gebühr und stellen jegliche schulische Maßnahme radikal in Frage. Das trifft in immer mehr Einzelfällen auch in anderen Bereichen zu: Notengebung, erzieherische Maßnahmen, Unterrichtsinhalte sowie allgemeine Regeln des Miteinanders. Vieles wird in Frage gestellt, häufig genug aus rein egoistischen Motiven. In vielen Fällen hätten



ANDREAS STEGMANN

**TEAM BPR
INTEGRIERTE GESAMTSCHULE**

→ PLATZ 8
→ PhV-VRB-LISTE WÄHLEN!

sich Lehrkräfte wie Schulleitungen mehr Rückhalt ihres Dienstherrn gewünscht.

Den Schulen wurden im Laufe der Jahre eine Vielzahl an zusätzlichen Aufgaben übertragen. Viele bereits bestehende Aufgaben wurden zudem in erheblichem Maße ausgeweitet. Dazu zählen u.a.: Kooperation mit außerschulischen Behörden (Jugendamt, Arbeitsagentur), Medienerziehung, Suchtberatung, Gewaltprävention, Demokratieerziehung, Verbrauchererziehung, Berufs- und Studienberatung. Der Verwaltungsaufwand und die Bildungsbürokratie nehmen zu. Unser Kerngeschäft, das Erziehen und Unterrichten, kommt dabei entschieden zu kurz.

Unser Verband fordert den Ausbau der Unterstützungssysteme. Wir brauchen dringend u.a. mehr Schulsozialarbeiter, mehr Schulpsychologen, mehr pädagogische Fachkräfte und technische Assistenten, ja auch Krankenschwestern an unseren Schulen.

GRUNDVERSTÄNDNIS VRB

Zu unserem Grundverständnis gehört: Missstände benennen, Entwicklungen anstoßen. Fair im Ton und hart in der Sache: Das ist unser Anspruch. Unsere Forderungen leiten sich aus unseren Erfahrungen in der schulischen Praxis und aus den Personalvertretungen ab. Wir handeln überparteilich und sach-



MAREN SASSENROTH

**TEAM BPR
REALSCHULE PLUS**

→ PLATZ 9
→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!




HOLGER SCHWAB

**TEAM BPR
REALSCHULE PLUS**

→ PLATZ 11
→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



orientiert. Diese politische Neutralität sichert die Glaubwürdigkeit unserer inhaltlichen Forderungen. Nicht alle Akteure im Bildungsbe- reich scheinen sich diesem Grund- satz verpflichtet zu fühlen – auch das hat die Corona-Pandemie ge- zeigt. Während in Bayern, mit einer schwarz-blauen Landesregie- rung, eine Gewerkschaft lautstark das dortige Krisenmanagement ange- prangert hat, wurde im rot-grün- gelb regierten Rheinland-Pfalz von der gleichen Gewerkschaft erkenn- bar politische Zurückhaltung an den Tag gelegt. Große Unterschiede im schulischen Krisenmanagement bei- der Länder gab es erkennbar nicht.

ABSAGE AN ÜBER- KOMMENE IDEOLOGIEN

Im Verband Reale Bildung engagie- ren sich Pädagoginnen und Pädago- gen, die sich inhaltlichen Zielen ver- pflichtet fühlen. Uns eint, dass wir Unterricht und Schule im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler erfolgreich gestalten wollen.

Als Verband Reale Bildung stehen wir zu den differenzierten Schul- arten, wir wollen im bestehenden Schulsystem unserem Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden können. Ein Bildungssystem mit vielfältigen Angeboten und Wegen entspricht den Erfordernissen ei- ner vielfältigen Gesellschaft. „Eine Schule für alle“, „Ein Lehramt für alle“ und „Abschaffung der För- derschulen“ lehnen wir aus diesen Gründen entschieden ab. Wir sind

zukunftsorientierte Bildungsrealis- ten und keine rückwärtsgewandten Bildungsideologen.

CHANCEN NUTZEN! VRB WÄHLEN! LISTE 1

Während der Corona-Pandemie hat sich bestätigt, was unseren ehrenamtlich getragenen Verband auszeichnet: Durchgängige An- sprechbarkeit und kontinuierliches Engagement für unsere Kollegin- nen und Kollegen. Der Verband Re- ale Bildung hat sich innerhalb wie außerhalb der Personalvertretungen beharrlich und erfolgreich für Kor- rekturen beim schulischen Krisen- management der Landesregierung eingesetzt. Unsere Aktivitäten in den sozialen Netzwerken, unsere Pressemitteilungen und Stellung- nahmen wirken. Es wurde sichtbar, welche Verbände die bildungspoliti- sche Kärnerarbeit geleistet haben. Die dbb-Familie, der neben dem VRB auch die Verbände PhV, VBE, vlbs und VLW angehören, hat er- folgreich und verantwortungsvoll zusammengearbeitet.

Die Corona-Pandemie hat ein Fenster für substanzielle Verbes- serungen geöffnet. Dieses darf nicht gefährdet werden. Wir dürfen die Politik nicht aus der Pflicht entlassen. Gemeinsam müssen wir dranbleiben. Nutzen Sie diese Chance. Stärken Sie unsere und Ihre Position! Geben Sie Ihre Stimme dem VRB! Wäh- len Sie Liste 1!



MARTINA FRIDERICHS

**TEAM HPR
REALSCHULE PLUS**

→ PLATZ 9
→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!





MICHAEL EICH:

„Mehr Investitionen in den rheinland-pfälzischen Schulbau sind dringend erforderlich – dafür setze ich mich ein.“

 **TEAM HPR REALSCHULE PLUS**

→ PLATZ 1

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!

NEUE REALITÄTEN.

→ Die rheinland-pfälzischen Schulbauten werden seit Jahren vielerorts vernachlässigt. Städte und Kommunen verfügen nicht flächendeckend gleichermaßen über die notwendigen finanziellen Mittel, um die Schulen den aktuelleren Anforderungen entsprechend auszustatten.

CHANCEN NUTZEN!

→ Unabhängig von der Finanzkraft des Schulträgers müssen die schulischen Fach- und Unterrichtsräume hinsichtlich Raumakustik und -klima, Barrierefreiheit und digitaler Technik den aktuellen Anforderungen entsprechend ausgestattet sein. Der VRB fordert ein umfassendes Investitionsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Aktuell bin ich Vorsitzender des Hauptpersonalrats Realschulen plus. Als Schulleiter der Paul-Gillet-Realschule plus mit Fachoberschule Edenkoben bin ich fest in der schulischen Praxis verwurzelt. Ich unterrichte zurzeit die Fächer Sozialkunde und Informatische Bildung. Studiert habe ich auch das Fach Deutsch. Im VRB übe ich das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden aus und bin als Referent für die Bereiche Bildung, Pädagogik und Schulentwicklung zuständig.

Was ist dir privat wichtig?

→ An erster Stelle steht meine Familie. Ich bin verheiratet und Vater von zwei Töchtern. Als Ausgleich sind mir das Arbeiten im Garten wichtig sowie lange Spaziergänge rund um meinen Heimatort Berg oder das Wandern im Pfälzer Wald. Das gemeinsame Kochen (regionale, italienische und asiatische Küche) und Grillen mit meiner Familie und Freunden bereitet mir viel Freude.

NEUE REALITÄTEN.

→ Immer weniger Studierende entscheiden sich für den Masterstudiengang für das Lehramt Realschule plus, da andere Lehrämter aufgrund einer geringeren Unterrichtsverpflichtung, höherer Besoldungsoptionen und einer (vermeintlich) homogeneren Schülerschaft erstrebenswerter erscheinen.

CHANCEN NUTZEN!

→ Die Landesregierung steht in der Verpflichtung, in die Attraktivität des Lehramts Realschule plus zu investieren. Studierenden, die sich zunächst für einen anderen lehramtsbezogenen Masterstudiengang entschieden haben, sollte der Wechsel des Studiengangs erleichtert werden, da die Studienseminare für das Lehramt an Realschulen plus die erforderlichen didaktischen und pädagogischen Kompetenzen vermitteln.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Seit dem Jahr 2009 bin ich ständiges Mitglied im Hauptpersonalrat Realschulen plus. Ich leite die Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus in Ahrweiler und erlebe somit hautnah die schulische Praxis, die ich dann fundiert in die Personalratsarbeit einbringen kann. Im VRB bin ich seit 2016 Landesvorsitzender.

Was ist dir privat wichtig?

→ Die Familie ist mein Rückzugsort. Ich bin Vater von zwei Kindern, einer Tochter und einem Sohn. Da meine Frau auch im Lehrberuf ist, nehmen wir uns bewusst Zeiten, in denen Schule ausgeblendet wird. Auch bei gemeinsamen Urlauben kann ich wunderbar abschalten und Energie tanken.

TIMO LICHTENTHÄLER: „Die Attraktivität des Lehramts Realschule plus muss gestärkt werden!“



TEAM HPR REALSCHULE PLUS

→ PLATZ 2

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



SASKIA TITTGEN:
**„Der Arbeits- und Gesundheits-
schutz muss verbessert werden!“**

 **TEAM HPR REALSCHULE PLUS**

→ PLATZ 3

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



NEUE REALITÄTEN.

→ Der Krankheitsstand an den Realschulen plus ist gemäß einer Studie des Instituts für Lehrergesundheit (IfL) im Vergleich zu anderen Schularten in Rheinland-Pfalz der höchste. Die Landesregierung begnügt sich dessen ungeachtet mit Empfehlungen zum schulischen und individuellen Stressmanagement und zieht hieraus nicht die erforderlichen Konsequenzen.

CHANCEN NUTZEN!

→ Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gebietet es, den offensichtlichen Belastungsfaktoren durch geeignete Maßnahmen entgegen zu treten und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Seit 2017 bin ich stellvertretende Vorsitzende des Hauptpersonalrats Realschulen plus. Dort und als Vorsitzende des VRB-Bezirks Neustadt setze ich mich für die Belange der Lehrerinnen und Lehrer ein. Die Themen Lehrergesundheit und Soziale Netzwerke/Datenschutz habe ich mir dabei besonders auf die Fahne geschrieben. Darüber hinaus bin ich auf Bundesebene die Vorsitzende der VDR-Jugend und in Rheinland-Pfalz aktives Mitglied der VRB-Berufseinsteiger. Als Realschullehrerin an der Rochus-Realschule mit Fachoberschule in Bingen unterrichte ich die Fächer Deutsch, Biologie und Naturwissenschaften.

Was ist dir privat wichtig?

→ Das allerwichtigste sind mir meine Familie und meine Freunde. Ich liebe es, mit meinem Mann und unserem Sohn (und unserem Labrador) viel zu unternehmen. Wir sind gerne unterwegs und genießen Trubel. Deswegen bin ich auch schon viele Jahre Vorsitzende unseres hiesigen Kerbe Clubs und seit Kindertagen in der „Fassenacht“ auf verschiedene Weise aktiv. In beiden Fällen lege ich großen Wert auf Tradition und Innovation zugleich. In ruhigeren Momenten freue ich mich, wenn ich für mich – oder mit unserem Sohn gemeinsam – Bücher lesen kann.

NEUE REALITÄTEN.

- Die aktuellen Regelungen zur Berechnung der Anrechnungspauschale für besondere unterrichtliche Belastungen und Sonderaufgaben benachteiligen die Realschulen plus im Schulartenvergleich erheblich.

CHANCEN NUTZEN!

- Die unterrichtlichen Belastungen sind insbesondere an Realschulen plus kontinuierlich gestiegen. Der VRB fordert deshalb die Umwandlung der Drittelpauschale zur einer Vollpauschale.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

- Als stellvertretender Schulleiter der Realschule plus Kell am See bin ich u. a. für die Unterrichtsorganisation verantwortlich, habe die Stufenleitung 7 und 8 inne und bringe mich in der Profilbildung unserer Schule insbesondere in der Berufsorientierung ein. Ich unterrichte die Fächer Deutsch, Sozialkunde, Berufsorientierung sowie Wirtschaft und Verwaltung. Im VRB nehme ich das Amt des Landesschriftführers und des Bezirksvorsitzenden des Bezirks Trier wahr und bin Referent für den Bereich der Berufs- und Studienorientierung.

Was ist dir privat wichtig?

- Familie, Freunde und mein Zuhause sind meine Ruheinseln. Ich lebe mit meinem Partner in Trier. Gartenarbeit und Grillabende, kulturelles Leben in und um Trier, das Mitgestalten und Feiern der 5. Jahreszeit sowie das Wandern in den Bergen und das Erkunden fremder Kulturen zu Wasser und zu Lande schaffen meinen Ausgleich.

CHRISTOPH KRIER: „Die Anrechnungsstunden für besondere Belastungen und Sonderaufgaben müssen erhöht werden!“



TEAM HPR REALSCHULE PLUS

- PLATZ 4
- LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



NEUE REALITÄTEN.

→ Der Personaleinsatz an der Fachoberschule ist zu fokussiert, da vor Ort oftmals nur eine Lehrkraft mit der Lehrbefähigung für Berufsbildende Schulen oder Gymnasien einen Fachbereich allein abdeckt.

CHANCEN NUTZEN!

→ Der VRB fordert, dass Lehrkräften aus dem Bereich Realschule plus durch berufsbegleitende Weiterqualifizierungen das Unterrichten in der Fachoberschule generell erleichtert wird. Weiterqualifizierungen dienen auch der Dienststelle im Sinne eines breiteren Personaleinsatzes. Sie dienen zugleich einer besseren personellen Verzahnung mit der Sekundarstufe I.


Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Gegenwärtig bin ich als Schulleiter der August-Sander-Schule, einer kooperativen Realschule plus mit Fachoberschule, in Altenkirchen tätig. Neben den Fächern Chemie und Biologie unterrichte ich auch Mathematik und Naturwissenschaften. Auf der Landesebene arbeite ich im VRB-Homepage-Team mit und bin für Design und Pflege der Homepage zuständig.

Im VRB-Bezirk Koblenz übe ich die Tätigkeit des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden aus.

Was ist dir privat wichtig?

→ Ich bin verheiratet und Vater einer Tochter und eines Sohnes. Meine Freizeit widme ich meiner Familie und mein Hobby ist die Musik.



GERHARD HEIN: „Die Personalisierung der Fachoberschule muss erhöht und ausgeweitet werden.“



TEAM HPR REALSCHULE PLUS

→ PLATZ 5

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!

NEUE REALITÄTEN.

→ Mit zunehmender Digitalisierung der Schulen steigt der Aufwand für die System- und Anwendungsbetreuung. Der VRB sieht sein Ziel weitgehend erreicht, dass Lehrkräfte nun nicht mehr mit der System- und Anwendungsbetreuung beauftragt werden.

CHANCEN NUTZEN!

→ Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte erwarten zu Recht, dass die digitale und technische Infrastruktur störungsfrei funktioniert. Um das zu gewährleisten, fordert der VRB, dass allen Schulen ein technischer Assistent zur Verfügung gestellt wird.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ An der Otto-Hahn-Realschule plus in Bitburg bin ich Klassenleiter einer 7. Klasse. Diese Klasse ist Teil unseres Schulprofils mit Sportklassen. Seit vier Jahren engagiere ich mich auch im örtlichen Personalrat und bin Koordinator der digitalen Welt.

Ehrenamtlich engagiere ich mich politisch in Bitburg und im Eifelkreis. Hier kann ich meinen Beruf und mein Ehrenamt verbinden, denn im Schulträgerausschuss kann ich die Entwicklung unserer Schulen mitgestalten.

Was ist dir privat wichtig?

→ Gesundheit und die Familie sind das Wichtigste. Gerade in der pandemischen Situation merkt man, wie schnell es mit der Gesundheit vorbei sein kann. Einen weiteren Ausklang finde ich beim Laufen.

CHRISTIAN JÄGER: „Für die Betreuung der digitalen Infrastruktur an Schulen müssen technische Assistenten an jedem Schulstandort eingestellt werden.“



TEAM HPR REALSCHULE PLUS

→ PLATZ 6

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



VRB-Liste für den Hauptpersonalrat Realschulen plus



PLATZ 1: EICH Michael

Paul-Gillet-Realschule plus
mit Fachoberschule Edenkoben



PLATZ 2: LICHTENTHÄLER Timo

Philipp Freiherr von Boeselager
Realschule plus Ahrweiler



PLATZ 3: TITTGEN Saskia

Rochus-Realschule plus
mit Fachoberschule Bingen am Rhein



PLATZ 4: Krier Christoph

Realschule plus Kell am See



PLATZ 5: HEIN Gerhard

August-Sander-Schule Realschule plus
und Fachoberschule Altenkirchen



PLATZ 6: JÄGER Christian

Otto-Hahn-Realschule plus Bitburg



PLATZ 7: BECKER Heidi

Rochus-Realschule plus
mit Fachoberschule Bingen am Rhein



PLATZ 8: BOEHLKE Joanna

Hocheifel Realschule plus
mit Fachoberschule Adenau



PLATZ 9: FRIDERICHS Martina

Realschule plus Cochem



PLATZ 10: JACOBY Melanie

Rheingrafen-Realschule plus
und Fachoberschule Wörrstadt



PLATZ 11: SCHLEGEL Eva

Realschule plus Neustadt/Wied



PLATZ 12: GREIF Jochen

Realschule plus und Fachoberschule Birkenfeld



PLATZ 13: ATTAR EL HAMOUI Ziad

Georg-von-Neumayer Realschule plus
Neustadt/Weinstraße



PLATZ 14: RITTER Carsten

Robert-Koch-Schule Integrative Realschule plus
und Fachoberschule Linz am Rhein



PLATZ 15: BURELBACH Stefanie

Moseltal Realschule plus Trier



PLATZ 16: GERDON Susanne

Realschule plus Kandel

VRB-Liste für den Hauptpersonalrat Realschulen plus



PLATZ 17: STAFFA Heike

Geschwister-Scholl-Realschule plus Andernach



PLATZ 18: MERKES Mario

Grund- und Realschule plus Neuerburg



PLATZ 19: HORTIAN Manuel

Puricelli Realschule plus Rheinböllen



PLATZ 20: HERRIG Anne-Marie

Ernst-Barlach-Realschule plus
Höhr-Grenzhausen



PLATZ 21: REGNIER Nadine

Kurfürst-Balduin-Realschule plus Trier



PLATZ 22: PORTUNÉ Sven

Otto-Hahn-Schule Westhofen



PLATZ 23: BAJRAKTARI Brikend

August-Sander-Schule Realschule plus
und Fachoberschule Altenkirchen



PLATZ 24: ECKERT Vera

Friedrich-Spee-Realschule plus Neumagen-Dhron



PLATZ 25: OTTE Markus

Realschule plus Kandel



PLATZ 26: FIEDLER Heike

Realschule plus und Fachoberschule
Hachenburger Löwe



PLATZ 27: SCHULER Jochen

Stefan-Andres-Realschule plus
mit Fachoberschule Schweich



PLATZ 28: LINDNER Michelle

Rochus-Realschule plus
mit Fachoberschule Bingen am Rhein



PLATZ 29: CLARIDA Kerstin

Theodor-Heuss-Realschule plus Wirges



BENJAMIN BAJRAKTARI:
„Mehr Planstellen für in
Rheinland-Pfalz ausgebildete
Lehrkräfte schaffen.“

 **TEAM BPR REALSCHULE PLUS**

→ PLATZ 1

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!

NEUE REALITÄTEN.

→ Nach wie vor wandern in Rheinland-Pfalz ausgebildete Lehrkräfte in andere Bundesländer ab, weil ihnen dort Planungssicherheit in Form einer unbefristeten Planstelle angeboten wird. In Rheinland-Pfalz kommt es hingegen zu personellen Engpässen, weil die Landesregierung nicht rechtzeitig Planstellen und stattdessen häufig lediglich befristete Vertretungsverträge anbietet.

CHANCEN NUTZEN.

→ Allen in Rheinland-Pfalz gut ausgebildeten Lehrkräften muss eine Planstelle angeboten werden. Die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung sowie der Aufbau einer Personalreserve kann dadurch begünstigt werden.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Ich bin kommissarischer Konrektor an der Konrad-Adenauer Realschule plus und Fachoberschule in Asbach und unterrichte die Fächer Chemie und Sport. Hier stehe ich als Schulleitungsmitglied meinem Kollegium und der Schule leitend und als Gesprächspartner zur Seite.

Im Bezirkspersonalrat Realschulen plus bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier habe ich den Vorsitz inne und vertrete landesweit mit meinem Gremium unsere Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen plus, Grund- und Realschulen plus, Realschulen plus mit Fachoberschulen und Studienseminaren gegenüber der Dienststelle.

Im Verband Reale Bildung bin ich Vorsitzender im Bezirk Koblenz und setze mich für die Interessen unserer Lehrkräfte an den Integrierten Gesamtschulen und Realschulen plus im Bezirk und landesweit ein.

Was ist dir privat wichtig?

→ Ich genieße die Zeit mit meiner Familie und Freunden. Mir ist es wichtig, gesund zu leben, und daher mache ich regelmäßig Fitnesssport, fahre E-Bike und lese gerne. Darüber hinaus ist mir ein gutes Miteinander mit meinen Mitmenschen wichtig.

NEUE REALITÄTEN.

→ Inklusion wird nach wie vor durch die unzureichenden Rahmenbedingungen an rheinland-pfälzischen Schulen erschwert. Das frustriert Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte gleichermaßen. Die Versorgung der mit der Inklusion beauftragten Schwerpunktschulen mit Förderschullehrkräften ist unzureichend.

CHANCEN NUTZEN!

→ Gelingende Inklusion ist nicht allein von der Haltung der Lehrkräfte abhängig, sondern von Investitionen in die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen. Für viele Kinder und Jugendliche ist die Betreuung und Beschulung in einer spezialisierten Förderschule mit kleinen Lerngruppen alternativlos und unverzichtbar.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ An der Ruwertalschule Waldrach konnte ich in diesem Schuljahr nach schwerer Erkrankung eine neue berufliche Heimat finden. Hier unterrichte ich derzeit HuS und WuV, bin in meinem Fach Deutsch jedoch momentan nicht eingesetzt. Hoffentlich werde ich bald im Fach Sport meine abschließende theoretische Prüfung zur Erlangung der Lehrerlaubnis ablegen dürfen. Als erste HPR-Nachrückerin der VRB-Fraktion durfte ich auch in diesem Bereich in den vergangenen Jahren weitere Einblicke gewinnen. Im Bezirk Trier übe ich seit vielen Jahren das Amt der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden aus und bin auf Landesebene als Referentin für Lehrgesundheit und Inklusion benannt. Die Interessen unseres Lehrernachwuchses liegen mir als Vertretung der Junglehrer in RLP besonders am Herzen.

Was ist dir privat wichtig?

→ Privat verbringe ich möglichst viel Zeit mit meinem Hund in freier Natur. Nach dem Sport, ausgiebigen Spaziergängen und Wanderungen genieße ich die verbleibende Freizeit gern in der Sauna oder im Garten. Außerdem gehören das Lesen, Kochen und Essen zu meinen Leidenschaften. Verschiedenste Aufgaben wie unter anderem die Leitung von Präventionskursen gegen sexualisierte Gewalt oder Erster Hilfe nehme ich bei den Maltesern wahr.

KATHARINA BECKER: „Die Rahmenbedingungen für schulische Inklusion müssen verbessert werden.“



TEAM BPR REALSCHULE PLUS

→ PLATZ 2

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



NICOLE WEIß-URBACH: „Zunehmende Heterogenität und Ansprüche erfordern eine spürbare Senkung der Unterrichtsverpflichtung.“

TEAM BPR REALSCHULE PLUS

→ PLATZ 3

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



NEUE REALITÄTEN.

→ Die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft führt zu immer größerem Aufwand bei der Beziehungsgestaltung, der Unterrichtsvorbereitung, der individuellen Förderung sowie bei der Sprachförderung. Die Zeit für Unterrichtsentwicklung wird zusätzlich durch zahlreiche außerunterrichtliche Verpflichtungen verringert (z.B. Dokumentationsverpflichtungen, Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen).

CHANCEN NUTZEN!

→ Lehrkräfte benötigen wieder mehr Zeit für ihre Kernaufgaben: Das Unterrichten und das Entwickeln von Unterricht. Eine deutliche Reduzierung der allgemeinen Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrkräfte an Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen ist längst überfällig.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Seit 2009 begleite ich im Verband Reale Bildung das Amt der Schatzmeisterin im Bezirk Koblenz. Außerdem betreue ich die Delegierten des Bezirks. Auf Landesebene bin ich Ansprechpartnerin für Fragen zur Gleichstellung und Teilzeitbeschäftigung. Als Gleichstellungsbeauftragte engagiere ich mich im Vorstand der dbb Frauen in Rheinland-Pfalz und auf Bundesebene bin ich Mitglied im Vorstand der VDR-Frauenvertretung.

Meine Stammschule ist die Clemens-Brentano-/Overberg Realschule plus in Koblenz, an der ich viele Jahre Englisch, Biologie und Naturwissenschaften unterrichtet habe. Seit 2018 bin ich für unsere Kolleginnen und Kollegen im Bezirkspersonalrat Realschulen plus tätig.

Was ist dir privat wichtig?

→ Mir ist sehr wichtig, möglichst viel Zeit mit meiner Familie, also meinem Mann und meinen beiden erwachsenen Töchtern zu verbringen. Mit meinem Mann teile ich einige Hobbys, wie Wandern und die Gartenarbeit. Beides stellt für uns einen schönen Ausgleich zum Berufsalltag dar. Außerdem bin ich eine passionierte Läuferin und an den Wochenenden jogge ich häufig, auch gerne längere Distanzen.

NEUE REALITÄTEN.

→ Der VRB begrüßt, dass allen Lehrkräften digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt werden sollen, sieht aber die Verzögerungen bei der Beschaffung kritisch. Es muss sichergestellt werden, dass die Endgeräte den unterrichtlichen Anforderungen entsprechend eingesetzt werden können.

CHANCEN NUTZEN!

→ Bei einer einmaligen Aktion darf es nicht bleiben. Der VRB fordert, dass Lehrkräfte über ein zentrales Beschaffungswesen kontinuierlich, in bestimmten Abschnitten neue Endgeräte auf Kosten des Arbeitgebers beziehen können. Gleichzeitig muss das Land dafür sorgen, dass qualitativ angemessene Fortbildungen für das digitale Unterrichten verfügbar sind.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Über die Arbeit im örtlichen Personalrat meiner Schule – von Carlowitz Realschule plus Weisenheim am Berg – bin ich zur Mitarbeit im VRB-Bezirksvorstand Neustadt gekommen. Im vergangenen Jahr durfte ich als Ersatzmitglied im Hauptpersonalrat Realschule plus erste Erfahrungen in der Personalratsarbeit auf „anderer Ebene“ machen. Ich bin immer noch gerne Lehrerin und darf als Koordinatorin des Praxistages an meiner Schule eines meiner wichtigsten Anliegen – die Berufsorientierung – umsetzen. Außerdem bin ich Klassenleiterin einer neunten Berufsmatura-Klasse und habe die Fachkonferenzleitung für das Wahlpflichtfach Hauswirtschaft und Sozialwesen.

Was ist dir privat wichtig?

→ Zuhause fühle ich mich sehr wohl – allein unter drei Männern. Ich bin verheiratet und habe zwei fast erwachsene Söhne. Ich lese sehr gerne, ohne ein Buch in der Handtasche fehlt etwas. Außerdem bin ich kreativ beim Stricken und Goldschmieden. Wichtig sind mir zudem die regelmäßigen Treffen mit Freundinnen und Freunden – zum Kaffeetrinken, Kochen, Wandern und Quatschen.

MONIKA ANTONI: „Lehrkräfte müssen mit modernen digitalen Endgeräten ausgestattet werden.“



TEAM BPR REALSCHULE PLUS

→ PLATZ 4

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



ANNA BECKER: „Mit kleineren Klassen und Lerngruppen steigern wir die Unterrichtseffizienz und sichern den Lernerfolg.“

 **TEAM BPR REALSCHULE PLUS**

→ PLATZ 5

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



NEUE REALITÄTEN.

→ Die Klassen, Kurse und Lerngruppen sind im Allgemeinen zu groß. Mit zunehmender Größe der Klassen und Lerngruppen verringern sich der Lernerfolg sowie die Zeit für Zuwendung und individuelle Förderung.

CHANCEN NUTZEN!

→ In der Orientierungsstufe müssen mehr personelle Ressourcen für die Kompensation von Lernschwächen in den Bereichen Lesen, Rechtschreiben und Rechnen zur Verfügung gestellt werden. In den Realschulen plus sollten Klassen, Kurse und Lerngruppen nicht mehr als 20 Schülerinnen und Schüler umfassen.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Ich unterrichte an der Moseltal Realschule plus in Trier und bin Klassenlehrerin einer 8. Klasse. Die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern in den Wahlpflichtfächern Wirtschaft und Verwaltung und Computer und Textverarbeitung bereitet mir nicht nur besondere Freude, sondern motiviert mich auch, an Planspielen oder Wettbewerben teilzunehmen und die Erfolge der Lernenden zu begleiten.

Als Mitglied des örtlichen Personalrates liegt mir auch die gute Zusammenarbeit innerhalb der Schulgemeinschaft am Herzen. Meine ehrenamtliche Tätigkeit im Verband übe ich als zweite stellvertretende Bezirksvorsitzende des Bezirkes Trier aus und schätze dabei vor allem den freundschaftlichen und kollegialen Austausch auf unseren Verbandsveranstaltungen und Vorstandssitzungen.

Was ist dir privat wichtig?

→ Neben einem oftmals zehrenden Schulalltag ist mir ein Ausgleich wichtig, um den Kopf frei zu bekommen. Diesen finde ich bei Ausflügen in die Natur, ob zum Spazieren, Wandern oder Fahrradfahren.

JOCHEN LEONHARDT:
**„Unterrichtsstörungen
wirksam begegnen.“**

 **TEAM BPR REALSCHULE PLUS**

→ PLATZ 6

→ LISTE 1 – VRB WÄHLEN!



NEUE REALITÄTEN.

→ Unterrichtsstörungen durch verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche schmälern den Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler. Häufig sind die Eltern herausfordernder Jungen und Mädchen mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert und benötigen Hilfe und Unterstützung.

CHANCEN NUTZEN!

→ Zur Absicherung des Bildungsauftrags und des Lernerfolgs muss zum einen die Unterstützung durch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Schulpsychologinnen und -psychologen weiter ausgebaut werden, zum anderen benötigen die Lehrkräfte zusätzliche zeitliche Ressourcen, um erprobte Konzepte (z.B. Trainingsraumkonzept) dauerhaft und nachhaltig umsetzen zu können.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Ich bin zurzeit Konrektor als pädagogischer Koordinator an der Realschule plus Rockenhausen. Zuvor war ich von 2011 bis 2017 Mitglied und Vorsitzender des örtlichen Personalrats. Meine Fächer sind Mathematik, Chemie und Mathematik-Naturwissenschaften. Schwerpunkte meiner Arbeit als pädagogischer Koordinator sind Koordination der Ganztagschule, Erarbeitung und Durchführung von Konzepten zum Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern – darauf aufbauend Beratung, Unterstützung und interne Fortbildung des Kollegiums: u.a. Diagnostik und individuelle Förderung in den Hauptfächern zum Aufbau und nachhaltigen Sichern von Grundwissen. Schulentwicklung im Bereich der digitalen Bildung (im technischen, aber vor allem im pädagogisch-didaktischen Bereich) ist mir ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Im VRB arbeite ich im Vorstand des Bezirks Neustadt mit.

Was ist dir privat wichtig?

→ Ich bin verheiratet und Vater einer 11-jährigen Tochter und eines 14-jährigen Sohnes. In meiner Freizeit ist mir Musik sehr wichtig. Ich spiele seit meiner Kindheit Klavier und leite seit knapp 24 Jahren einen kleinen Chor. Wenn die Zeit es zulässt, lese ich gerne und besuche mit großer Freude Kabarettveranstaltungen.

VRB-Liste für den Bezirkspersonalrat Realschulen plus



PLATZ 1: BAJRAKTARI Benjamin

Konrad-Adenauer-Realschule plus
und Fachoberschule Asbach



PLATZ 2: BECKER Katharina

Ruwertalschule Grund- und Realschule plus
Waldrach



PLATZ 3: WEIß-URBACH Nicole

Clemens-Brentano-/Overberg
Realschule plus Koblenz



PLATZ 4: ANTONI Monika

von Carlowitz Realschule plus
Weisenheim am Berg



PLATZ 5: BECKER Anna

Moseltal Realschule plus Trier



PLATZ 6: LEONHARDT Jochen

Realschule plus Rockenhausen



PLATZ 7: CORDES Nicolas

Crucenia Realschule plus Bad Kreuznach



PLATZ 8: SONNEN Alexander

Clara-Viebig-Realschule plus Wittlich



PLATZ 9: SASSENROTH Maren

Geschwister-Scholl-Schule Wallhausen/
Waldböckelheim



PLATZ 10: SCHULER Sebastian

Realschule plus und Fachoberschule Mendig



PLATZ 11: SCHWAB Holger

Friedrich-Spee-Realschule plus Neumagen-Dhron



PLATZ 12: HOLFELDER Thomas

Realschule plus und Fachoberschule Schifferstadt



PLATZ 13: GEORG Christian

Erich Kästner Realschule plus Ransbach-Baumbach



PLATZ 14: QUINT Peter

Realschule plus Kell am See



PLATZ 15: DECKER Matthias

Paul-Gillet-Realschule plus
mit Fachoberschule Edenkoben



PLATZ 16: BACHMANN Jutta

Realschule plus am Rotenfels Bad Kreuznach

VRB-Liste für den Bezirkspersonalrat Realschulen plus

	PLATZ 17: LADEMANN Peter Augustiner-Realschule plus Hillesheim		PLATZ 18: SAUER Ute Realschule plus Annweiler
	PLATZ 19: AHLBACH Pireen Realschule plus Salz		PLATZ 20: RÖBNER Antje Franziskus Grund- und Realschule plus Irrel
	PLATZ 21: HERZENSTIEL Tobias Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus Kaiserslautern		PLATZ 22: ORELLI Sarah Albert-Schweitzer Realschule plus Kobelnz
	PLATZ 23: HARIG Simone Realschule plus Saarburg		PLATZ 24: THOMAS Anita Realschule plus Bellheim
	PLATZ 25: BLANK-SZERT Isabel Fritz-Straßmann-Schule Realschule plus Boppard		PLATZ 26: REIS Dorothee Clara-Viebig-Realschule plus Wittlich
	PLATZ 27: SCHLEDER Nicole Realschule plus Manderscheid		PLATZ 28: CICORIA Vito Marco Römerwall-Schule Realschule plus Rheinbrohl
	PLATZ 29: THÖNNES Melanie Realschule plus Cochem		PLATZ 30: BELLINGER Marion Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus Koblenz



HORST WITTIG

TEAM HPR INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN

→ **PLATZ 1**

→ **PhV-VRB-LISTE WÄHLEN!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, im Mai endet eine arbeits- und themenintensive Amtsperiode für die Personalvertretungen. Der Ausbruch der Corona-Pandemie bedeutete für die Schulen und die Lehrkräfte des Landes inklusive der übergeordneten Dienststellen bis dato ungeahnte Herausforderungen. Die Pandemie deckte schonungslos die strukturellen Schwächen – Stichwort: u. a. Digitalisierung – auf, zeigte aber mit dem hohen Engagement und der Flexibilität seitens der Lehrkräfte die Stärken unseres Bildungssystems.

Im Folgenden möchte ich meine Themenschwerpunkte und besonderen Aktivitäten darlegen, die die vergangenen vier Jahre meiner Tätigkeit als Hauptpersonalrat geprägt haben und auch die kommende Wahlperiode prägen werden.

1. Corona – Mitglied des Bundesprojektes Leitlinien-gruppe „Schulleitlinien“

Anfang Februar wurden unter großer bundesweiter Resonanz der Medien die „Schulleitlinien – Maßnahmen zur Prävention und Kontrolle der SARS-CoV-2-Übertragung in Schulen“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieses Maßnahmenbündel soll politischen Entscheidungsträgern Wege aufzeigen, unter welchen Bedingungen ein Schulbetrieb möglich ist. Frau Bollinger und ich haben mit Start des Projektes im letzten November als stimmberechtigte Mitglieder die Positionen der Lehrkräfte vertreten. Nachdem eine Wechselbeziehung

zwischen dem Infektionsgeschehen in der Bevölkerung und Schulöffnungen dokumentiert ist, ist es dringend geboten, dass sich die schulorganisatorischen Maßnahmen an dem Bewertungsraster des RKI für das Infektionsgeschehen ausrichten. Unmittelbar vor Schließung der Schulen lag die 7-Tage-Inzidenz bei den Lehrkräften des Landes bei über 190, während die Quote für die rheinland-pfälzische Gesamtbevölkerung für diesen Tag mit 166 deutlich darunter lag. Damit dürfte klar sein, dass statt ministerialer Beruhigungsspielen eine umfassend präventive und vorsichtige Schulöffnungspolitik mit einem transparenten Stufensystem notwendig ist.

2. Mitglied der AG Inklusion im Bildungsmi-nisterium

Die anhaltenden Klagen über die Situation an den Schwerpunktschulen hat zur Einrichtung einer AG geführt, die neben Vertretern des Ministeriums, der ADD auch Schulleitungen und Personalräte umfasst. Nachdem in der ersten Phase die Probleme analysiert und nach Leitthemen zusammengefasst wurden, wird es in der nächsten Legislaturperiode darum gehen, die Fragen nach einer besseren personellen Ausstattung mit Förderschullehrkräften und eine realistische Absenkung der Inklusionsquote, d. h. Anzahl der I-Kinder je Jahrgangsstufe, positiv zu beantworten.

Ich priorisiere angesichts der sehr schwierigen Personalisierung der Schulen die

Lösung „Vorrang der Qualität vor Quantität.“ Die Anzahl der Schwerpunktschulen muss sich eindeutig an einer bestmöglichen Ausstattung ausrichten. Die Eltern müssen sich transparent informieren können, für welche Förderschwerpunkte die jeweilige Schwerpunkt-IGS auf Grund ihrer sachlichen, räumlichen und personellen Ausstattung geeignet ist.

3. Profil AC

Beharrlichkeit zahlt sich aus! Die fundierte Kritik an der Potenzialanalyse (zeitlich-organisatorischer Mehraufwand, Unterrichtsausfall, Aussagekraft und Nachhaltigkeit der Ergebnisse) in Verbindung mit der Forderung einer stärkeren Einbindung und Eigenverantwortlichkeit der Schulen hat dazu geführt, dass die verpflichtende Einführung der Potenzialanalyse ausgesetzt und in die Entscheidungshoheit der Gesamtkonferenz überführt wurde. Alle in der Folgezeit neu entwickelten, zusätzlichen Analyseinstrumente (Profil AC Gym, Profil „2P“ und „2P plus“) liegen in Angebotsform vor und können von den Schulen bei Bedarf und Interesse eingeführt werden.

4. Mehrarbeit

Ein besonderes Augenmerk meiner Personalratstätigkeit gilt der Mehrarbeit im Rahmen der gebundenen Arbeitszeit und der Mehrbelastung im Rahmen der ungebundenen Arbeitszeit. Die neue Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit“ konnte die Vertretungssituation und Mehrbelastung

Fortsetzung auf Seite 35

NEUE REALITÄTEN.

→ In den letzten Jahren standen die neu errichteten Integrierten Gesamtschulen im Zeichen des Aufbaus der gymnasialen Oberstufe, was eine vermehrte Einstellung von Gymnasiallehrkräften erforderte. Als integratives System, das Schülerinnen und Schülern individuelle Schwerpunktbildungen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit eröffnet, ist die Integrierte Gesamtschule auch auf das Lehramt Realschulen plus angewiesen.

CHANCEN NUTZEN!

→ Zur Stärkung der Wahlpflichtfächer und im Hinblick auf differenziertes Unterrichten muss eine ausgewogene personelle Versorgung mit den unterschiedlich ausgerichteten Lehrämtern gesichert werden. Der VRB fordert deshalb bessere Einstellungs-chancen für Kolleginnen und Kollegen mit dem Lehramt Realschulen plus.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Als Stufenleitung 7 und 8 bin ich gleichermaßen in die pädagogische als auch unterrichtliche Weiterentwicklung unserer Schule eingebunden. Mein besonderes Interesse gilt der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern aus Industrie und Handel im Rahmen des an unserer IGS Salmatal implementierten Berufsorientierungskonzeptes. Zurzeit unterrichte ich Deutsch und Gesellschaftslehre und bin Tutorin einer 9. Klasse.

Was ist dir privat wichtig?

→ Meine Freizeit verbringe ich häufig mit gemeinsamen Unternehmungen mit meinem Mann, wie z. B. Joggen, Radfahren oder Wandern in der Eifel. Entspannung vom Schulalltag finde ich vor allem beim Kochen oder beim Umsetzen kreativer Ideen am Schreibtisch oder im Garten.

JUTTA OKFEN:

„Integrierte Gesamtschulen brauchen das Lehramt Realschulen plus.“



TEAM HPR INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN

→ PLATZ 2

→ PhV-VRB-LISTE WÄHLEN!



REGINA BOLLINGER: „Mehr Unterstützung dislozierter Schulstandorte durch höhere Stundenzuweisungen.“

 **TEAM HPR INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN**

→ PLATZ 4

→ PhV-VRB-LISTE WÄHLEN!



NEUE REALITÄTEN.

→ Durch die Schulstrukturreform fusionierten Haupt- und Realschulen zu Realschulen plus oder Integrierten Gesamtschulen und sind deshalb vielerorts auf zwei und in Einzelfällen auch auf noch mehr Standorte aufgeteilt. Das Pendeln zwischen den Standorten erschwert sowohl das Unterrichten als auch die Leitung einer Schule. Sofern Dislozierungen unvermeidbar sind, bedarf es zusätzlicher personeller Ressourcen.

CHANCEN NUTZEN!

→ Der VRB fordert für dislozierte Standorte mehr Anrechnungsstunden für die Lehrkräfte und Schulleitungen. Weiter fordert der VRB für dislozierte Standorte rasche Lösungen durch Schulbaumaßnahmen.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Aktuell bin ich im Hauptpersonalrat der Integrierten Gesamtschulen. Ich unterrichte Deutsch und katholische Religion. Außerdem habe ich noch Deutsch als Fremdsprache studiert, was sehr hilfreich ist für meine Beratertätigkeit im Bereich Sprachförderung im Pädagogischen Landesinstitut. Im VRB vertrete ich schwerpunktmäßig den Bereich Tarifrecht.

Was ist dir privat wichtig?

→ Privat lese, schwimme und wandere ich sehr gerne. Wenn es wieder möglich ist, freue ich mich darauf, wieder im Chor zu singen.

Gemeinsame Liste PhV und VRB für den Hauptpersonalrat IGS



PLATZ 1: WITTIG Horst

IGS Bettina von Arnim, Otterberg



PLATZ 2: OKFEN Jutta

IGS Salmtal



PLATZ 3: KODALLA Christiane

IGS Bettina von Arnim, Otterberg



PLATZ 4: BOLLINGER Regina

IGS Deidesheim/Wachenheim



PLATZ 5: OTTO Kerstin

IGS Remagen



PLATZ 6: BITZ Katharina

IGS Grünstadt



PLATZ 7: BRAUN Carsten

IGS Kastellaun



PLATZ 8: SCHÜTTE-SEITZ Diana

IGS Remagen



PLATZ 9: BASER Björn

IGS Contwig



PLATZ 10: EBERHARD Stefan

IGS Zell



PLATZ 11: ZEHRL Marcel

IGS Johanna-Loewenherz, Neuwied



PLATZ 12: MARTINI Sonja

IGS Maifeld in Polch



PLATZ 13: AMMON Ulrich

IGS Hamm/Sieg



PLATZ 14: LICHTENTHÄLER Jennifer

IGS Remagen



PLATZ 15: DR. WEBER Jan-Christoph

IGS Morbach



PLATZ 16: GÜNTHER Sebastian

IGS Hermeskeil



PLATZ 17: SÖMMER Stephan

IGS Hermeskeil



PLATZ 18: VON EHR Christian

IGS Am Nanstein, Landstuhl



JOACHIM GILLES

TEAM BPR INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN

→ **PLATZ 1**

→ **PhV-VRB-LISTE WÄHLEN!**

Zunächst möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen. Als Oberstudienrat unterrichtete ich an der IGS Hermeskeil und bin seit 2018 Mitglied im Bezirkspersonalrat IGS für die gemeinsame Liste von PhV und VRB. Dem Philologenverband gehöre ich seit 2010 an, wo ich mich vor allem in der IGS AG und auch beim DBB engagiere. Darüber hinaus bin ich in der Kommunalpolitik aktiv und gewählter ehrenamtlicher Ortsvorsteher.

Meine Ziele für die Arbeit als Bezirkspersonalrat

Meine Funktion sehe ich als Ansprechpartner für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen aller Lehrämter. Unterstützen möchte ich sie bei Ihren Anliegen im Bereich der Versetzung und mich dafür engagieren, dass junge Lehrkräfte möglichst zeitnah eine Planstelle erhalten und nicht in endlosen Vertretungsverträgen festhängen. Ebenso sollte die Versetzung für Förderschullehrer die Regel werden, um diesen Kolleginnen und Kollegen ein kontinuierliches Arbeiten an einer Schule zu ermöglichen.

Entscheidungsfreiheit über die Einführung von Gesellschaftslehre gehört zu einer modernen IGS

Als Geschichts- und Sozialkundelehrer liegen mir diese beiden Fächer besonders am Herzen. Seit Bestehen der Integ-

rierten Gesamtschulen sorgt ein Thema, wie kein anderes für Diskussionen. Es ist das Fach Gesellschaftslehre. Befürworter führen die fächerübergreifende Verknüpfung von fachlichen Inhalten als großes Plus jenes Faches an. Wie präzise und nachhaltig können jedoch grundlegende fachliche Inhalte von Lehrerinnen und Lehrern vermittelt werden, die nur eine dieser Fachwissenschaften studiert haben? Die Kolleginnen und Kollegen haben zudem einen erheblich größeren Aufwand bei den Unterrichtsvorbereitungen, da sie mit bisher wenig vertrauten Inhalten konfrontiert werden. Vor große Probleme werden Referendarinnen und Referendare der Realschule plus gestellt, die an IGSen ausgebildet werden und diese Lehrprobenstunden in Geschichte, Sozialkunde oder Erdkunde abhalten müssen, obwohl sie vom Stundenplan her in Gesellschaftslehre eingesetzt werden. Kritik an dem Fach Gesellschaftslehre kommt auch vom Geschichtslehrerverband NRW, der eine Abschaffung dieses und eine Rückkehr zu den eigenständigen Fächern befürwortet. Aber auch viele Schülerinnen und Schüler sind mit Gesellschaftslehre unzufrieden, was sie in einem Antrag für den Schülerlandtag 2017 zum Ausdruck brachten. Eine Klasse der IGS Kastellaun forderte eine Abschaffung und eine Stärkung der politischen Bildung. Ebenso wurde in einer Petition an den Petitionsausschuss des Landtages RLP 2017 die Abschaffung die-

ses Unterrichtsfaches gefordert. Für mich unverständlich ist die Tatsache, dass nur den Realschulen plus eine Wahlfreiheit ermöglicht wird und sie entscheiden, ob sie für die Einführung jenes Unterrichtsfaches sind oder es bevorzugen, die differenzierten Fächer beizubehalten. Innerhalb der Realschulen plus entscheidet die jeweilige Gesamtkonferenz über die Einführung von Gesellschaftslehre. Warum sollte man nicht auch den Integrierten Gesamtschulen die Wahlfreiheit zugestehen, ob sie Gesellschaftslehre oder Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde unterrichten wollen? Auf diese Weise wäre es möglich, den Schulen vor Ort mehr Verantwortung zu geben und auf demokratischem Weg zu entscheiden.

Ich stehe für eine moderne IGS und möchte diese Vision gemeinsam mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, umsetzen. Eine Wahlfreiheit im Bereich von Gesellschaftslehre gehört für mich dazu.

CHRISTOPH SCHNEIDER: „Wir benötigen eine schulische Personalreserve zur Kompensation des temporären Unterrichtsausfalls.“

TEAM BPR INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN

- PLATZ 2
- PhV-VRB-LISTE WÄHLEN!



NEUE REALITÄTEN.

→ In den Kältemonaten häufen sich krankheitsbedingt die personellen Ausfälle. Die Kompensation dieser Ausfälle belastet die in Vertretungsstunden eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. In der Folge kommt es verstärkt zu stressbedingten Erkrankungen.

CHANCEN NUTZEN!

→ Zur Kompensation des temporären Unterrichtsausfalls ist der Aufbau einer schuleigenen Personalreserve durch eine Versorgung von 100 % plus X erforderlich. Diese Personalreserve kann bei geringen Ausfällen zur individuellen Förderung und zur Profilbildung herangezogen werden.

Was sind deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Ich bin Mitglied des Bezirkspersonalrats Integrierte Gesamtschulen. Als Stufenleiter der Klassenstufen 7 und 8 gehöre ich außerdem der erweiterten Schulleitung der IGS Ludwigshafen-Edigheim an, wo ich auch als Datenschutz- und Medienbeauftragter tätig bin. Ich unterrichte die Fächer Englisch und Gesellschaftslehre sowie katholische Religion. Im VRB bin ich Bezirksschatzmeister im VRB-Bezirk Neustadt und Referent für Mutterschutz, Beurlaubung und Elternzeit.

Was ist dir privat wichtig?

→ Hier stehen natürlich meine Frau und meine beiden Kinder „auf Platz eins“. Gerne unternehmen wir ausgedehnte Spaziergänge durch Weinberge und Wald. Als begeisterter Heimwerker führe ich alle möglichen Gewerke im und rund um unser Zuhause aus. Auch das Engagement in Vereinen und als Organist in der örtlichen Kirchengemeinde prägen seit vielen Jahren meine Freizeit.



CHRISTINA SANDERS:
„Arbeitspraktisches Unterrichten im WPF-Bereich erfordert kleinere Lerngruppen.“

 **TEAM BPR INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN**

- PLATZ 4
- PhV-VRB-LISTE WÄHLEN!

NEUE REALITÄTEN.

→ Die Wahlpflichtfächer (WPF) tragen wesentlich zur Attraktivität der Integrierten Gesamtschule bei, weshalb eine gute Versorgung mit ausgebildeten WPF-Lehrkräften unverzichtbar ist. Bei steigender Heterogenität kann in den WPF-Kursen das arbeitspraktische Lernen nur bei verantwortbaren Kursgrößen nachhaltig umgesetzt werden.

CHANCEN NUTZEN!

→ Rheinland-Pfalz muss dafür Sorge tragen, dass ausreichend viele Lehrkräfte für das Unterrichten der Wahlpflichtfächer ausgebildet werden. Die handlungsorientierten WPF-Kurse sollten ab der Schülerzahl 16 geteilt werden.

Was sind Deine beruflichen und ehrenamtlichen Funktionen und Tätigkeiten?

→ Ich bin seit 2004 an der IGS in Kastellaun und unterrichte dort die Fächer Deutsch, Englisch und Darstellendes Spiel. Viele Jahre habe ich die Fachkonferenzleitung in den Fächern Deutsch und Englisch übernommen.

Seit über zehn Jahren engagiere ich mich im örtlichen Personalrat und war zudem in der Wahlperiode 2009–2013 Mitglied im BPR IGS. Des Weiteren bin ich im erweiterten Vorstand des VRB im Bezirk Koblenz.

Gemeinsame Liste PhV und VRB für den Bezirkspersonalrat IGS



PLATZ 1: GILLES Joachim

IGS Hermeskeil



PLATZ 2: SCHNEIDER Christoph

IGS Ludwigshafen-Edigheim



PLATZ 3: KIENZLE Marco

IGS Sophie Sondhelm, Bad Kreuznach



PLATZ 4: SANDERS Christina

IGS Kastellaun



PLATZ 5: GÜNTHER Sebastian

IGS Hermeskeil



PLATZ 6: RODEN Mirja

IGS Salmtal



PLATZ 7: OTTO Kerstin

IGS Remagen



PLATZ 8: STEGMANN Andreas

IGS Selters



PLATZ 9: DR. WEBER Jan-Christoph

IGS Morbach



PLATZ 10: ULLMER Tanja

IGS Deidesheim/Wachenheim



PLATZ 11: FRANZEN Peter

IGS Kastellaun



PLATZ 12: KRATZ Alexandra

IGS Remagen



PLATZ 13: BASER Björn

IGS Contwig



PLATZ 14: KAHN Marlies

IGS Salmtal



PLATZ 15: BRAUN Carsten

IGS Kastellaun



PLATZ 16: WINTER Dorkas

IGS Rheinzabern



PLATZ 17: ZIMMERMANN Andreas

IGS Am Nanstein, Landstuhl



PLATZ 18: DR. JABERG Stephanie

IGS Am Nanstein, Landstuhl

Neue Realitäten. Chancen nutzen!

NEUE REALITÄTEN.

→ Die Anforderungen an Schulleitungen und deren Aufgabenfülle nehmen seit Jahren beständig zu, ohne dass die Landesregierung die Wertschätzung der Schulleitungstätigkeit durch neue Anreize zum Ausdruck bringt. Infolgedessen ist das Interesse an der Übernahme einer Schulleitungsstelle im Bereich Realschulen plus stark rückläufig.



CHANCEN NUTZEN!

→ Der VRB fordert, dass Schulleitungen von Unterrichtsverpflichtungen weitestgehend befreit werden und grundsätzlich nach A15 besoldet werden.

NEUE REALITÄTEN.

→ Die zunehmende Bildungsbürokratie mit immer mehr Abfragen und Dokumentationsverpflichtungen erschwert Schulqualitätsentwicklung und erstickt Eigeninitiative und Kreativität.

CHANCEN NUTZEN!

→ Unseren Schulen muss mehr Eigenständigkeit ermöglicht werden, damit sie ihre Schulentwicklung nach regionalen Schwerpunkten vorantreiben können. Die zur Profilbildung vorgesehenen Stundenkontingente dürfen nicht für andere Bereiche umgewidmet werden – für neue Aufgaben müssen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden.

NEUE REALITÄTEN.

→ Die Fachoberschule an den Realschulen plus muss sich in einem komplexen Umfeld behaupten. Der Übergang zur gymnasialen Oberstufe wurde durch eine Neuregelung erleichtert. Die Ungleichgewichtung benachteiligt nicht nur die Fachoberschule, sondern darüber hinaus auch die Duale Ausbildung.

CHANCEN NUTZEN!

→ Die Fachoberschule stärkt die Aufstiegsorientierung an den Realschulen plus und trägt zur Attraktivität dieser Schulart bei. In Zeiten des Fachkräftemangels und der hohen Abbruchquoten beim Studium ist es gesellschaftlich dringend geboten, in die Attraktivität und in den Ausbau der Fachoberschule zu investieren. Neuregelungen zur Förderung des Übergangs zur gymnasialen Oberstufe dürfen nicht eine Lenkung der Schülerschaft zulasten der Fachoberschulen bewirken.

NEUE REALITÄTEN.

→ Das Unterrichten der Schülerinnen und Schüler ist schwieriger geworden. Mangelnder Respekt vor Lehrkräften hat zugenommen. Vielfach fehlen den Schulen die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen durch multiprofessionelle Teams.

CHANCEN NUTZEN!

→ Für sozial-emotional auffällige Schülerinnen und Schüler müssen externe Förderstrukturen in staatlicher Trägerschaft geschaffen werden.

NEUE REALITÄTEN.

→ An den Schulen gilt das Fachlehrerprinzip. Fachfremder Unterricht sollte daher weitestgehend vermieden werden und nur in Ausnahmefällen stattfinden.

CHANCEN NUTZEN!

→ Die Landesregierung muss größere Anstrengungen unternehmen, um das Interesse junger Menschen am Studium von Mangelfächern zu steigern.

NEUE REALITÄTEN.

→ Die Anforderungen an das Unterrichten und an das Klassenmanagement sind angesichts der vielfältigen Anforderungen – z. B. Heterogenität, Migration und Inklusion – sehr vielfältig. In den Integrierten Gesamtschulen hat sich das Arbeiten mit Doppeltutorenschaften bewährt, damit Lehrkräfte ihrem Erziehungs- und Unterrichtsauftrag gerecht werden können.

CHANCEN NUTZEN!

→ Der VRB fordert die Absicherung der Doppeltutorenschaft im Unterrichtsalltag. Diese Teamarbeit darf nicht zur Kompensation struktureller wie temporärer Personalengpässe aufgelöst werden.



NEUE REALITÄTEN.

→ Die Anwärterinnen und Anwärter müssen in Rheinland-Pfalz bereits von Beginn ihres Vorbereitungsdienstes an Unterricht halten und werden voll bei der Personalisierung der Ausbildungsschulen einbezogen. Die Stundenzuweisung für die schulische Ausbildungsbegleitung ist unzureichend.

CHANCEN NUTZEN!

→ Der VRB fordert, dass Anwärterinnen und Anwärter nicht bei der Personalversorgung der Schulen eingerechnet werden. Die Qualität der schulischen Ausbildungsbegleitung muss durch den Ausbau eines Mentorensystems gesteigert werden.

NEUE REALITÄTEN.

- Die Corona-Pandemie hat die politischen Versäumnisse bei der Digitalisierung der Schulen aufgezeigt. Die Umsetzung des DigitalPaktes zur Beseitigung dieses Missstandes verzögert sich aufgrund eines bürokratisch aufgeblähten Antragsverfahrens.

CHANCEN NUTZEN!

- Der VRB fordert, allen Schulen zeitnah ohne überbordende Bürokratie eine digitale Infrastruktur und Grundstruktur zur Verfügung zu stellen. Glasfaseranschluss, neue Verkabelung der Gebäude und digitale Er-tüchtigung (z.B. WLAN Access Points, Panels oder Smart Beamer, Apple TV/Fire TV-Stick, großer Bildschirm und Leinwand) sollten selbstver-ständlich in jedem Unterrichtsraum vorhanden sein.



NEUE REALITÄTEN.

- Mit dem zunehmenden Einsatz digitaler Technik werden auch ver-mehrt Apps und digitale Lernmittel eingesetzt. Es herrscht bei vielen Lehrkräften Unsicherheit, welche Programme dem Datenschutz ent-sprechend und auch unter urheberrechtlichen Gesichtspunkten unbedenklich im Unterricht eingesetzt werden können.

CHANCEN NUTZEN!

- Der VRB fordert, dass Lizenzen für datenschutzkonforme Apps, Pro-gramme und Lernmittel zentral von der Landesregierung erworben und verwaltet werden. Der angekündigte Schulcampus, als digitale Arbeitsumgebung, Kommunikations- und Austauschplattform für Lehrkräfte, bietet sich hierfür an.

NEUE REALITÄTEN.

- Die landeseigenen Lern- und Videokonferenzplattformen Moodle und BigBlueButton sind aufgrund unzureichender Anwenderfreundlichkeit und Stabilität nur eingeschränkt im schulischen Alltag einsetzbar. Mit Verweisen auf die Auslegungen des Datenschutzes durch den Landes-datenschutzbeauftragten will Rheinland-Pfalz das Arbeiten mit be-währten Systemen weltweit führender Hersteller verbieten.

CHANCEN NUTZEN!

- In die Attraktivität und Stabilität der landeseigenen Lern- und Video-konferenzplattformen muss in erheblichen Umfang investiert werden. Das Land Rheinland-Pfalz sollte überdies von seinen Verbotsplänen abrücken und endlich die rechtlichen und technischen Voraussetzungen schaffen, dass die Systeme von privatwirtschaftlichen Anbietern datenschutzkonform genutzt werden können.



NEUE REALITÄTEN.

- 2003 wurde eine allgemeine Kostendämp-fungspauschale (KDP) eingeführt, um einen Teil der Krankheitskosten auf die Beihilfebe-rechtigten umzuverteilen. Während der Bund als Arbeitgeber keine Kostendämpfungspau-schale eingeführt hat, spart Rheinland-Pfalz Kosten im Gesundheitsbereich zu Lasten ihrer Beamtinnen und Beamten.

CHANCEN NUTZEN!

- Die Kostendämpfungspauschale ist unange-messen und muss zurückgenommen werden.

NEUE REALITÄTEN.

- Die Altersteilzeit ist angesichts gestiegener Anforderungen und Belastungen für viele Kol-leginnen und Kollegen eine wichtige Möglich-keit, den Übergang in den Ruhestand flexibel zu gestalten. Sie ist zurzeit laut Landesbeam-tengesetz bis Ende 2021 befristet. Bis Ende Mai 2021 sollen die finanziellen Auswirkun-gen der Altersteilzeitregelung einer Überprü-fung unterzogen werden.

CHANCEN NUTZEN!

- Der VRB ist sicher, dass sich die Altersteilzeit für das Land und die Beschäftigten lohnt. Wir fordern daher die Verlängerung der derzeit geltenden Altersteilzeitregelung.

Fortsetzung von Seite 26 – Vorstellung Horst Wittig, PhV:



vieler unserer Kolleg*innen nicht lösen. Gespräche auf diversen Ebenen des Minis-teriums und die Kritik sei-ens Ihrer Personalvertretun-gen und unserer Verbände an dem Auseinanderklaffen zwischen den Anforderungen an anzuordnende Mehrar-beit (zwingende dienstliche Gründe, Ausnah-me-fall) und der Realität an den Schulen hat

dazu geführt, dass seitens des Ministeriums eine intensivere Auseinandersetzung mit der Thematik begonnen hat. Nachdem im ersten Schritt eine Übersicht über die rechtlichen Grundlagen erstellt wurde, kam es im zwei-ten Schritt zur Einrichtung einer AG im Mi-nisterium. Es gilt v. a. die Frage zu klären, ob die in der Regel angeordneten zusätzlichen Vertretungsstunden unter die Mehrarbeits-verordnung fallen oder als gänzlich auszu-

gleichende Überstunden zu bewerten sind. Auch bei dieser Thematik zeigt sich, dass nur mit Beharrlichkeit und sachlich fundierter Kritik entscheidende Anstöße zu Verände-rungen möglich sind.

Private Interessen

Fußball, Lesen, Reisen, Wandern, Brettspiele. Mein Lebensmotto: Carpe vitam!

„Europa (er)leben und gestalten“ im Blick behalten

Dr. Stefanie Hubig übergibt die Präsidenschaft der
Kultusministerkonferenz (KMK) an Britta Ernst (Brandenburg)



Die Präsidenschaft der Kultusministerkonferenz war für Dr. Stefanie Hubig auch eine organisatorische Herausforderung: „Die KMK hat sich sonst ein paar Mal im Jahr getroffen. Jetzt lässt sich kaum zählen, wie oft wir in Telefon- und Videoschalten beraten haben.“ Dessen ungeachtet nahm sich Frau Hubig auch in Ihrem Hauptberuf „Bildungsministerin in RLP“ Zeit, sich vor Ort mit Schülerinnen und Schülern sowie mit allen weiteren Beteiligten des Schullebens auszutauschen. Im Mai brachte sie in Landau als zeitgemäßes Gastgeschenk ein Paket Masken mit...

Aufgrund der aktuellen Beschränkungen wegen COVID-19 konnte die Übergabe der KMK-Präsidenschaft am 14. Januar 2021 nicht wie geplant in den Räumlichkeiten des Bundesrats stattfinden. Stattdessen gab es eine Veranstaltung im digitalen Format.

Jahresthema „Guter Unterricht in Zeiten der digitalen Transformation“

Brandenburgs Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Britta Ernst, bedankte sich bei ihrer Vorgängerin, Stefanie Hubig, „für ihre hervorragende Arbeit im herausfordernden Jahr 2020 und für die engagierte Amtsführung in der Corona-Krise.“ Die Pandemie bestimme auch weiterhin unser Leben in Deutschland und in diesen bildungspolitisch herausfordernden Zeiten sei es wichtig, die Entwicklungen weiter voranzutreiben. Eine der großen Herausforderungen und Aufgaben liege nach wie vor in der Digitalisierung. Darum habe sie für das kommende Jahr als Schwerpunktthema „Lernen und Lehren – guter Unterricht in Zeiten der digitalen Transformationen“ gewählt.

Europa nicht aus dem Blick verlieren

Vor einem Jahr, als Dr. Hubig die Präsidenschaft übernahm, sah die Welt noch anders aus. Niemand ahnte, welchen Belastungen das Motto ihres Präsidenschaftsjahres „Europa (er)leben und ge-

stalten“ durch eine Pandemie ausgesetzt sein würde. Mehr denn je wird es künftig darum gehen, ihr damals formuliertes Ziel nicht aus den Augen zu verlieren: Informationen über Europa an die Schülerinnen und Schüler interessant und erlebbar weiterzugeben und die Programme für Schüleraustausche zu stärken und deren Antragsstellung zu vereinfachen.

Schulen sind zentrale Orte für die gesamte Gesellschaft

Im Rückblick auf ihre KMK-Präsidenschaft hält die rheinland-pfälzische Bildungsministerin fest: „Der Stellenwert von Bildung wurde während der Corona-Pandemie so deutlich wie schon lange nicht mehr thematisiert. Kitas und Schulen sind zentrale Orte, nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft.“



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

CORONA-SPLITTER

Teil III – Gesammelt von Wolfgang Häring und Wolfgang Wünschel

► **Donnerstag, 5. November 2020**

Positiv getestete Schüler bereiten Sorge

Der Verband Reale Bildung (VRB) blickt mit großer Sorge auf die Schulen, die zunehmend positiv getestete Schüler und Lehrkräfte vermelden. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Schulen in den Lockdown schlittern. Achtsamkeit und Verantwortung erfordern unmittelbares Handeln“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. (VRB-Pressemitteilung)

► **Donnerstag, 26. November 2020**

Corona-Krise belastet Lehrkräfte

Ängste, Überstunden, Unsicherheit: Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland sind durch die anhaltende Corona-Krise massiv belastet. Jede vierte Lehrkraft ist regelmäßig emotional erschöpft und zeigt Burnout-Symptome. In den Schulen machen sich 65 Prozent der Beschäftigten größere Sorgen um die eigene Gesundheit. Außerdem arbeiten sie im Schnitt pro Woche fast einen Arbeitstag zusätzlich. Das zeigt eine aktuelle Sonderanalyse „Lehrergesundheit in der Corona-Pandemie“. Sie wurde im Auftrag der DAK-Gesundheit vom Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung (IFT-Nord) in Kiel erstellt. (dpa, ZEIT-ONLINE)

► **Mittwoch, 2. Dezember 2020**

Geschlossene Schulen

In Deutschland waren nach aktuellen Zahlen der Kultusministerkonferenz (KMK) in der vergangenen Woche insgesamt 157 Schulen geschlossen. Eingeschränkter Präsenzbetrieb gab es an 3712 von knapp 25.000 Schulen, die entsprechende Daten meldeten – dort waren etwa einzelne Klassen oder Lerngruppen im sogenannten Distanzunterricht, also zu Hause. (dpa)

► **Donnerstag, 3. Dezember 2020**

Corona-Krise verschärft Cybermobbing

In sozialen Netzwerken, in privaten Chat-Gruppen oder auf Video-Plattformen: Cybermobbing findet viele Wege und hat noch mehr Gesichter. Jeder sechste Schüler (17,3 Prozent) in Deutschland ist laut einer Studie von Anfeindungen und Bloßstellungen im Netz betroffen. In absoluten Zahlen seien dies zwei Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, heißt es in der am Mittwoch in Karlsruhe vorgestellten Erhebung des Bündnisses ge-

gen Cybermobbing und der Techniker Krankenkasse. Besonders betroffen sind Haupt- und Realschüler. (Nordwest-Zeitung)

Selbsttests

Lehrer und Erzieher sollen sich in Zukunft nach einer entsprechenden Schulung selbst auf das Coronavirus testen dürfen. „Kitas und Schulen beziehungsweise ihre Träger können von Freitag an eigenständig Schnelltests beziehen und nutzen“, sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. (RTL)

► **Dienstag, 8. Dezember 2020**

Die Kanzlerin rät zu Kniebeugen

Kanzlerin Merkel riet Schülern zu sportlichen Übungen, um sich in ausgekühlten Klassenzimmern warm zu halten. Denn auf das Lüften in den Klassenräumen könne wegen der Corona-Pandemie auch im Winter nicht verzichtet werden. „Vielleicht macht man auch mal 'ne kleine Kniebeuge oder so oder klatscht in die Hände, damit man ein bisschen warm wird.“ (Die Rheinpfalz)

VRB fordert Gesundheitsschutz für Lehrkräfte

Die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben bislang keinen spürbaren Rückgang der Infektionszahlen bewirkt. „Die verschärften Maßnahmen für den öffentlichen Raum stehen in einem eklatanten Widerspruch zu dem schlichten „Weiter so!“ für den schulischen Bereich“, kritisiert VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Der VRB fordert weiter vom Bildungsministerium, mit dem Institut für Lehrergesundheit einen verbindlichen Gesundheitsschutz zu organisieren. (VRB-Pressemitteilung)

Sachsen schließt als erstes Bundesland Kitas und Schulen wieder

Sachsen fährt wegen massenhafter Corona-Infektionen das öffentliche Leben herunter. Schulen, Kitas, Horte und viele Geschäfte sollen ab kommendem Montag geschlossen werden. Geöffnet bleiben sollen nun erst einmal lediglich Lebensmittelgeschäfte und Geschäfte für den Grundbedarf. (news4teachers)

► **Montag, 14. Dezember 2020**

Harter Lockdown ab Mittwoch

Die Präsenzpflcht wird an den Schulen in Rheinland-Pfalz von Mittwoch an ausgesetzt. Für die Schüler, die bis zum Ferienbeginn

am Freitag nicht zuhause betreut werden könnten, blieben die Schulen aber offen. Nach den Ferien werde es vom 4. Januar bis 15. Januar Fernunterricht geben. Vom Fernunterricht ausgenommen seien diejenigen, die gerade schon für ihre Abiturprüfungen büffeln. (*Die Rheinpfalz*)

► **Montag, 28. Dezember 2020**

Impfstart in Europa

Die größte europäische Massenimpfung aller Zeiten hat am Sonntag begonnen. Europas Bevölkerung schwankt derweil zwischen Skepsis und Akzeptanz. In fast allen EU-Staaten ist am Sonntag die größte Massenimpfung der Geschichte gestartet, in Ungarn, der Slowakei und in Sachsen-Anhalt sogar schon einen Tag früher. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nannte Europas „V-Day“ (Vaccine Day, zu Deutsch: Impftag), an dem die ersten Dosen des von Biontech und Pfizer entwickelten Impfstoffs gespritzt wurden, einen „berührenden Moment der Einheit“. (*Händelsblatt*)

► **Sonntag, 3. Januar 2021**

Söder: „Wir müssen konsequent bleiben“

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) fordert eine Verlängerung des Lockdowns um weitere drei Wochen und eine längere Schließung von Schulen und Kitas. „Der Lockdown muss bis Ende Januar verlängert werden. Vorschnelle Lockerungen würden uns wieder weit zurückwerfen.“ Es dürfe „keine überstürzte Öffnung von Schulen und Kitas geben“, denn es wäre aus seiner Sicht „angesichts der hohen Infektionszahlen verantwortungslos, Lehrer und Schüler einfach wieder komplett in die Schulen zu schicken“, so Söder weiter. Es habe sich gezeigt, dass sich das Virus auch in den Schulen verbreite: „Gerade nach den Ferien ist die Gefahr am höchsten. Viele haben das in Deutschland lange unterschätzt.“ (*Bayerischer Rundfunk*)

► **Donnerstag, 7. Januar 2021**

Stürmung des Kapitols

Proteste wütender Anhänger des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump in der Hauptstadt Washington sind eskaliert und haben das politische Zentrum der USA zeitweise in beispielloses Chaos gestürzt. Nach einer aufstachelnden Rede des Republikaners marschierten Trump-Unterstützer vor dem Kapitol auf, dem Sitz des US-Parlaments, um gegen die Zertifizierung der Präsidentschafts-Wahlergebnisse zu protestieren. Bei den Unruhen kamen nach Polizeiangaben vier Menschen ums Leben. (*Die Rheinpfalz*)

Nehmt die Lehrkräfte stärker in die Pflicht.

Öffnet die Schulen ganztägig. Doppelte Unterrichtszeit würde die Anzahl an Schülern zur gleichen Zeit halbieren. Ein Ausnahmezustand mit ganztägigem Unterricht benötigt vor allem die Lehrkräfte – und man sollte ihnen das abverlangen. Viele Berufsgruppen leisten in der Pandemie Unglaubliches und werden noch dazu von finanziellen Einschränkungen und hohem Kündigungsrisiko belastet. All das trifft Lehrer nicht. Für die Privilegien, die unsere Lehrer durch den Staat genießen, sollte man ihnen in einer Situation wie

dieser mehr Belastung zumuten können; wie beispielsweise eine ganztägige Präsenz in der Schule. (*Schülerunion Deutschlands*)

► **Dienstag, 12. Januar 2021**

Erneut keine schriftlichen MSA-Prüfungen in Berlin

Die Berliner Zehntklässler sollen coronabedingt für den Mittleren Schulabschluss (MSA) wieder nur mündliche Prüfungen ablegen müssen. Die ansonsten obligatorischen Klausuren in Mathematik, Deutsch und einer Fremdsprache entfallen, die Abschlussnote wird wohl wieder aus der Präsentationsbewertung und den Zeugnisnoten der zehnten Klasse gebildet. Für einige ist dies daher sogar der Zeitpunkt, einmal ganz grundsätzlich über die MSA-Klausuren nachzudenken. Der Wegfall der Prüfungen hatte 2020 wesentlich bessere Abschlussnoten und damit mehr Berechtigungen für die gymnasiale Oberstufe zur Folge. (*Berliner Morgenpost*)

Rückgang beim Start der Dualen Ausbildung in der Corona-Krise

Zu Beginn des Schuljahres 2020/21 begannen rund 20.400 angehende Nachwuchsfachkräfte einen beruflichen Bildungsgang an einer Berufsschule in Rheinland-Pfalz. Die Schülerzahl sank um etwa 2.300 gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den demografischen Wandel, die zunehmende Studierneigung und die geringere Zahl der Ausbildungsstellen wegen der coronabedingt schwachen Wirtschaftslage zurückzuführen. Spitzenreiter bei den Ausbildungszielen ist die Pflegeausbildung. (*Statistisches Landesamt*)

► **Mittwoch, 20. Januar 2021**

Lockdown bis 14. Februar verlängert

„Mit der Entscheidung, die Schulen bis Mitte Februar geschlossen zu halten, kommen die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten den Empfehlungen der Virologen und Experten nach. Und das ist richtig so!“ (*Jürgen Böhm, VDR-Bundesvorsitzender*)

Ausnahmen für Jüngere und Abschlussklassen

Der gemeinsame Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin erlaubt es uns aber, den Jüngsten im System ebenso wie den Abschlussklassen zu ermöglichen, zumindest zeitweise unter strengen Hygieneauflagen in geteilten Klassen in der Schule zu lernen. Insbesondere für die jüngeren Schülerinnen und Schüler ist das wichtig, denn für sie ist die Situation am schwierigsten, sie brauchen die Unterstützung beim Lernen, die enge Begleitung und Anleitung durch ihre Lehrerinnen und Lehrer am nötigsten. (*Elternrundbrief von Ministerin Hubig*)

Joe Biden als 46. US-Präsident vereidigt

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hat der neue US-Präsident Joe Biden mit der Demontage von besonders umstrittenen Entscheidungen seines Vorgängers Donald Trump begonnen. Biden leitete am Mittwoch die Rückkehr zum Klimaabkommen von Paris ein, stoppte den US-Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und hob ein Einreiseverbot für Menschen aus muslimisch geprägten Ländern auf. (*Mainzer Allgemeine Zeitung*)

► **Donnerstag, 28. Januar 2021**

Grundschulen bleiben geschlossen

Das Bildungsministerium hat heute Vormittag alle Schulen sowie Eltern und Sorgeberechtigten per Schreiben darüber informiert, dass der Beginn des Wechselunterrichts zurückgestellt wird. Diese Entscheidung wurde nach Beratungen mit den Experten der Universitätsmedizin Mainz gestern Abend und heute Früh getroffen, nachdem bekannt geworden war, dass im benachbarten Baden-Württemberg 13 neue Fälle von Virusmutationen aufgetreten waren. *(PM des Bildungsministeriums Mainz)*

► **Freitag, 29. Januar 2021**

Seehofer plant Einreisestopp

Um sich vor hoch ansteckenden Corona-Mutanten zu schützen verhängen immer mehr EU-Staaten Reisebeschränkungen. Auch die Bundesregierung will sich auf einen weitgehenden Einreisestopp aus Großbritannien, Portugal, Südafrika und Brasilien einigen. Das teilte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) vor einer Videokonferenz der EU-Innenminister am Donnerstag mit. *(Süddeutsche Zeitung)*

Susanne Eisenmann. CDU-Politikerin mit Ehrgeiz und undankbarem Job

Als der frühere bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU) ins Amt kam, bekam er ein Telegramm von seinem Freund Bernhard Vogel (CDU), damals Kultusminister von Rheinland-Pfalz: „Willkommen im Kreis der Prügelknaben der Nation“, hieß es darin. Eine Zeile, die zur inoffiziellen Stellenbeschreibung für Bildungsminister wurde. Auch 50 Jahre später gilt: Wer in der Landespolitik für Schulen zuständig ist, steht quasi permanent in der Kritik. Ob Eltern, Schülern oder Lehrern – nie kann man es allen recht machen. Für Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann wären das schon unter normalen Umständen schwierige Voraussetzungen für den Wahlkampf. Die CDU-Politikerin hat sich vorgenommen, nach der Landtagswahl am 14. März Ministerpräsidentin zu werden. In der Corona Pandemie wird ihr Name aber von vielen als Synonym für eine abgestürzte Lernplattform, fehlende Schutzmasken für Lehrer und andere Dramen empfunden. *(Süddeutsche Zeitung)*

► **Samstag, 30. Januar 2021**

AstraZeneca-Impfstoff nur für Unter-65-Jährige empfohlen

Wer Kinder betreut, sollte in der Impf-Rangfolge weiter nach vorne rücken – meinen immer mehr Stimmen aus der Politik. NRW-Familienminister Stamp fordert mit Blick auf die beschränkte Empfehlung des AstraZeneca-Vakzins: «Wenn der Impfstoff gerade für Unter-65-Jährige geeignet ist, sollte eine schnelle Impfung derjenigen erfolgen, die unsere Kinder bilden und betreuen», unterstrich Stamp. *(News4teachers)*

► **Mittwoch, 10. Februar 2021**

Übermut tut selten gut

Fallende Inzidenzzahlen geben keinen Anlass zu Risikoentscheidungen, erklärt der Verband Reale Bildung (VRB) mit Blick auf die

aktuelle Infektionslage in Rheinland-Pfalz. „Verbreitung und Wirkung der Viren und deren Mutationen sind wissenschaftlich nicht einschätzbar. Ein vorsichtiges Vorgehen bei der Entscheidung von Schulöffnungen ist daher zwingend geboten“, fordert VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. *(VRB-Pressmitteilung)*

► **Donnerstag, 11. Februar 2021**

Weiteres Vorgehen für die Schulen

Die Schülerinnen und Schüler der 1. bis 4. Klassen in den Grundschulen und der Unterstufe in den Förderschulen werden ab dem 22. Februar 2021 wieder in Präsenz unterrichtet. ... Die Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet, an den Präsenzphasen teilzunehmen. Für die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 13 wird der Fernunterricht fortgesetzt. Wenn es das Infektionsgeschehen und die weiteren Entwicklungen zulassen, sollen alle Jahrgänge im Wechselunterricht bald wieder in die Schulen kommen. Die Möglichkeiten zur Notbetreuung bleiben bestehen. Für die Schülerinnen und Schüler vor Abschlussprüfungen bestehen die besonderen Regelungen fort; sie können unter Einhaltung der Abstands- und sonstigen Hygieneregeln in Präsenz unterrichtet werden. *(Rundbrief des Bildungsministeriums RLP an alle Schulen)*

► **Freitag, 12. Februar 2021**

Behutsam lockern. Die Öffnung der Schulen ist für die Kinder wichtig.

Die enormen sozialen Einschränkungen, die die Bekämpfung der Pandemie mit sich bringt, fallen immer mehr Menschen immer schwerer. Nicht nur jenen, denen das bunte Treiben an Fasnacht Lebensfreude bringt. Die Öffnung der Grundschulen im Wechselunterricht ist eine behutsame Rückkehr in die Normalität. Sie ist vor allem für die Kinder immens wichtig. Jene, die zuhause wenig Unterstützung haben, drohen im Fernunterricht abgehängt zu werden. Die Öffnung der Schulen ist darüber hinaus aber auch ein Zeichen in die Gesellschaft hinein, dass weitere Lockerungen möglich sein werden. *(Karin Dauscher/Die Rheinpfalz)*

► **Montag, 22. Februar 2021**

Die Coronazahlen steigen wieder.

Die Anzahl der bestätigten Neuinfektionen in den vergangenen sieben Tagen pro 100000 Einwohner, die Sieben-Tage-Inzidenz, ist für ganz Rheinland-Pfalz erneut leicht gestiegen – auf 53,2. Am 16.2. lag sie noch bei 45,3.

Unterdessen haben mehrere Bundesländer vorgezogene Impfungen für Lehrkräfte und Kita-Personal gefordert, bevor die Schulen geöffnet werden. *(Die Rheinpfalz)*

► THEMENSCHWERPUNKT „CORONA UND SCHULE“

VRB im Gespräch mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretär Hans Beckmann



Mit Mundschutz und großem Abstand empfangen Ministerin Dr. Hubig und Staatssekretär Hans Beckmann unseren Landesvorstand im Großen Sitzungssaal des Bildungsministeriums, vertreten durch den Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler in Begleitung von Michael Eich, Erwin Schneider, Benjamin Bajraktari, Christoph Krier, Jutta Okfen, Saskia Tittgen und Bernd Karst. Themenschwerpunkt des am 17. November stattgefundenen Gespräches: „Corona und Schule“.

Ministerin Dr. Hubig räumte eingangs ein: „Wir sind am Limit, aber wir bekommen das mit allen Abstrichen hin. Corona wird vorbeigehen. Die Situation wird sich verändern, nicht von einem Tag zum anderen, aber wir werden durch die Corona-Krise kommen. Gut, dass Ihr Verband die Situation eng begleitet. (...) Solche Zeiten

AUF DER TAGESORDNUNG

- Gesundheitsschutz
- Hygienepläne
- Wechselunterricht
- Klassengrößen
- Personalbedarf
- Planstellenerhöhung
- Lehrerbildung
- Fort- und Weiterbildung
- Endgeräte für Lehrkräfte

hat noch niemand erlebt. Es kann sich niemand vorstellen, wie lange der ‚Marathon‘ dauert.“

Vertrauensverlust und Widersprüche

Die Ministerin berichtete, dass sich „Berlin“ klar zum Präsenzunterricht bekenne. Beraten werde über einen besseren Infektionsschutz. Die jüngeren Schülerinnen und Schüler seien nicht die Überträger. Die Übertragungswahrscheinlichkeit in Schulen sei relativ gering. Das Bildungsministerium unterstütze die gängigen Maßnahmen, wie Maskenschutz, Testungen, Quarantäne. Die Schülerbeförderung werde durch den zusätzlichen Einsatz von 250 Bussen unterstützt.

Landesvorsitzender Lichtenthäler bezweifelte diese Sichtweise und betonte, es entstünde ein Vertrauensverlust infolge unterschiedlicher Bewertungen des Infektionsgeschehens – einerseits durch die Politik, andererseits durch das RKI. Der VRB stelle sich die sorgenvolle Frage, wie die Schulen „durch den Winter“ kommen. Der Stellvertretende Landesvorsitzende

und HPR-Vorsitzende Michael Eich monierte den Widerspruch zwischen den strengeren gesellschaftlichen Auflagen einerseits und den zurückhaltenden schulischen Regelungen andererseits.

Planstellen schaffen

Ministerin Dr. Hubig zeigte Verständnis für die Forderung des VRB nach Sofort-Einstellungen von Lehrkräften und informierte, dass die Landesregierung Mittel für Vertretungskräfte zur Verfügung gestellt habe. Allerdings befänden sich zu wenige potenzielle Lehrkräfte für die Wahrnehmung dieser Aufgabe auf dem Markt. Staatssekretär Hans Beckmann ergänzte, dass alle zur Verfügung stehenden Lehrkräfte beschäftigt seien. VRB-Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari mahnte an, dass für den Bezirk Koblenz zu wenige Planstellen zur Verfügung gestellt würden. Die Einstellungs-Konzentration auf Vertretungskräfte sei nicht zielführend, weil diese Lehrkräfte von benachbarten Bundesländern mit Planstellenangeboten angeworben würden. Michael Eich unterstrich, dass es schwierig sei, Lehrkräfte für die Unterrichtsversorgung in Randgebieten zu gewinnen.

Staatssekretär Hans Beckmann wies darauf hin, dass Planstellen nicht beliebig geschaffen werden könnten. 140 zusätz-

liche Planstellen seien zur Verfügung gestellt worden. Wichtig sei allerdings, die ausgebildeten Lehrkräfte an Rheinland-Pfalz zu binden. RLP habe 40 Mio. Euro im Schuljahr 2020/21 bereitgestellt. Für PES (Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit von Schulen) seien 8 Mio. Euro etatiert. Benjamin Bajraktari wies darauf hin, dass am Studienseminar Koblenz aktuell 80 Lehramtsanwärterinnen und -anwärter ausgebildet würden, und forderte deren Übernahme in den Schuldienst nach erfolgreicher Prüfung.

Personelle Verstärkung an IGSen mit Realschullehrkräften

Jutta Okfen, Referentin des VRB für Integrierte Gesamtschulen, forderte eine personelle Ausweitung der IGSen mit Realschulkolleginnen und -kollegen. Diese sei erforderlich nicht nur aufgrund des benötigten Personaleinsatzes im Wahlpflichtfachbereich, sondern auch zur Erfüllung des pädagogischen Auftrages. Die Klassen der IGSen setzten sich aus Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Begabungen zusammen. Die IGSen führten folglich zu allen Schulabschlüssen der Sekundarstufen I und II.

Ministerin Dr. Hubig sicherte mit Verweis auf den Bildungsetat des Landes abschließend zu, dass sie um jeden Euro kämpfe.

Der Etat des BM umfasse ein Viertel des Gesamthaushaltes. Seit ihrem Amtsantritt sei der Bildungsetat von 4,4 auf 5,8 Mrd. Euro gestiegen.



Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de

NACHTRAG

- ▶ Hinsichtlich der im November erkennbaren Differenzen bei der Diskussion um den Präsenzunterricht hat sich in der Rückschau die Sichtweise des VRB als tragfähig erwiesen. Nach den Schulschließungen, die bis in den Februar reichten, erfolgte die Rückkehr der Schülerinnen und Schüler nach dem vom VRB von Anfang an favorisierten Fürsorgemodell.



Besorgt über die Corona-Entwicklung fordert der VRB gezielte Unterstützung der Schulen und Lehrkräfte. Fotos oben vlnr: Erwin Schneider, Jutta Okfen, Saskia Tittgen, Bernd Karst; unten vlnr: Michael Eich, Benjamin Bajraktari, Timo Lichenthäler, Christoph Krier

TEAMGEIST UND TRANSPARENZ

Timo Lichtenthäler ist seit 2016 Landesvorsitzender des Verbands Reale Bildung. Er ist Mitglied des Hauptpersonalrates Realschulen plus und leitet die Philipp Freiherr von Boeselager Realschule plus in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Nicole Weiß-Urbach traf ihn dort und sprach mit ihm über die Vielseitigkeit seiner Aufgaben im Verband, in der Schule und in der Personalvertretung. Sie erfährt dabei auch, welche Ziele er weiterhin verfolgt und wo er Ausgleich und Erholung findet.

| Erste Schritte im Verband Reale Bildung ...

In einer Seminarveranstaltung des Studienseminars Koblenz wurde ich 2004 zum ersten Mal auf den Verband Reale Bildung aufmerksam. Die damalige Vorsitzende des Bezirks Koblenz, Margit Lenarz, stellte sich den Lehramtsanwärterinnen und -anwärter mit ihrem Team vor, und ich war von den Werten des Verbandes – damals noch VDR – so überzeugt, dass ich noch am selben Tag beigetreten bin. Ein Jahr später, nach dem Referendariat, suchte ich nach einer Möglichkeit,

im Verband aktiv mitzuarbeiten und kontaktierte deshalb den Landesvorsitzenden Bernd Karst. Der lud mich spontan zur zwei Tage später stattfindenden Landeshauptvorstandssitzungin Maria Laach ein, wo ich die übrigen Vorstandsmitglieder kennenlernte.

Margit Lenarz bot mir an, bei ihr in die Vorstandsarbeit reinzuschneppen. Und so habe ich im Bezirk Koblenz angefangen, erstmal nur als Gast und später als Betreuer für die Pensionäre. Nach einiger Zeit stand dann ein Generationswechsel an, denn verdiente Kolleginnen und Kollegen wie Günter Jung, Regina Tilch und Margit

Lenarz wollten die Ämter in jüngere Hände übergeben. Die Mitgliederversammlung wählte mich 2009 zum Bezirksvorsitzenden.

| Der Weg zum Landesvorsitz

Durch das Amt des Bezirksvorsitzenden war ich satzungsgemäß Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands und hier zunächst verantwortlich für die Delegiertenarbeit und die Delegiertentage. Von 2008 bis 2016, also für zwei Legislaturperioden war ich zudem Landesschriftführer. 2016



vollzog der Landesvorstand dann den vorbereiteten Generationswechsel und ich wurde von der Hauptversammlung zum Landesvorsitzenden gewählt. Die erfahrenen Kräfte engagierten sich weiter im Landesvorstand, sodass der neugewählte Landesvorstand wichtige und notwendige Unterstützung in der Verbandsarbeit fand.

| **Verbandsarbeit ist Teamarbeit**

Als Landesvorsitzender bin ich auf ein kompetentes Team angewiesen, das

eigenverantwortlich und loyal die Vorstandsarbeit mitgestaltet. Das ist für mich der Schlüssel für gelingende Verbandsarbeit. Wir denken nicht in Hierarchien, sondern unterstützen uns wechselseitig. Neben diesem Teamgedanken sind die teilweise daraus entstehenden familiär-freundschaftlichen Beziehungen wichtig, was mir auch als Landesvorsitzender Kraft gibt.

| **Nichts entsteht im stillen Kämmerlein**

Die für mich so wichtige Teamarbeit möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen: Wenn es darum geht, politische Stellungnahmen zu schreiben oder ad hoc auf spontane bildungspolitische Beschlüsse zu reagieren, indem man sich als Verband in Form einer Pressemitteilung zu Wort meldet, dann ist zunächst der Landesvorsitzende gefordert. Ich werde aber mit diesen Aufgaben niemals alleine gelassen. Der Grundgedanke unseres Teams ist immer, dass nach außen und innen kommuniziert wird, was für den Verband wichtig ist. Nichts entsteht im stillen Kämmerlein.

| **Interessante Vielseitigkeit – das Amt des Landesvorsitzenden**

Das Amt des Landesvorsitzenden ist mit weiteren Aufgaben verbunden. So bin ich Mitglied des Bundesvorstandes des VDR, der sich regelmäßig trifft. Die Vorstandssitzungen sind für mich und meine Vorstandsmitglieder wichtig, da wir hier die rheinland-pfälzische Sichtweise und Impulse in die bildungspolitische und verbandspolitische Ausrichtung des Bundesverbandes einfließen lassen können.

Da der VRB Mitglied in seinem Dachverband, dem dbb beamtenbund und tarifunion ist, sind die Landesvorsitzenden der einzelnen Fachgewerkschaften Mitglied im Landeshauptvorstand des dbb Rheinland-Pfalz. Auch auf dieser Ebene fasziniert die Vernetzung mit anderen Berufsverbänden und der Einblick in deren Arbeit. Insbesondere der Austausch mit



Timo Lichtenthäler: „Ich lege großen Wert auf Teamarbeit. Natürlich muss man in leitenden Funktionen Entscheidungen treffen, aber meist kann man sie auf das Abwägen im Team stützen.“

den rheinland-pfälzischen Bildungsgewerkschaften des dbb, also dem Philologenverband, dem Verband Bildung und Erziehung und den beiden Berufsschullehrkräfteverbänden, vlbs und VLW, ist aufschlussreich und gewinnbringend.

| **Hauptpersonalrat: Eine herausfordernde Arbeit**

In den Hauptpersonalrat für die Realschule plus wurde ich 2009 gewählt. Besonders die ersten Jahre waren herausfordernd für uns und das Gremium. Die neue Schulart Realschule plus musste ausgestaltet und weiterentwickelt werden. Die Entwicklung der Wahlpflichtfächer oder der FOS, um nur einige Beispiele zu nennen, wurde vom Hauptpersonalrat konstruktiv-kritisch begleitet. Ich habe erkannt, dass die Interessenvertretung der Lehrkräfte auch in den Stufenvertretungen wichtig ist. In den Verhandlungen und im ständigen Austausch mit dem Bildungsministerium haben wir vieles für die Realschule plus erreichen können. Diese Tätigkeit im HPR hat mich geprägt. Ich habe in der Gremiumsarbeit neue Erfahrungen sammeln und Kompetenzen erwerben können, die für meine weitere berufliche Tätigkeit nützlich sind.



| Schulischer Werdegang

Durch die bildungs- und verbandspolitischen Erfahrungen, die ich seit 2005 gemacht habe, ist in mir der Wunsch gereift, auch in der Schule mehr Verantwortung zu übernehmen. Das war meine Motivation, mich auf Funktionsstellen zu bewerben.

Gefördert wurde ich dabei von meinem damaligen Schulleiter Jochen Born an der Realschule plus in Linz, an der ich als Lehrkraft tätig war. Als im Zuge der Schulstrukturreform eine Konrektorinnenstelle lange Zeit unbesetzt blieb, fragte Herr Born mich, ob ich mir nicht vorstellen könnte, eine Position in der erweiterten Schulleitung einzunehmen. Für ein Jahr leitete ich nun den zweiten Standort der dislozierten Schule in Linz und war gleichzeitig mit der Verantwortung für Klassenstufen und andere Schulleitungsaufgaben betraut. In diesem Jahr konnte ich beweisen und erkennen, dass ich organisatorischen Aufgaben und pädagogische Entwicklungsarbeit in einer erweiterten Schulleitung angeleitet selbstverantwortlich bewältigen kann. Die Arbeit im Steuerungs-Team für die Etablierung einer Fachoberschule in

Linz bereitete mir viel Freude. Weitere Leitungserfahrungen sammelte ich ab 2014 als stellvertretender Schulleiter in Adenau. Der weitere Schritt hin zu einer Schulleiterstelle war folgerichtig und entsprach meinen beruflichen Zielsetzungen. Seit dem 01. August 2018 leite ich die Boeselager RS plus Bad Neuenahr-Ahrweiler.

| Abwechslungsreich und motivierend zugleich ...

Meine Aufgaben als Schulleiter sind vielseitig und abwechslungsreich. Bereichernd finde ich den täglichen Umgang mit den Menschen, die zur Schule dazugehören, also mit der Schulleitung, dem Kollegium, dem Sekretariat oder dem Hausmeister und natürlich mit den rund 650 Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern. Zusammen mit diesen Menschen die Schule weiter zu entwickeln und zu gestalten, motiviert mich täglich.

| Teamgeist, Transparenz, Authentizität und Humor

Meine Stärken? Die mögen andere beurteilen. Ich kann aber gerne darlegen, was mir wichtig ist. Auf Teamarbeit lege ich großen Wert. Es heißt immer so schön, dass man als Verbandsvorsitzender das letzte Wort hat – und in der Schulleiterposition auch. Natürlich muss man in leitenden Funktionen Entscheidungen treffen, aber ich lege Wert darauf, wann immer möglich, diese im Team gemeinsam zu finden. Zweitens lege ich Wert auf Transparenz. Ich habe den Anspruch an mich, alle Entscheidungen nachvollziehbar darzustellen. Damit verbunden ist gute und enge Kommunikation und das frühe Einbinden von den Menschen, für die diese Entscheidungen wichtig sind. Außerdem möchte ich authentisch sein. Mein Bestreben ist, meinen Mitmenschen stets den gebührenden Respekt und Wertschätzung zu zollen. Schließlich glaube ich, dass ich über eine gesunde Portion Humor verfüge. Die hilft mir auch in schwierigen Situationen.

| Schulpolitik aus drei Perspektiven – ein Vorteil

Man könnte vermuten, dass zwischen meinen Ämtern und Funktionen Interessenskonflikte bestehen. Dies ist selten der Fall. Ich sehe den persönlichen Nutzen, dass sie sich gewinnbringend ergänzen. In verbandspolitischen Diskussionen kann ich immer die Erfahrung aus der Schulpraxis einbringen, um die verbandspolitische Ausrichtung mitzugestalten und daraus Forderungen abzuleiten. Auf der anderen Seite werde ich in den Gesprächen im politischen Raum und durch die Arbeit im Hauptpersonalrat schon auf Entwicklungen aufmerksam, die auf die Schulen zukommen könnten.

Oft ist es natürlich auch geboten und erforderlich, die Perspektiven und Rollen zu trennen. Das mache ich sehr konsequent: In der Schule bin ich Lehrer und Schulleiter und erlebe Schule in einer bunten Vielfalt. Meine Rolle als Verbandsvorsitzender bleibt dann im Hintergrund. In der Rolle des Verbandsvorsitzenden, also als Vertreter unserer Mitglieder kann und muss ich Dinge öffentlich benennen, öffentlich Kritik an bildungspolitischen Entscheidungen äußern und Forderungen artikulieren.

| Der große Ausgleich für mich ist meine Familie

Freizeit kommt oftmals zu kurz, aber ich versuche, mir Ruheinseln zu schaffen. Wenn ich das Büro verlasse und nach Hause fahre, dann lasse ich Schule räumlich hinter mir. Gedanklich klappt das nicht immer, und so schreibe ich häufig in den Abendstunden Emails oder telefoniere. Aber ich nehme mir bewusst Zeiten für einen Ausgleich, indem ich mich mit meinen Kindern, einer sechsjährigen Tochter und einem dreijährigen Sohn beschäftige und mit ihnen spiele. Sie fordern auch die Anwesenheit vom Papa ein. Wir nehmen uns als Familie, meine Frau ist als Lehrerin tätig, bewusst Auszeiten, in denen nicht über Schule gesprochen wird. Bei gemeinsamen Spaziergängen, Ausflügen und Urlauben

ben mit den Kindern und unserem Hund tanken wir Kraft.

| Im Zentrum bildungspolitischer Diskussionen

Der Verband Reale Bildung steht im Zentrum der bildungspolitischen Diskussion. Wir nehmen die reale Bildung in den Blick, zeigen Defizite auf und fordern angemessene sächliche wie personelle Rahmenbedingungen, um reale Bildung ausgestalten zu können. Unseren Verband sehe ich als einen wichtigen Multiplikator, der sich konsequent gegenüber den bildungspolitisch Verantwortlichen mit realen Forderungen einbringt und gehört wird.

| Ziel: Gute Rahmenbedingung für die Lehrkräfte in RLP

Im Interesse der Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz trete ich für Rahmenbedingungen ein, die in die heutige Zeit

passen. Es gibt viele Schulen, die bezüglich ihrer Ausstattung, auch im Digitalisierungsbereich, weit abgehängt sind. Daneben gibt es auch Schulstandorte mit solventen Schulträgern, deren Ausstattung schon seit einigen Jahren fast keine Wünsche offen lässt. Diese Schere muss weiter geschlossen werden. Alle Lehrkräfte müssen ein Setting haben, mit dem sie gut und erfolgreich unterrichten können.

Ich sehe, dass unsere Lehrkräfte verantwortungsbewusst und mit großem Engagement unsere Kinder und Jugendlichen auf ihr Leben vorbereiten. Ich wünsche mir und fordere deshalb ein, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung die Wertschätzung erfahren, die sie verdienen. Schulen und Lehrkräfte brauchen politische Rückendeckung seitens der Landesregierung. Daran wird sich auch die neu gewählte Landesregierung messen lassen müssen.

Fotos: C. Ockenfels



„Lehrkräfte sollten in der öffentlichen Wahrnehmung die Wertschätzung und Unterstützung erfahren, die sie verdienen. Schulen und Lehrkräfte brauchen politische Rückendeckung. Daran wird sich auch die neue Landesregierung messen lassen müssen, die sich jetzt neu bildet.“

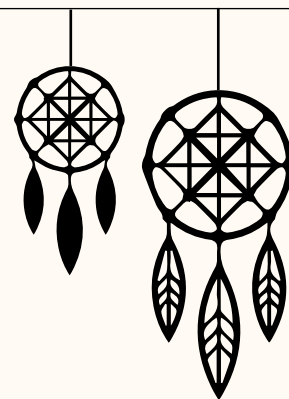
► FUNDSACHE

Kirsten Boies Traum aller Träume

Die Kinder- und Jugendbuchautorin Kirsten Boie meldete sich kürzlich auf die Frage des +3Magazins „Was lässt uns träumen?“ zu Wort. Sie benennt dabei ihren Traum aller Träume.

„Vor Corona habe ich häufig Schulklassen zu Lesungen besucht – besonders gerne in sogenannten benachteiligten Stadtteilen. ... Diese Grundschul Kinder zu beobachten, macht mir jedes Mal Hoffnung. Aber mein Traum ist ja noch viel unerschämter: Zum großen Wir gehört für mich auch, dass die Chancen für alle Kinder viel gerechter verteilt sein müssen als bisher. Gerade jetzt, wo die notwendige Bekämpfung der Pandemie unendliche Steuermittel schluckt, scheint dieser Traum kühn. Aber: Für eine gelingende gemeinsame Zukunft müssten wir endlich begreifen, dass dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn wir mehr Lehrkräfte ausbilden und einstellen, wenn also die Bildung insgesamt bei den Haushaltsausgaben die Priorität bekommt, die sie in der Realität für unsere Leben immer schon hatte. Das klingt nicht träumerisch genug? Für mich ist dieser Traum die Grundlage für alle weiteren Träume.“

Wü/Quelle: +3Magazin Nr.70/Nov 2020, S.11



► REDAKTIONSTEAM
REALE BILDUNG

Jahresplanung 2021

Das Wahljahr 2021 stand im Mittelpunkt einer digitalen Redaktionssitzung zum Jahreswechsel. Die Landtagswahlen im März und die Personalratswahlen im Mai werden ausschlaggebend sein für die bildungspolitischen Entwicklungen der kommenden Jahre. Auch die Bundestagswahl im Herbst dürfte Schule und Lehrkräfte, u. a. über das Thema Digitalpakt Schule und die Diskussion über eine Bürgerversicherung berühren. Der VRB wird sich im Vorfeld der Wahlen weiterhin wahrnehmbar und klar positionieren.



Die Pandemie hat schulpolitische und -organisatorische Schwachstellen markiert und gleichzeitig auch Entwicklungen beschleunigt, die bislang – vor allen bei Ausstattungsfragen – eher zögerlich angegangen wurden. Auch den „fremdbestimmten“ schulischen Alltag der kommenden Monate wird die Redaktion im Blick behalten. Sie wird weiterhin „Corona-Splitter“ sammeln. Es werde sich zeigen, ob das Bildungsministerium auf die Forderungen des VRB einschwenkt und alle Anstrengungen unternimmt, um einen Unterrichtskollaps zu vermeiden. Es wird sicherzustellen sein, dass Leistung weiterhin abverlangt und dokumentiert werden kann, dass die Lernplattformen funktionieren, dass die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets forciert wird, dass das WLAN überall im Land durchgängig und gut funktioniert.

Die Rubriken für Berufseinsteiger, zu Rechtsfragen im Schulalltag und zu Medienthemen werden fortgeschrieben. Das Feedback zu den „Geburtstagsseiten VRB70“ hat die Redaktion bestärkt, auch weiterhin mit Zeitzeugenbeiträgen aus der Geschichte des VRB dessen anhaltendes Eintreten für Schule und Lehrkräfte zu beleuchten.

Wü

Die neu aufgelegte Wahlbroschüre



► 50. VORSTANDSSITZUNG DER AKTUELLEN AMTSZEIT

Verantwortung tragen

Der Landesvorstand setzte sich auch in der „Jubiläumssitzung“ mit den Corona-Herausforderungen in der Verbandsarbeit auseinander. Im Mittelpunkt standen die VRB-Strategie und die Forderungen, mit denen die Interessen der Lehrkräfte konsequent gegenüber Schulbehörden, Ministerium, Parteien und Öffentlichkeit vertreten werden. Die Teilnehmer arbeiteten sich zudem in ein neues datenschutzkonformes und webbasiertes Präsentations- und Veranstaltungssystem ein, das die Sitzungsabläufe der Verbandsorgane künftig weiter erleichtern wird.

Einen Schwerpunkt der Jubiläumssitzung bildete die Vorbereitung der Landeshauptvorstandssitzung in der ersten Januarwoche. Der Landeshauptvorstand legt satzungsgemäß u. a. die Reihenfolge der Kandidaten für die Wahlvorschlagslisten zu den Stufenvertretungen fest. Der Landesvorstand zeigte sich erfreut über die gro-

ße Bereitschaft der Mitglieder zur Kandidatur für den Verband. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler würdigte die in den Arbeitsgruppen geleistete Vorbereitung des Wahlkampfs und dankte allen Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz.

Der Vorstand installierte ein Kern-Team zur weiteren Vorbereitung der Personalratswahlen und brachte einen Leitfaden für die schulischen Wahlvorstände auf den Weg. Für die 150 Anwärterinnen und Anwärter, die Ihren Dienst antreten, wird ein aktualisierter Wegweiser durch die Seminausbildung aufgelegt.

Zusammen mit der letzten Ausgabe der VRB-Zeitschrift hatten die Mitglieder Mund-Nasenschutz-Masken erhalten, die mit dem Logo „Verantwortung tragen – VRB“ versehen sind. Die Resonanz war so groß, dass nachgeordert werden musste.

Wü



Landeshauptvorstand verabschiedet Wahlvorschlagslisten

Der Landeshauptvorstand (LHV) befasste sich in seiner Januarsitzung mit der Vorbereitung der Personalratswahlen und dem aktuellen VRB-Wahlprogramm.



In Gesamthematik des Wahlkampfs eingeführt

Die Wahlen stehen unter dem Motto „Neue Realitäten. Chancen nutzen!“ Anhand von „Megathemen“ wird das Motto auch mit grafischen Gestaltungselementen konkretisiert, um in der Wahlwerbung deutlich zu machen, wofür der VRB steht. Im einzelnen erläuterten Michael Eich und Benjamin Bajraktari, die das Wahlkampfteam leiten, die Wahlstrategie. Wichtig ist dem Landesvorstand, mit einem Wahlprogramm für die nächste Wahlperiode in den Wahlkampf zu ziehen, das transparent und authentisch die besonderen Herausforderungen in den neuen Stufenvertretungen benennt. „Wer unsere Arbeit in den beiden Stufenvertretungen in der Rückschau bewertet, wird deutlich unsere Handschrift in der Interessenvertretung erkennen können“, betonen Eich und Bajraktari zum Abschluss ihrer Präsentation und bekräftigen ihren Anspruch für die weitere Personalratsarbeit.

Kandidatenlisten für Stufenvertretungen verabschiedet

Der LHV ist satzungsgemäß zuständig für die Aufstellung der Kandidatenlisten für die Wahl der Stufenvertretungen. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler stellte dem Landeshauptvorstand die Listenvorschläge des geschäftsführenden Landesvorstands dar. Die Listen selbst, so der Landesvorsitzender, seien in mehreren Arbeitsschritten entwickelt worden und berücksichtigten den vom Landesvorstand und den Bezirksversammlungen vorgegebenen Handlungsrahmen. Er selbst zeigte sich erfreut, dass aus den Bezirken 75 Nominierungen für Wahllisten erfolgten. Dies

verdeutliche, wie stark die personelle Unterstützung der Bezirke für die Personalratswahlen sei. „Mit dieser starken personellen Besetzung gewinnt unser Wahlkampf an Dynamik und Glaubwürdigkeit“. Mit diesem Schlusssatz leitete der Landesvorsitzender die Abstimmungen ein.

Nach der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten verabschiedete das Gremium die Vorschlagslisten für die Stufenvertretungen an Realschulen plus und an Integrierten Gesamtschulen. In dieser Schulart geht der VRB erneut eine Listenverbindung mit dem Philologenverband ein.

Hauptversammlung und Würdigung

Der LHV folgte dem Vorschlag des Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler, die für April vorgesehene Hauptversammlung mit Blick auf die Pandemielage noch einmal zu verschieben. Diese Verschiebung sei rechtlich nicht anfechtbar. Er verwies auf die Expertise von Rechtsanwältin Dufeu zur Legitimation der weiteren Vorstandsarbeit, die in unserer Verbandszeitschrift 1/2 2020 ausführlich dargestellt worden sei.

Der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler und Ehrenvorsitzender Bernd Karst würdigten die Verdienste des kürzlich verstorbenen ehemaligen Landes- und Bundesvorsitzenden Hans Thielen.



Grundsatzvereinbarung zur Stärkung von Wartung und Administration

Es gibt sie zum Glück an fast allen Schulen, die talentierten IT-Freaks, die ihren Kolleginnen und Kollegen begeistert zeigen, was sie können, und die die Hilferufe ihrer Mitstreiter im Schulalltag gerne aufnehmen. Sie opfern jede Menge Freizeit, um die vielgepriesene Digitalisierung Schritt für Schritt zu realisieren. Gleichzeitig beraten sie die Schulleitung bei Anschaffungen und bei der Ausstattung der Schulen mit den neuesten Geräten.

Von der Zusatzaufgabe einzelner Lehrkräfte zum Fulltime-Job

Schul-IT ist eine komplexe Aufgabe: Management des Mail-Systems, des WLANs, des Schulnetzwerks und eventueller Server oder gar einer eigenen Cloud-Lösung, vom Datenschutz ganz zu schweigen. Seit Jahren fordert der VRB Fachkräfte, die sich in Vollzeit um die IT kümmern. Denkbar wären auch größere IT-Abteilungen beim Schulträger, die für mehrere Schulen zuständig sind. (vgl. „Unsere Erwartungen“ Professionelle Unterstützungsteams, RBiRP Heft 3/4, S. 25)

Im vergangenen Jahr wurden in Rheinland-Pfalz 70.000 Tablets und Laptops bestellt und in diesem Jahr sollen zusätzlich 50.000 Lehrkräfte mit Leihgeräten ausgestattet werden. Wer soll sie einrichten und in das Schulnetz einbinden? Wer soll sie warten? Wer kümmert sich um die vorhandene, teils veraltete Ausstattung?

Die Schulen haben nur geringe Zeitressourcen für ein IT-Management, das in der Lage ist, ein sinnvolles IT-Infrastruktur-Konzept zu entwickeln und entsprechend zu ordern, zu betreiben und zu supporten. Die Betreuung der Technik sowie der Menschen, die damit umgehen sollen, ist bisher mangelhaft. Schulen mit 600 Kindern plus Kollegium sind de facto wie ein kleines Unternehmen – nur eben ohne eigene IT-Abteilung.

Kooperation für besseren IT-Support



Zur Lösung des Problems wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Zwischen dem Bildungsministerium und den kommunalen Spitzenverbänden wurde eine Grundsatzvereinbarung geschlossen. Sie sieht vor, dass die Erledigung von Wartungsaufgaben und die Behebung von Störungen zukünftig von technischem Fachpersonal durchgeführt werden soll. Diese Tätigkeiten sollen nicht mehr zu Lasten von pädagogischen Aufgaben insbesondere im Bereich des Informatikunterrichts gehen. Zur Kompensation des gestiegenen Aufwands wurde ein Zuschuss, mit dem das Bildungsministerium die Schulen bzw. Schulträger unterstützt, auf sechs Millionen Euro festgesetzt. Je Schüler sollen elf Euro pro Schuljahr fließen. Die Vereinbarung tritt mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 in Kraft. 2024 werden die Kostenanteile und die Arbeitsteilung überprüft und bei Bedarf angepasst.

Klare Aufgabenverteilung

Die Abmachung unterscheidet zwischen Supportaufgaben, die einem pädagogischen Kontext zugeordnet werden können (Schule)

und Aufgaben, die den technischen Bereich betreffen (Schulträger).

Ziel der neuen Vereinbarung ist ein qualifizierter IT-Support aus einer Hand. Die Erledigung von Wartungsaufgaben und die Behebung von Störungen soll künftig unter der Regie des Schulträgers von technischem Fachpersonal mit folgenden Aufgaben durchgeführt werden:

- Installation von Hardware und Software
- laufende Administration der Systeme inkl. Benutzerverwaltung
- Bereitstellung geeigneter Routinen zur Fehlerbehebung, z.B. Betrieb einer Hotline und eines Ticketsystems
- Fehlerbehebung und Reparatur
- laufende Instandhaltung der Hardware

In Verantwortung der Schule verbleiben die pädagogischen Bereiche:

- Schulung der pädagogischen Nutzung
- Mitteilung von Anforderungen und Bereitstellung von Nutzerlisten
- basale Fehlerprüfung und -behandlung
- Meldung von Störungen



Foto: PM Landkreistag

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig unterzeichnete die Vereinbarung gemeinsam mit den Vorsitzenden des Landkreistages, Landrat Günther Scharz, des Städtetages, Oberbürgermeister Michael Ebling, und des Gemeinde- und Städtebundes, Bürgermeister Aloysius Söhngen.

Die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen wird durch die Bildung von zwei Arbeitsgemeinschaften weiter verstärkt. Die Beteiligten sollen sich in den Arbeitskreisen „Medienentwicklungsplanung“ und „Ausstattungsempfehlungen“ regelmäßig über die aktuelle Entwicklung der Rahmenbedingungen austauschen.

Die Praxis wird im kommenden Schuljahr zeigen, ob die zur Verfügung gestellten Mittel ausreichen und wie sich die Kooperation zwischen dem Verwaltungs- bzw. Technikpersonal des Trägers und den Lehrkräften in den Schulen bewährt. Der VRB wird die Entwicklung weiter konstruktiv kritisch beobachten.



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

Quellen: Gemeinsame Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung und den kommunalen Spitzenverbänden vom 18.12.20; deutschlandfunk.de, 31.08.2020; swr.de, 19.12.20; DIE RHEINPFALZ, 19.12.20

► STATISTIK

Höchste Zahl der Einschulungen seit 2008



In Rheinland-Pfalz wurden zum aktuellen Schuljahr 2020/21 insgesamt rund 36.900 Kinder eingeschult, etwa 18.000 Mädchen und 18.900 Jungen. Das war nicht nur ein Zuwachs von 3,5 Prozent (plus 1.200 Kinder) gegenüber dem Vorjahr, sondern auch der Höchststand der zurückliegenden zwölf Jahre (2008: 39.500 Eingeschulte). Rund 29 Prozent der in Rheinland-Pfalz eingeschulten Kinder hatten im aktuellen Schuljahr einen Migrationshintergrund.

Die Entwicklung der Zahl der eingeschulten Kinder zeigt in Rheinland-Pfalz regionale Unterschiede. Während die Einschulungszahlen gegenüber 2015 beispielsweise in den Landkreisen Ahrweiler und Rhein-Pfalz-Kreis (jeweils plus 21 Prozent) sowie der Stadt Trier (plus 20 Prozent) deutlich stiegen, meldeten die Vulkaneifel (minus 3,7 Prozent) und die Stadt Landau (minus 3,2 Prozent) einen Rückgang.

Hr/Quelle: StaLa RLP, 3. November 2020

► ABWANDERUNG

Rheinland-pfälzische Hochschulen verlieren an Attraktivität

Im Wintersemester 2019/20 entschieden sich rund 67.600 rheinland-pfälzische Studienberechtigte für ein Studium in einem anderen Bundesland. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems mitteilt, waren das 0,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders gefragt waren bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten die Hochschulen in den angrenzenden Ländern Nordrhein-Westfalen (19.100), Baden-Württemberg (15.900) und Hessen (14.600).

Wird die Abwanderung von rheinland-pfälzischen Studienberechtigten von den aus anderen Bundesländern zugezogenen Studierenden abgezogen, ergibt sich der sogenannte Studierendenwanderungssaldo. Dieser ist im Wintersemester 2019/20 mit minus 11.300 deutlich negativ ausgefallen. Mit Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre wird deutlich, dass der zunächst positive Wanderungssaldo kontinuierlich zurückging und seit 2014/15 negativ ausfällt. Ursache dafür ist unter anderem die hohe Attraktivität einzelner Hochschulen in benachbarten Bundesländern, beispielsweise die „Exzellenz-Universitäten“ in Aachen, Bonn, Karlsruhe und Heidelberg.

Hr/Quelle: StaLa, 26. November 2020

► ABGEORDNETE IN DER SCHULE

Unsere Gesellschaft braucht Engagement und Zivilcourage junger Menschen

Landtagspräsident Hendrik Hering nennt es ein großes Anliegen, auch in der Corona-Zeit mit Schülerinnen und Schülern, ihren Lehrkräften und Schulleitungen in direkten Austausch zu treten. „Der Austausch mit Jugendlichen in diesen herausfordernden Zeiten liegt mir sehr am Herzen, ob digital oder in eingeschränktem Maße auch persönlich. Zu erfahren, wie die Maßnahmen ankommen, welche Ideen, Anregungen, Sorgen und Nöte junge Menschen und Lehrerinnen und Lehrer haben, ist eine ganz wichtige Grundlage für politische Entscheidungen und letzten Endes auch für die Akzeptanz der Maßnahmen insgesamt“, betonte er.



Landtagspräsident Hendrik Hering (Mitte) sowie die Abgeordneten Wolfgang Schwarz (SPD – li.) und Peter Lerch (CDU) appellieren an die Jugendlichen, ihre Vorstellungen und Anregungen im Kontakt mit den Politikerinnen und Politiker einzubringen.

Deshalb nahm Hendrik Hering die Einladungen aus Kirchheimbolanden an die Georg-von-Neumayer-Schule und nach Landau an die Konrad-Adenauer-Realschule plus und FOS Technik/Umwelt gerne an. In Landau waren auch die Abgeordneten Peter Lerch (CDU) und Wolfgang Schwarz (SPD) zu der engagierten Fragerunde mit einigen Schülerinnen und Schülern sowie Vertreterinnen und Vertretern der schulischen Gremien gekommen.

Sich politisch Gehör verschaffen

Die Schülerinnen und Schüler hatten im Vorfeld einen beeindruckenden Fragenkatalog erstellt, der das Thema „Corona“, aber auch die „Fridays for future“-Bewegung und das Thema „Wählen ab 16?“ umfasste. Es ging ebenfalls um das generelle Anliegen, wie Jugendliche es schaffen, sich politisch Gehör zu verschaffen. Die konkreten Fragen dazu wurden von einigen Schülerinnen und Schülern vor-

getragen, während ihre Mitschülerinnen und Mitschüler aus den 10. Klassen im Klassensaal zugeschaltet waren und online alles mitverfolgen konnten.

Um Antworten auf drängende Fragen ringen

Allen drei Politikern gelang es, die Fragen sachbezogen und authentisch zu beantworten. Sie scheuten sich nicht, einzugehen, dass auch sie um kluge Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit ringen und dabei gerade den Austausch mit jungen Menschen sehr schätzen. Deren Engagement und deren Zivilcourage brauche die Gesellschaft, um die Herausforderungen der Pandemie genauso wie die des Klimawandels zu bewältigen. Der Appell der Abgeordneten Hendrik Hering, Peter Lerch und Wolfgang Schwarz an die Jugendlichen lautete unisono, den Kontakt mit den Politikerinnen und Politikern zu suchen, um ihre Ideen, Vorstellungen und Anregungen einzubringen und damit wesentlich zur Meinungsbildung beizutragen. Veranstaltungen wie diese leisten dazu einen wichtigen Beitrag, weshalb Schulleiter Manfred Schabowski den Dank an die Schulgemeinschaft am Ende gerne entgegennahm.

Mit Kreativität Corona trotzen

Denn ihr war es mit Kreativität und den Möglichkeiten der Digitalisierung gelungen, auch in dieser schwierigen Zeit und unter Einhaltung aller Hygieneregeln einen Rahmen zu schaffen, damit Politiker an die Schule kommen können, um sich den Fragen der Jugendlichen zu stellen. Dieser Austausch ist essentiell für unsere Demokratieerziehung.



Kreativität in Abstandszeiten: Die zehnten Klassen waren in ihren Klassensälen zugeschaltet und konnten die Veranstaltung digital mitverfolgen.



Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Rolf Epple, Carolin Strus

Wahlkampf in Corona-Zeiten



*Ministerpräsidentin oder Ministerpräsident.
Wer schafft den Sprung ins Amt?
Amtsinhaberin Malu Dreyer und Herausforderer
Christian Baldauf haben sich im rheinland-
pfälzischen Landtags-Wahlkampf
nichts geschenkt.*



Das „Superwahljahr 2021“ begann mit den Landtagswahlen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Die Länder waren damit in mehrfacher Hinsicht Vorreiter für den Rest der Republik in einer Situation, die es so noch nie gab: Wahlkampf und Wahl unter harten Corona-Einschränkungen.

Schon die Wahlkämpfer litten unter erschwerten Bedingungen: keine großen Veranstaltungen, keine engen persönlichen Begegnungen zwischen Kandidaten und Wählern.

Mühsamer Kampf um Aufmerksamkeit

Gerade für die Opposition war es ein mühsamer Kampf um Aufmerksamkeit. Die Politiker der rheinland-pfälzischen Regierungsparteien SPD, FDP und Grüne sind qua Amt in den Medien häufiger präsent. Also lief vieles digital: von der Bürgerbegegnung bis zum Parteitag. Die Parteien hatten dafür eigens „Wahlstudios“ eingerichtet. Reden wurden statt auf großen Plätzen oder in Kongresshallen einsam in die Kamera gehalten und gestreamt. Trotzdem: „Die politische Rede hat immer noch eine große Bedeutung. Sie kann Menschen zusammenführen, motivieren, überzeugen“, sagt der Tübinger Rhetorik-Professor Olaf Kramer. (*DIE RHEIN-PFALZ*, 01.02.21)

Die sozialen Medien haben die Tendenz zur Verdichtung und Verkürzung von Positionen und Formulierungen befördert. Doch gerade die großen Volksparteien erreichten nicht alle Wähler über Smartphone und Netzwerke. So mussten auch alt bewährte Methoden wie Briefkasten- oder Zeitungswerbung helfen – oder das persönliche Gespräch auf Abstand. Und noch ein Retro-Trend war zu beobachten: Wahlplakate pflasterten die Straßenränder wie nie zuvor.

Neue Chancen durch digitalen Wahlkampf

Mit neuen Online-Formaten konnten auch neue Zielgruppen erreicht werden. Insbesondere die digital affinen Kandidaten erhofften sich sogar bessere Wahlchancen. Der digitale Wahlkampf hat durchaus das Potenzial, informativ stärker zu sein und von der Ästhetik und vom Witz her anregender. Zugleich ist er schwächer, weil ihm die emotionalen und vertrauensbildenden Momente der

Direktkommunikation fehlen. Wahlkämpfer im Netz konnten kein richtiges Gefühl dafür haben, wie die eigenen Auftritte ankommen.

Durch die Möglichkeit, die Briefwahlunterlagen sehr früh anzufordern, gerieten die Parteien zusätzlich unter starken Zeitdruck. Die Briefwähler gaben oft schon mehrere Wochen vor dem eigentlichen Wahltermin ihre Stimme ab.

Schließlich hat Corona die Wahlkampfthemen überlagert. Die Situation in den Schulen und Kitas, die Ausstattung mit digitaler Technik und Infrastruktur, Gesundheitswesen und Pflege, der Fortschritt beim Impfen, die Situation in Krankenhäusern und Seniorenheimen rückten in den Fokus des öffentlichen Interesses. Daneben spielte der Einfluss der Pandemie auf die Wirtschaft und auf die Kultur eine bedeutende Rolle.

Auch Personalratswahlen betroffen

Auch die Personalratswahlen im Mai werden noch unter erschwerten Bedingungen abgehalten werden. Nehmen Sie bitte trotz aller Widrigkeiten Ihr Wahlrecht wahr! Die Pandemie drückt auch den schul- und bildungspolitischen Themen ihren Stempel auf. Die Kandidaten für die Schulpersonalräte sowie den Bezirks- und Hauptpersonalrat hoffen – nicht zuletzt mit dieser Ausgabe unserer Zeitschrift - ihre Vorstellungen und Ziele transparent zu machen. Die Bewerber des VRB hoffen dabei auf Ihre Unterstützung. Der VRB wird alsbald das Gespräch mit der neu zu bildenden Landesregierung suchen und hofft auf möglichst viel „Reale Bildung“ im Koalitionsvertrag.



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► TROTZ RISIKOGRUPPE

Keine Befreiung vom schulischen Präsenzunterricht wegen der Corona-Pandemie



Foto: AdobeStock

Ein Schüler eines Gymnasiums in Kaiserslautern hat keinen Anspruch auf Befreiung vom Präsenzunterricht und Erteilung von Fernunterricht wegen der Corona-Pandemie. Dies entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz in einem Eilrechtsschutzverfahren und bestätigte damit die entsprechende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße.

Der Schüler eines Gymnasiums beantragte die Befreiung vom Präsenzunterricht mit der Begründung, er leide an Asthma bronchiale und gehöre daher zu einer Risikogruppe. Außerdem sei sein 73-jähriger Vater ebenfalls erhöht gefährdet. Nach Ablehnung seines Antrags durch das Land Rheinland-Pfalz suchte der Antragsteller um einstweiligen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße nach. Das Verwaltungsgericht lehnte seinen Eilantrag ab. Seine hiergegen eingelegte Beschwerde wies das Oberverwaltungsgericht zurück.

Dem Antragsteller stehe kein Anspruch auf Befreiung vom Präsenzunterricht und Erteilung von Fernunterricht zu. Die nach der aktuellen Zwölften Corona-Bekämpfungsverordnung vom 30. Oktober 2020 bestehende Grundentscheidung für Präsenzunterricht stehe zumindest derzeit mit der verfassungsrechtlichen Pflicht des Staates zum Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit in Einklang. Die Verfassung gebiete keinen vollkommenen Schutz vor jeglichen Gesundheitsgefahren. Ein Recht auf Befreiung bestehe danach grundsätzlich nur dann, wenn die Teilnahme am Präsenzunterricht trotz der getroffenen Hygiene-

maßnahmen unzumutbar sei. Die ärztliche Diagnose „Asthma bronchiale“ und die Angabe im Attest, zu einer Risikogruppe zu gehören, reichten für eine Befreiung vom Präsenzunterricht nicht aus. Bezüglich der vom Antragsteller geltend gemachten erhöhten Vulnerabilität seines 73-jährigen Vaters sei es den einzelnen Familienmitgliedern zumutbar, selbst verstärkte Hygienemaßnahmen zu ergreifen, wenn sie dies für notwendig erachteten. Einen Anspruch auf „Vollisolation des Familienverbundes“ hätten sie nicht.

*Hr/Quelle: Beschluss OVG RLP vom 20.11.2020,
Aktenzeichen: 2 B 11333/20.OVG*

Wilfried Rausch im Interview
mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu:



INSTAGRAM:

Möglichkeiten und Grenzen der schulischen und privaten Nutzung

Instagram gewinnt zunehmend an Bedeutung. Bei Kindern und Jugendlichen ist die Fotoplattform beliebt. Auch Lehrkräfte zeigen sich aufgeschlossen, Instagram im privaten wie schulischen Bereich verstärkt zur Information und Kommunikation zu nutzen.

Mit unseren Fragen an Rechtsanwältin Dufeu möchten wir dafür sensibilisieren, was bei der Nutzung von Instagram, nicht nur im schulischen Bereich zu beachten ist. Die Schwerpunkte des Beitrags sind:

- schulische Öffentlichkeitsarbeit
- Unterrichtsnutzung
- Privatnutzung
- Datenschutz

Instagram und schulische Öffentlichkeitsarbeit

§ Instagram findet zunehmend als Informations- und Kommunikationsplattform Verwendung im Öffentlichen Dienst. Dürfen Schulen Instagram zur Öffentlichkeitsarbeit nutzen?

Auch wenn es nachvollziehbar ist, Instagram zur schulischen Außenbearbeitung zu nutzen, begeben sich Schulen in eine rechtliche Grauzone. Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten von Instagram sind nicht transparent. Die Daten werden in einer Art und Weise erhoben, die vom europäischen Datenschutz-Standard abweicht.

Das bedeutet konkret, dass personenbezogene Daten der Nutzer bei dem Plattformbetreiber erhoben und zu kommerziellen Zwecken genutzt werden und darüber hinaus auch die Beiträge für die Nutzer gesteuert werden.

Die(se) Datensammlung ermöglicht Instagram einen tiefgehenden Einblick in die Lebensumstände der Nutzer. Dies kann von öffentlichen Stellen, und dazu gehört die Schule, nicht unterstützt werden. So hat Rheinland-Pfalz schon 2013 ein Merkblatt herausgebracht, in dem klargestellt wird, dass Kontakte zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern auf sozialen Medien nicht in Betracht kommen und diese Plattformen auch nicht Eingang in den Unterricht finden sollen:

https://medienkompetenz.bildung-rp.de/fileadmin/_migrated/content/uploads/Aktualisierung_2013_Merkblatt_Soziale_Netzwerke_01.pdf

Möchte eine Schule dennoch Instagram nutzen, um mehr Reichweite in der Öffentlichkeit zu erhalten, gibt es hierzu einen Handlungsrahmen des Landesamtes für Datenschutz und Informationssicherheit (LfDI):

<https://www.datenschutz.rlp.de/de/aktuelles/detail/news/detail/News/handlungsrahmen-fuer-die-nutzung-von-social-media-durch-oeffentliche-stellen/>

§ Was dürfen Schulen auf Instagram veröffentlichen?

Wenn Schulen Instagram nutzen wollen, müssen sie handeln wie eine öffentliche Stelle.

Veröffentlichungen allgemeiner Natur sind dabei unproblematisch. So ist es kein Problem, wenn die Schule ihr Profil vorstellt, ohne personenbezogene Daten zu verwenden, etwa Schwerpunkt der Schule, Austauschprogramme, Standort usw. Möchte die Schule hingegen über einzelne Schülerinnen und Schüler oder andere Personengruppen berichten, ist der Datenschutz zu beachten. Geht es um selbstgestellte Unterrichtsmaterialien oder Werke von Schülerinnen und Schüler, muss das Urheberrecht beachtet werden.

§ Was ist dabei zu beachten?

Für die Erstellung des Profils ist folgende Checkliste zu berücksichtigen

1. Es muss ein sog. Vertrag über die gemeinsame Verantwortung mit Instagram abgeschlossen werden. Er nennt sich „page controller Addendum“, siehe https://www.facebook.com/legal/terms/page_controller_addendum. Er wird automatisch abgeschlossen, sobald eine sog. „Fanpage“ entworfen wird. Das Dokument wird von Facebook angeboten, da Instagram zu dem Facebook-Konzern gehört. Dieser Vertrag wird von Zeit zu Zeit einseitig von Facebook aktualisiert, und daher ist es empfehlenswert, diesen regelmäßig zu überprüfen. Außerdem gilt es, die aktuelle Rechtslage über die gemeinsame Verantwortung im Blick zu behalten.
2. Im Falle einer Überprüfung durch Aufsichtsbehörden sollte eine Stellungnahme vorliegen, warum die Schule die Seite betreibt (Zweckerklärung) und wie sie die gemeinsame Verantwortlichkeit nachweist. Es sollte ein Datenschutzkonzept über die Verwendung der Daten und der Datensparsamkeit bestehen und eine Erklärung, warum die Nutzung der sozialen Medien für die Schule wichtig ist, um zukunftsfähig zu bleiben.
3. Es ist ratsam, alle Profileinstellungen so datensparsam wie möglich einzustellen.
4. Eine Verlinkung auf die Datenschutzerklärung (DSE) der Schul-Homepage muss auf Instagram vorliegen. Auf der Homepage muss es außerdem in der DSE einen Bezug zu

den Nutzungen der sozialen Medien und deren Rechtsgrundlage (Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO) geben. Die Inhalte auf den Seiten sollten geprägt sein von Schulinteressen.

5. Es muss der Grundsatz herrschen, dass alle wichtigen Inhalte ebenfalls auf der Schul-Homepage zu veröffentlichen und nicht ausschließlich in den sozialen Medien zu finden sind. So wird niemand dazu gedrängt, sich ein Instagram- oder Facebook-Profil zuzulegen, nur um Informationen von der Schule zu erhalten.
6. Für alle Bilder von Personen und fremde Werke müssen informierte Einverständniserklärungen über die Nutzungsrechte auch in sozialen Medien vorliegen. Denn auch bezüglich der Inhalte und Posts hat die Schule die rechtliche Verantwortung.

Instagram und Unterrichtsnutzung

§ Die Beliebtheit in der Nutzung von Instagram wollen Lehrkräfte für ihren Unterricht nutzen. So lässt sich Instagram als Content-Quelle für den Unterricht nutzen. Beispiele:

www.instagram.com/matheforscher – Ideen für Spiele zur Stärkung der Mathe-Fähigkeiten, auch von ganz kleinen Kindern

www.instagram.com/physik.fakten – Physik in Sprüchen und Fakten

www.instagram.com/natgeo – Bilder von Tieren aus aller Welt

www.instagram.com/historyphotographed – historische Fotos

Ist dies erlaubt?

Grundsätzlich ist es erlaubt, solche pädagogisch wertvollen Inhalte auch an die Schülerinnen und Schüler weiterzutragen. Eine Möglichkeit der Einbeziehung in den Unterricht wäre, die Beiträge über das Whiteboard oder den Beamer zu teilen.

Instagram funktioniert nicht ohne Anmeldung, enthält Werbung und ist erst für Jugendliche ab 13 Jahren zugelassen. Die Anforderung an die Schülerinnen und Schüler, sich für die Schule bei Instagram anzumelden, kommt daher nicht in Frage. Auch die Anmeldung unter einem Fantasienamen (sog. Fake-Accounts) ist nicht empfehlenswert. Dies stärkt vielleicht die Medienkompetenz, und mit den Schülerinnen und Schülern kann diskutiert werden, wie Instagram funktioniert. Doch auch diese datensparsamere Verwendung ändert nichts an dem Umstand, dass Protokoll- und Metadaten von Handy und Standort trotzdem gespeichert und für die Bildung von Nutzerprofilen ausgewertet werden.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass Instagram oftmals nur als sekundäre Plattform genutzt wird und die Inhalte auch woanders im Netz zur Verfügung gestellt werden. Im Zweifel sollte man dort schauen, sofern dies datenschutzkonforme Seiten sind.

§ Auf was müssen Lehrkräfte achten, wenn sie Instagram für ihren Unterricht nutzen wollen?

Ich empfehle, kritisch mit dieser Plattform umzugehen und mit den Schülerinnen und Schülern zu besprechen, welche Vorteile aber auch welche Risiken bestehen. Das stärkt die Medienkompetenz und den datensparsamen Umgang mit Instagram.

§ Was ist bei der Einrichtung eines Instagram-Profiles zu beachten, wenn er für den Unterricht verwendet werden soll?

Verwenden Lehrkräfte ein Instagram-Profil für den Unterricht, sollten sie den oben genannten Handlungsrahmen einhalten und den Datenschutzbeauftragten der Schule mit einbeziehen.

Instagram und Privatnutzung

§ Was müssen Lehrkräfte als Beamte bzw. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beachten, wenn sie eigene Bilder oder Videos, Textbeiträge oder Stories ins Netz hochladen?

Wenn eine Lehrkraft rein privat bei Instagram ist, gilt der oben genannte Handlungsrahmen nicht. Trotzdem gilt natürlich die in der Treuepflicht enthaltene außerdienstliche Wohlverhaltenspflicht. Das bedeutet, eine Lehrkraft muss sich so verhalten, dass sie „der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, die ihr Beruf erfordert“ (§ 34 Beamtenstatusgesetz). Danach darf nichts veröffentlicht oder geteilt werden, was dem Ansehen des Landes, der Behörde oder der Schule schaden könnte.

§ Wie sieht es aus, wenn sie Bilder oder Videos oder Textbeiträge anderer teilen?

Instagram lebt davon, dass Inhalte geteilt werden. Diesbezüglich wird sich niemand beschweren. Jedoch sollten die Inhalte nicht abgespeichert und weiterverwendet werden oder gar als eigene Inhalte deklariert werden. Dies könnte Urheber- und Persönlichkeitsrechte verletzen.

§ Gibt es Schwierigkeiten, wenn Schüler ihre Follower sind?

Instagram als (amerikanisches) soziales Netzwerk ist für rheinlandpfälzische Lehrkräfte problematisch. Hinsichtlich der intransparenten Datenerhebung und der Kommerzialisierung der Nutzungsgewohnheiten dürfen Lehrkräfte zumindest nicht im Rahmen dienstlicher Kommunikation mit den Schülern verbunden sein. Siehe hierzu auch: https://medienkompetenz.bildung-rp.de/fileadmin/migrated/content_uploads/Aktualisierung_2013_Merkblatt_Soziale_Netze_01.pdf

§ Dürfen sie Instagram-Beiträge ihrer Schüler teilen?

Nur unter den oben genannten Bedingungen.

Instagram und Datenschutz

§ Worauf sollte jeder Nutzer hinsichtlich des Datenschutzes achten?

Zunächst ist die Checkliste von oben zu beachten. Dabei sollten die Nutzer sich einen datensparsamen Umgang angewöhnen, das heißt, weder sich selbst noch andere Personen übermäßig häufig abbilden. Darüber hinaus gilt es natürlich auch, als gutes Beispiel voranzugehen und die sog. Netiquette zu wahren. Das heißt, keine grobe oder anzügliche Sprache oder verletzende Bilder zu posten. In dieser Hinsicht könnten Lehrkräfte vielleicht einen pädagogisch wertvollen Gegenpart darstellen zu den jugendlichen Posts, die unverhältnismäßig boshaft und beleidigend sein können.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vr-b-rlp.de

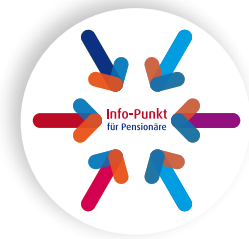
ZUR PERSON



Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ und hat zuletzt mitgewirkt an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



Gesellschaft und Politik im Ringen um die Balance zum Schutz vulnerabler Personengruppen

Die Covid-19-Pandemie hat Regierungen, Wissenschaftler und Institutionen zu Stellungnahmen und Entscheidungen gefordert. Im Umgang mit den Folgen der Pandemie mussten nicht nur Fragen aus medizinischen und anderen wissenschaftlichen Fachgebieten beantwortet werden, sondern auch Antworten für Fragen aus dem ethischen Bereich gefunden werden.



Länderregierungen darauf verständigt, ältere und vorerkrankte Menschen als besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen zu schützen und entsprechende Schutzvorkehrungen für diese zu treffen. Begleitet wurden die Regierungen dabei vom Deutschen Ethikrat, dessen Mitglieder in Expertengremien berufen wurden. Die Stellungnahmen des Ethikrats waren für die politischen Entscheidungsträger dann hilfreich, um die mit den Schutzmaßnahmen vorgenommenen Grundrechtseingriffe zu begründen.

Risiko der Stigmatisierung

Nach Einschätzung des Ethikrats hat die Entscheidung zu allgemeinen Schutzmaßnahmen für Ältere und Vorerkrankte eine breite Akzeptanz und große Solidaritätsbereitschaft gefunden. Andererseits sei, so der Ethikrat, „die Anerkennung besonderer Schutzbedürftigkeit mit dem Risiko der Stigmatisierung verbunden“.

In der ersten Pandemiewelle haben tatsächlich Heimbewohner von Senioreneinrichtungen wie auch deren Angehörigen die rigide Kontaktsperre zum Schutz der Heimbewohner als stigmatisierend empfunden und stark darunter gelitten. Auch wir haben in den Seniorenvertretungen die Frage nach der Notwendigkeit solcher

Vulnerabilität als normativer Schlüsselbegriff in der Pandemie

Der Begriff der Vulnerabilität ist ein zentraler Leitbegriff für das gesellschaftliche Handeln während der Pandemie.

Der Vulnerabilitätsbegriff stehe, so der Ethikrat, im engen Zusammenhang mit Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, die sich im Verlauf der Corona-Krise in immer neuen Kontexten stellten: „Die Frage, wer in welcher Rang- oder Reihenfolge Zugang zu knappen Ressourcen erhalten sollte, musste anfänglich angesichts des Engpasses bei der Versorgung mit Schutzausrüstungen beantwortet werden. Sie liegt auch Kontroversen zur intensivmedizinischen Triage, zur Allokation begrenzter Testkapazitäten und zur Priorisierung der Impfstoffzuteilung zugrunde“.

Besonders vulnerabel: ältere und vorerkrankte Personen

Schon in der frühen Phase der Pandemie haben sich die Bundesregierung und die

*Der **Deutsche Ethikrat** wurde 2008 auf der Grundlage des Ethikratgesetzes konstituiert. Die Mitglieder werden vom Präsidenten des Deutschen Bundestages ernannt. Er hat zahlreiche umfangreiche Stellungnahmen herausgegeben, so zu den Themen Anonyme Kindesabgabe, Intersexualität, Präimplantationsdiagnostik, Gendiagnostik, Patientenwohl und Big Data. Mit seinen Stellungnahmen und Empfehlungen wirkt er als Impulsgeber für politisches und gesellschaftliches Handeln.*

Eckpunkte der Besuchsregelung

- Kontakte aufrechterhalten
- Individuelle Bedarfe mitdenken
- keine Entscheidung ohne Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner
- Maßnahmen und Ziele transparent machen

rigiden Maßnahmen gestellt und in Hintergrundgesprächen nach Lösungsmöglichkeiten gesucht, wie das Selbstbestimmungsrecht der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger erhalten werden kann.

Handreichung für die stationären Einrichtungen der Langzeitpflege

Das Bundesgesundheitsministerium und der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, haben die Zeit nach der ersten Pandemie-Welle genutzt, um mit den Verbänden der Einrichtungsträger und mit den Menschen mit Pflegebedarf und ihren Angehörigen eine Handreichung für eine Besuchsregelung während der Pandemie zu erarbeiten. Dabei haben sie sich mit dem Expertenrat des Robert Koch-Instituts (RKI) abgestimmt.

Bundesgesundheitsminister Spahn und der Pflegebevollmächtigte Westerfellhaus stellten Anfang Dezember 2020 die Handreichung für Besuchskonzepte der Öffentlichkeit vor. Damit soll gesichert werden, dass Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern auch während einer Pandemie Besuchsrechte mit möglichst geringen Einschränkungen für sie selbst und ihre Besucher erhalten können, ohne den Infektionsschutz zu vernachlässigen und den Aufwand für die Pflegekräfte zu erhöhen.

Radikale Vorschläge für den Schutz aller vulnerabler Personengruppen

Der Ruf nach wissenschaftlicher Expertise zur Bewältigung der Pandemie bringt es mit sich, dass Wissenschaftler unterschiedlicher Fachbereiche zu einer Stellungnahme aufgefordert werden oder sich in der Öffentlichkeit zu Wort melden. Die Vielfalt der Stellungnahmen und Ratschläge ist nicht immer hilfreich.

Radikal mutet die Expertise einer multidisziplinären Wissenschaftsgruppe unter der Federführung des Infektiologen Matthias Schrappe von der Universität Köln an. In ihrem „Thesenpapier 5.0 zur Pandemie durch SARS-CoV-2/Covir-19“ spricht sie sich dafür aus, für ältere und vorerkrankte Personen reservierte Zeiten der Nutzung von öffentlichen Einrichtungen (z.B. Bibliotheken) und Dienstleistungen (z.B. Beratungsdienste) vorzusehen. Weiter sollen Einkaufsmöglichkeiten dadurch eingeschränkt werden, dass Lebensmittelgeschäfte, Apotheken und andere Geschäfte des täglichen Bedarfs Zeiten für einen

bevorzugten Einkauf ausweisen. Zielführend für diese Wissenschaftsgruppe ist der Schutz, der trotzdem Alltagskontakte und Begegnungen ermöglichen soll.

Dieser wissenschaftliche Rat verdeutlicht noch einmal anschaulich, warum der Deutsche Ethikrat im Kontext der Schutzmaßnahmen auf das Risiko der Stigmatisierung hinweist.

Erfreulich ist, dass die Bundes- und Länderregierungen diese radikalen Vorschläge noch nicht in Betracht gezogen haben. Wir werden in den Seniorenvertretungen aufmerksam die Diskussionen im politischen Raum verfolgen und unsere Stellungnahmen einbringen. Für uns gilt: Keine Entscheidung ohne Beteiligung!



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

Das **Amt des Pflegebevollmächtigten** der Bundesregierung ist mit Kabinettsbeschluss vom 8. Januar 2014 geschaffen worden.

Der Pflegebevollmächtigte tritt für die Interessen der Pflegebedürftigen im politischen Raum ein und setzt sich dafür ein, dass ihre Belange im Mittelpunkt des Pflege- und Gesundheitssystems stehen.



QR-Code mit dem Handy scannen – oder Broschüre von der Website downloaden: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/CI/Coronavirus/Handreichung-Besuchskonzepte_4.12.20.pdf

Quellen: <https://www.ethikrat.org/themen/aktuelle-ethikratthemen/normative-fragen-des-umgangs-mit-einer-pandemie/>
<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/2020/4-quartal/handreichung-besucherkonzepte.html>
<https://www.pflegebevollmaechtigter.de/amt-und-person.html#das-amt>
https://www.monitor-versorgungsforschung.de/Abstracts/Abstract2020/mvf-0620/mvf06-PDF/Schrappe_etal_TP_5-0_Corona-Pandemie

Informationen zur Covid-19-Impfung

Die Seniorenvertretung informiert über die Impfkampagne der Bundes- und Landesregierungen. Die Impfung ist eine wirksame Schutzmaßnahme.

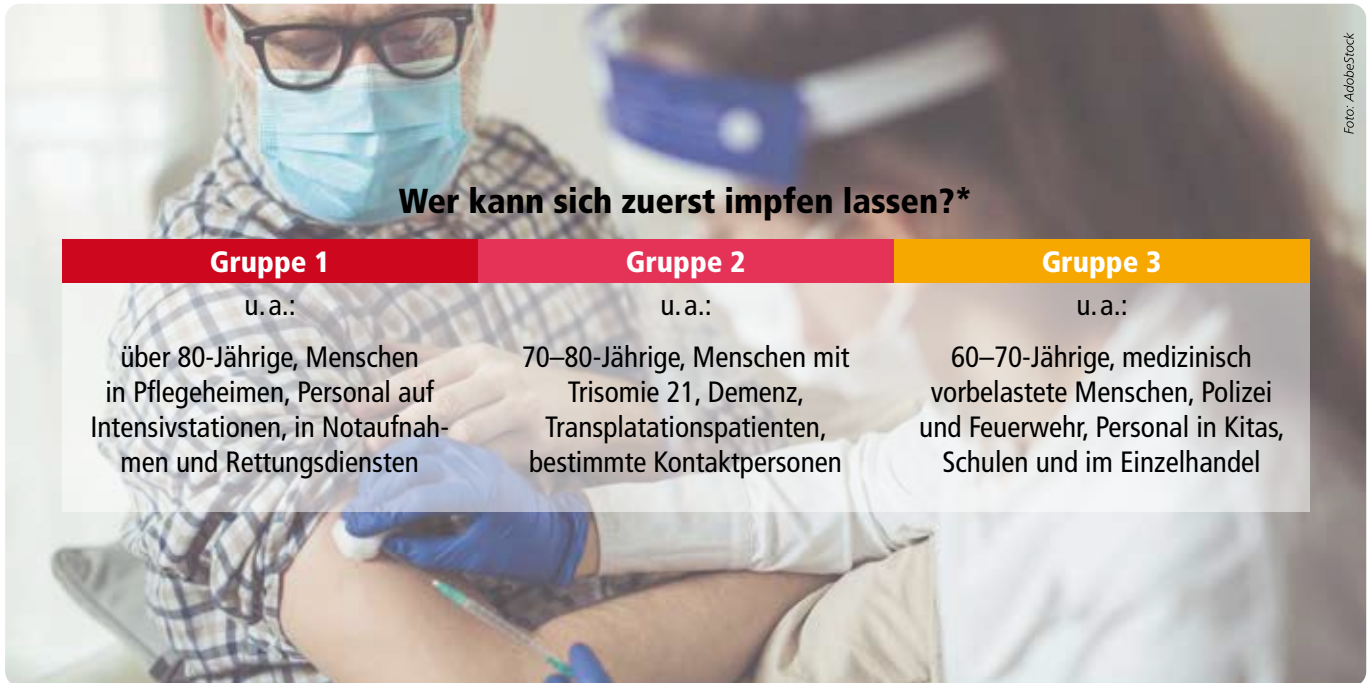


Foto: AdobeStock

Wer kann sich zuerst impfen lassen?*

Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
u. a.:	u. a.:	u. a.:
über 80-Jährige, Menschen in Pflegeheimen, Personal auf Intensivstationen, in Notaufnahmen und Rettungsdiensten	70–80-Jährige, Menschen mit Trisomie 21, Demenz, Transplantationspatienten, bestimmte Kontaktpersonen	60–70-Jährige, medizinisch vorbelastete Menschen, Polizei und Feuerwehr, Personal in Kitas, Schulen und im Einzelhandel

*Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirus-impfung-faq-1788988>

Wir unterstützen die Entscheidung der Bundesregierung, bei der Durchführung der Impfung zu priorisieren, und bauen auf die Solidarität der jüngeren Altersgruppen.

- ▶ Die Beteiligung an der Impfmaßnahme soll weiterhin freiwillig bleiben. Auskünfte über gesundheitliche Risiken und Nebenwirkungen müssen von Wissenschaft und Politik transparent und zeitnah publiziert werden.
- ▶ Die teilweise schlechte Organisation der Vergabe vom Impftermin kritisieren wir. Die unterschiedliche Handhabung

der Bundesländer hat zu Irritationen geführt.

- ▶ Die Regelung, über Internet einen Termin zu vereinbaren, ist vor allem für ältere Menschen nicht immer angemessen. Überlastete Telefonnummer münden in Enttäuschung und Unzufriedenheit, wenn nach stundenlangen Versuchen am Telefon kein Impftermin erteilt werden kann.
- ▶ Die Vorgehensweise einiger Bundesländer, per Brief zur Terminvergabe einzuladen, ist grundsätzlich zu begrüßen, darf aber nicht ausschließlich in eine

Online-Anmeldung münden.

- ▶ Die Zugehörigkeit zur Gruppe 1 darf aus Gründen der Impfgerechtigkeit nicht nur über das Alter definiert werden. Einzelfallentscheidungen müssen möglich sein.
- ▶ Der Mangel an Impfstoffen und die Altersbeschränkungen von Impfstoffen erfordern eine transparente Informationspolitik von Bund und Ländern über die Impfstrategie.

Im Folgenden haben wir einige Internetadressen aufgeführt, die umfangreiche Informationen zur Impfung geben können:

Fragen und Antworten:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/faq-covid-19-impfung.html>

<https://www.pkv.de/wissen/versorgung/corona-impfung/>

<https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/gesamt.html>

Informationen:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus.html>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirus-impfung-faq-1788988>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-informationen-impfung/mythen-impfstoff-1831898>

<https://www.stmgp.bayern.de/coronavirus/impfung/>

<https://www.zusammengegencorona.de/informieren/>

<https://www.stiftung-gesundheitswissen.de/gesund-leben/koerper-wissen/wie-funktioniert-impfen>

... FÜR DIE SCHULE:

Fit für den Alltag. Vom Realschüler zum Realschullehrer

Die Zukunft unserer Schulen und die Zukunft des VRB speisen sich aus dem Engagement der aktiven Lehrkräfte. **Andreas Stegmann** ist Realschullehrer an einer Integrierten Gesamtschule und noch keine dreißig Jahre alt. Seine Bildungs- und Berufsbiografie wurzelt in einer Realschule. In seinem Beitrag zeigt er auf, wie ihm professionelle und empathische Lehrkräfte halfen, Mut und Ehrgeiz zu entwickeln, und ihm den Weg zu seinem heutigen Beruf ebneten. Im VRB betreut er Junglehrkräfte und unterstützt sie bei der Bewältigung digitaler Herausforderungen.

Als ich 2006 im Alter von 14 Jahren das erste Mal einen Fuß in eine Realschule setzte, tat ich dies mit äußerst gemischten Gefühlen, die sich zwischen Angst,

Nervosität und Verunsicherung bewegten. Schnellen Schrittes ging ich gemeinsam mit meiner Mutter zum Büro des Schulleiters, wo das Aufnahmegespräch stattfinden sollte. Meiner Mutter imponierte damals vor allem, dass der Schulleiter das Aufnahmegespräch überwiegend mit mir führte. Später sprach sie davon, dass dies für sie das erste Indiz gewesen sei, dass hier wirklich der Schüler im Fokus stehe.

WEG ZU MEINEM HEUTIGEN BERUF GEEBNET

Eigentlich war meine Bildungsbiographie bis dato recht gradlinig verlaufen. Doch mit dem Einsetzen der Pubertät und der Verschiebung schulischer Interessen zugunsten privater Unternehmungen ging es mit den schulischen Leistungen derart rapide bergab, dass die Versetzung am Gymnasium plötzlich in weite Ferne rückte.

An der Realschule heilten die Entmutigungen rasch, denn begleitet von einer empathischen Klassenlehrerin, tollen und aus heutiger Sicht nachahmungswürdigen Fachlehrern sowie einer loyalen Schulgemeinschaft hatte ich schnell Erfolgserlebnisse, die auch an harte Arbeit geknüpft waren. Ich gewann wieder neuen Mut und entwickelte Ehrgeiz. Dies alles hat mir den Weg zu meinem heutigen Beruf geebnet.

WIR WAREN FIT FÜR DEN „ALLTAG“

Besonders zuträglich waren meiner Entwicklung vor allem die Aspekte der beruflichen Orientierung, der Neigungsdifferenzierung in Form der Wahlpflichtfächer und der hohe Grad an Verzahnung zwischen unterrichtlichen Themen und lebensweltlichen Bezugspunkten. Dass wir „Realschüler“ fit für den Alltag waren, zeigte sich vor allem daran, dass wir schon zu Anfang des zweiten Schulhalbjahres der zehnten Klasse allesamt mit Ausbildungsplätzen versorgt waren oder anderweitige Perspektiven in Aussicht hatten.

Für meine Person verfestigte sich auf Anraten meines damaligen Deutschlehrers der Wunsch, selbst Lehrer zu werden. Mir imponierte vor allem, und das war schlussendlich auch ausschlaggebend, dass ich selbst die Zielschulart Realschule wählte, der Umstand, dass demotivierte und teilweise resignierte Jugendliche dort durch eine professionelle sowie von Empathie geprägte Bindung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern wieder neuen Mut und Wissen für die vor ihnen liegenden Aufgaben vermittelt bekamen.

Selbstverständlich war die Zäsur zwischen Erlangen des Realschulabschlusses und dem Übergang in die Oberstufe erneut mit Ängsten und Hoffnungen verbunden. Dieses Mal verfügte ich jedoch über solide und ausprägte Kompetenzen, so dass ich als Realschüler problemlos das Abitur absolvieren konnte.

TIEFE VERBUNDENHEIT MIT MEINER ALTEN SCHULE

Noch heute erfüllt es mich mit Freude, auf Klassentreffen die Verbundenheit zu unserer alten Schule zu spüren und zu erkennen, dass jeder seinen Weg

gegangen ist. Nach meinem Abitur und einigen Semestern an der Universität wollte ich schnellstmöglich im Rahmen einer PES-Tätigkeit an meine ehemalige Schule zurückkehren und es machte mich glücklich, auch meinen Vorbereitungsdienst an dieser Schule zu absolvieren.

Ungeachtet aller Änderungen im Rahmen der Schulstrukturreform bin ich ein Verfechter der realen Bildung. Ich erlebe in den entsprechenden Bildungsgängen der Sekundarstufe I, was mich damals im Alter von 16 Jahren so positiv in meiner Berufswahl bestärkt hat: Täglich treffe ich auf Schülerinnen und Schüler, deren Biographien, Neigungen und Talente sehr heterogen sind. Diese individuell zu fördern und fordern, spornt mich beruflich enorm an.

Andreas Stegmann

ZUR PERSON



Andreas Stegmann (*1992) studierte in Koblenz die Fächer Deutsch, Ethik, Wirtschaft und Arbeit sowie Deutsch als Zweitsprache. Die zweite Staatsprüfung legte er am Studienseminar in Koblenz ab. Er unterrichtet seit 2019 an der Integrierten Gesamtschule Selters. Dort ist er als Klassenlehrer einer siebten Klasse tätig, betreut unter anderem die Moodle-Schulinstanz mit und leitet die Fachkonferenzen in Deutsch und Ethik für die Sekundarstufe I. Seit 2019 hat er zwei Lehraufträge an der Universität Koblenz-Landau in der Abteilung Schulpädagogik und allgemeine Didaktik.

Im Bezirksverband Koblenz ist er Mitglied im erweiterten Vorstand. Hier nimmt er die Aufgaben der Betreuung von Junglehrkräften wahr und führt Schulungen zum Umgang mit Videokonferenzsystemen, dem Smartboard oder Lernplattformen durch.

► CORONA-TAGEBUCH – EIN UPDATE

Meine Tage im Fernunterricht – Gedanken und Momentaufnahmen

**Klar schmeckt der Kaffee
Zuhause besser als aus dem
Automaten in der Schule. Und ich
genieße die noch flexiblere freie
Zeiteinteilung beim Arbeiten
am eigenen Schreibtisch. Aber
das ist nicht der (Schul-)Alltag,
den ich mir wünsche. Die realen
täglichen Begegnungen,
spontan auf Gestik und Mimik
reagieren zu können, die echten
tatsächlichen Beziehungen mit
und zu meinen Schülerinnen und
Schülern fehlen mir sehr.**

Die Fragen

Wie wäre die Präsentation für die Videokonferenz eventuell nachvollziehbarer zu gestalten? Kann ich diesen Arbeitsauftrag nicht noch verständlicher schreiben? Der besorgte Anruf einer Mutter freitagsabends. Wann hatte ich eigentlich die letzte Rückmeldung von Peter? – Muss ich da nicht nochmals nachhaken, damit er mir nicht verloren geht? Das immer stärker werdende Gefühl, nie fertig zu sein und jemanden vergessen zu haben, darauf könnte ich gut verzichten.

To-do-Liste

Für jeden Tag lege ich mir eine To-do-Liste an, damit ich den Überblick behalte: Aufgaben auf der Lernplattform einstellen, Rückläufe kontrollieren und Feedback geben, nachhaken, wenn Rückgaben ausbleiben, Hilfestellungen per E-Mail an-

bieten, „Nachhilfetelefonate“ mit fragenden Schülern synchron zur Lernplattform führen, Videokonferenzen mit Schülern, Kollegen und bei Fortbildungen, Bereitschaft in der Notbetreuung ... soweit, so einfach!?

Chancen erhalten

Doch da ist auch Ahmad – vor 4 Monaten aus seiner Heimat geflüchtet – mit viel Engagement beim Lernen. Allerdings ist mein Arabisch noch viel unzureichender als sein Deutsch. Dennoch schaffen wir es via Telefon und Screenshots den Zugang zur Lernplattform aufzubauen, so dass er seine Materialien für den DaZ-Unterricht abrufen kann.

Das „Dankeschön“ an die Betriebe, die unsere Schule in der praktischen Phase des „Praxistages“ – trotz Pandemie – unterstützt haben, sollte wenigstens in einem



Hoffen auf eine Rückkehr zum Schulalltag ...

Telefongespräch gesagt werden. Manches Gespräch nahm dabei eine besondere Wendung. Einige Betriebe wollten nämlich ihre Praktikanten im Sommer gerne in eine Ausbildung übernehmen, was den Jugendlichen jedoch nicht bewusst war. Es war eine „Anschubhilfe“ notwendig, damit die Familie die Chance erkennt: „Felix, du kannst mir deine Bewerbung schicken. Ich helfe dir gerne beim Feinschliff, bevor du sie an die Kfz-Werkstatt gibst.“

Geschafft, die Zeugnisse sind abgeschickt. Eben habe ich die letzten Zeugnisse „eingetütet“ und zur Post gebracht. Ich hätte sie so gerne meinen Schülerinnen und Schülern persönlich gegeben. Es ist ihr letztes Schuljahr an unserer Schule, im Sommer werden die Weichen neu gestellt. Die Organisation, Vorbereitung und Durchführung der Perspektivengespräche via Telefonschleife mit Schülern und Eltern im Vorfeld der Zeugnisse war zeitintensiv. Doch danach hatte ich das gute Gefühl, dass die Jugendlichen ihre Möglichkeiten nun viel bewusster und realistischer wahrnehmen und es in Ordnung ist, wenn das Zeugnis per Post kommt.

Neue Herausforderungen

Wieder zurück zu meiner täglichen He-

rausforderung: Dem Umgang mit Rückmeldungen. Trotz klarer Vereinbarungen, wie diese aussehen sollen, habe ich doch x-verschiedene Versionen im Postfach. Jede öffnen, bearbeiten und wieder zurücksenden, das raubt viel Zeit und ich weiß nicht einmal, wer sich tatsächlich für diese Feedbacks interessiert. Es zeigt sich, dass die Affinität unserer Jugendlichen für die „Digitale Welt“ auf ganz andere Schwerpunkte setzt, weniger auf Kenntnisse beispielsweise in Word, PowerPoint oder selbständiger Recherche im Netz, die im Fernunterricht gefragt sind. Ich bin ein bisschen stolz, dass ich mit meinen „Do it yourself“-Kenntnissen am PC und im Netz dennoch häufiger per Mobilphone einen Support geben kann.

Die Instabilität der Lernplattform zehrt an meinen „pädagogischen Nerven“. Die Jungs und Mädchen sind fast alle im digitalen Klassenraum versammelt, und ich werde wegen Überlastung „rausgekickt“. Oder es hakt mal wieder beim Hochladen der Präsentation, obwohl dies bei der „Trockenübung“ funktioniert hat. Zudem trifft sich im Homeoffice-Zuhause auch der Rest meiner Familie und unser Router kommt an seine Grenzen.

ZUR PERSON



Monika Antoni unterrichtet an der von Carlowitz Realschule Plus Weisenheim am Berg die Fächer Haushalt und Soziales, Gesellschaftslehre sowie Deutsch und Mathematik. An ihrer Schule ist sie für die Themen „Praxistag“ und „Profil AC“ zuständig, hat die Klassenleitung einer neunten Berufsreife-Klasse und ist für den Fachbereich Haushalt und Soziales im Wahlpflichtfachbereich verantwortlich. Sie ist seit Jahren im ÖPR ihrer Schule aktiv und zurzeit dessen Vorsitzende. Im VRB Bezirk Neustadt unterstützt sie den erweiterten Vorstand.

Die schönen Momente

Dennoch gibt es auch andere – richtig schöne Momente: Die vielen Posts zur praktischen Arbeit in „Haushalt und Soziales“: Bananen-Schoko-Muffins mit Topping – so kreativ bin ich nicht. Und dann Leas virtuelle Einladung zur sehr verführerisch aussehenden Sahnetorte.

Mein absolutes Highlight ereignete sich jedoch letzte Woche während der Zeugiskonferenz. Ich war mit den Kollegen im Austausch. Fast meine ganze Klasse hatte sich zeitgleich im Klassenchat eingewählt, weil an den beiden Donnerstagen davor genau da unsere Zeit zum Reden war. Weniger über Mathematik und Deutsch, vielmehr was uns beschäftigt – die Pausengespräche eben. Auf meinem stummgeschalteten Handy blinkte nach der Konferenz mehrmals die Frage: „Wo bleiben Sie denn?“



Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rip.de

Es folgt eine Glosse. In diesen Zeiten?
Ja – unbedingt. Und wer wäre nicht mal
wieder gerne auf einer solchen Party?



Illustration: AdobeStock

LEHRER MÜSSTE MAN SEIN

*Kaum eine Berufsgruppe wird um die Vorzüge des Jobs
so beneidet wie Pädagogen. Warum aber will dann niemand
mit ihnen tauschen?*

Von Martina Hagemann

„Und was machst du so beruflich?“ Ich zuckte zusammen. Eine harmlose Small-Talk-Frage auf einer Party. Die scheint nun für mich gelaufen, und ich wünschte zumindest für diesen Moment, ich hätte „was Anständiges“ gelernt. Bürokauffrau zum Beispiel. Oder von mir aus auch Apothekerin. Über diese Berufsgruppen gibt es wenig Klagen und selten (vermeintliches) Fachwissen. Stattdessen antwortete ich wahrheitsgetreu: „Ich bin Lehrerin.“ Und ahne, was nun kommt.

Mittlerweile kenne ich alle etwa hundert möglichen Fortsetzungen dieses Gesprächs: die mit alternativen Waldorfschuleltern geführten Diskussionen über das leistungsorientierte staatliche Schulsystem

(„Da können sich die Kinder gar nicht frei entfalten!“) ebenso wie das Wehklagen über die ungerichten Noten des hochbegabten Sohnes („Schau mal, ich habe seine Mathearbeit abfotografiert, Nummer 5 hatten die so gar nicht im Unterricht, was meinst du denn dazu?“). Dieses Mal wird meine Antwort als Aufforderung verstanden, die Urlaubstage abzugleichen: „Lehrerin? Toll! Sechs Wochen Sommerferien, so viel Urlaub habe ich nicht mal im ganzen Jahr.“ Ich lächle höflich.

**ER FRAGT: DU BIST DOCH BESTIMMT
VERBEAMTET, ODER?**

ICH NICKE NUR STUMM

Natürlich könnte ich erwidern, dass ich in diesen sechs Wochen auch hin und wieder am Schreibtisch sitze, um das alte Schuljahr abzuschließen und das neue zu planen. Das erkläre ich jedoch schon regelmäßig im Kindergarten der Erzieherin meiner Tochter, die dort nach drei Wochen Sommerschließzeit mit „Ach, Emma, dich haben wir gar nicht erwartet, deine Mama hat doch noch frei“ begrüßt wurde. Zudem bin ich es langsam leid, mich überall bei mir teilweise kaum bekannten Leuten für die Vorzüge meines Berufs rechtfertigen zu müssen. Leider kommt mein Gegenüber nun erst richtig in Fahrt: „Du bist doch bestimmt verbeamtet, oder?“ Ich nicke nur stumm. „Mensch, quasi unkündbar, und deine Pension ist dir auch sicher. Und viel tun musst du dafür nach 15 Berufsjahren sicher auch nicht mehr, steht doch schon alles fertig in deinen Ordnern. Echt, so gut hätte ich es auch gern.“

Stimmt, mich quälen in der Tat keine finanziellen Sorgen oder Ängste um meinen Job. Das weiß ich auch zu schätzen. Die Kehrseite davon ist, dass ich als Landesbeamtin nicht mal eben in ein anderes Bundesland ziehen oder den Beruf wechseln kann. Beides geht, Ersteres braucht aber oft jahrelangen Vorlauf, und wer nicht mehr Lehrer sein möchte, kann zwar den Beamtenstatus kündigen, verliert damit aber auch etwa die Hälfte seiner Altersvorsorge. Und ja, in meinem Regal stehen meterweise gefüllte Ordner mit Unterrichtsmaterial. Einiges kann ich wiederverwenden (ein Maler streicht die Wände vermutlich auch nicht jedes Mal auf eine neue Weise), einige Inhalte sind aber schlichtweg veraltet, gefallen mir nicht mehr, passen nicht mehr zum Schulcurriculum oder zur Klasse.

„Welche Fächer unterrichtest du denn?“, stellt mein Gesprächspartner jetzt die entscheidende Frage. Ich wusste es, nun bin ich endgültig erledigt. „Mathe und Biologie“ antwortete ich wahrheitsgemäß. Mit zwei Fremdsprachen wäre mir wenigstens ein wenig Verständnis aufgrund der zahlreichen Korrekturen sicher, aber so: „Mathe – wie praktisch! Da

musst du bei Klassenarbeiten ja nur schnell die richtigen Ergebnisse abhaken.“

ICH BIETE AN, DIE JOBS ZU TAUSCHEN – DANN KÖNNTE ICH AUCH MAL PÜNKTLICH FEIERABEND MACHEN

Bei so viel Neid kann ich einfach nicht anders: Ich biete großzügig an, die Jobs zu tauschen, damit der Herr mir gegenüber endlich auch mal auf der beruflichen Sonnenseite des Lebens stehen darf. Morgens ein bisschen Hampelmann machen, nachmittags im Garten liegen und notfalls abends mal ein paar Häkchen an Rechenergebnisse setzen. Ich würde dafür an seiner statt in der Bibliothek Bücher in Regale stellen, hin und wieder ein paar Exemplare an leise flüsternde statt laut grölende Kunden ausleihen (und wer doch laut ist, den darf ich rauschmeißen!) und vor allem pünktlich Feierabend machen.

Ich könnte abends vor dem Fernseher sitzen ohne schlechtes Gewissen, weil die Stunden für den Folgetag zwar gut, aber sicher noch nicht perfekt vorbereitet sind. Und einen Film in Ruhe ansehen ohne Unterbrechung durch das Klingeln des Telefons („Meyer hier, kann ich Sie kurz stören? Es geht um den Vorfall heute in der großen Pause“). Dazu hätte ich ein Büro fünf Kilometer weit weg, sodass der mit unkorrigierten Arbeiten beladene Schreibtisch mich am Wochenende nicht jede freie Minute klagend anschaut.

ICH KANN AUCH NICHT SO MIT PUBERTIERENDEN SIEBTKLÄSSLERN. WER KANN DAS SCHON AUSSER DER SUPERNANNY?

Während ich so vor mich hin träume, erklärt mir mein Gesprächspartner, warum er mein gut gemeintes Tauschangebot keinesfalls annehmen könne: „Du, ich kann einfach nicht so mit pubertierenden Siebtklässlern, ich weiß ja, wie ich damals war, haha.“ Ja, ich weiß auch noch, wie ich damals war, vor 30 Jahren. Dabei waren das noch die Zeiten, wo die Eltern den Lehrern recht gaben und Strafmaßnahmen von Vater, Mutter und Kind fast klaglos akzeptiert wurden. Ich kann auch nicht so mit pubertierenden Siebtklässlern. Wer kann das schon außer der Supernanny? Ich kenne, ehrlich gesagt, auch niemanden, der Lehramt studiert hat, weil er so große Freude an der Arbeit mit lustlosen Halbstarren hat. Gehört aber eben zu meinem Beruf dazu. Finde ich auch in Ordnung – ich bin mir sicher, dass auch Bibliothekare nicht immer alles toll finden in ihrer Bücherei.

Dennoch hört man selten „Ach, Bibliothekarin/Verkäufer/Maler müsste man sein!“ Diesen Stoßseuf-

zer kenne ich eigentlich nur vom Lehrerberuf: Viele Menschen preisen die Vorzüge des Lehrerdaseins, paradoxerweise werden aber gleichzeitig vielerorts Lehrer gesucht. Trotz der vielen Ferien, freien Nachmittage und einem sicheren Einkommen.

OB EIN ARZT AUCH BEI JEDEM GIPSVERBAND DESSEN NOTWENDIGKEIT DARLEGEN MUSS?

Vielleicht, weil man viel Enthusiasmus benötigt, um mehrere Jahrzehnte lang pubertierenden Mittelstufenschülern binomische Formeln oder Grundschulern mit Migrationshintergrund Rechtschreibregeln beizubringen. Oder vielleicht auch, weil man sich nicht nur auf Partys, sondern zunehmend auch vor den Eltern für sein Handeln rechtfertigen muss: Methodisches Vorgehen und pädagogische Maßnahmen werden ebenso infrage gestellt wie schlechte Noten auf dem Zeugnis. Wandertage werden nicht mehr zur Kenntnis genommen, sondern kritisch überprüft, ob sie genug Bildungsinhalte vermitteln. Ob ein Arzt auch bei jedem Gipsverband dessen Notwendigkeit darlegen muss?

Bevor ich mir von einem Nichtpädagogen weitere Lobeshymnen auf den Lehrerberuf anhören darf – die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Option eines Sabbatjahres beispielsweise –, ergreife ich die Flucht und schlendere zum Buffet. Freundliche Menschen beziehen mich in ihre Unterhaltung mit ein: „Und was machst du so beruflich?“ Nicht schon wieder! „Ich leite ein Team mit 29 Mitarbeitern, die an naturwissenschaftlichen Fragen arbeiten.“ „Ah ja ... Hast du schon den Nachtisch probiert?“ Na bitte, geht doch – Party gerettet!

ZUR PERSON

Martina Hagemann (42) ist Oberstudienrätin am Johanneum zu Lübeck und unterrichtet die Fächer Biologie und Mathematik. Die verheiratete Lehrerin hat zwei Kinder und ist auf einem Bauernhof in der Nähe von Lüneburg aufgewachsen.

Wie sie von sich berichtet, war dabei das Zusammenhalten von Rinderherden eine gute Vorübung für Wandertage und Klassenfahrten mit Schulklassen.

Martina Hagemann ist als freie Autorin für pädagogische Magazine tätig und berät den Schulbuchverlag Cornelsen. Die Glosse „Lehrer müsste man sein“ erschien am 15. Oktober 2019 unter www.magazin-schule.de



Foto: privat

ETHIK

► IM GESPRÄCH MIT ANDREAS STEGMANN UND NICOLAS CORDES:

Unterrichtsfach Ethik – verfassungsrechtlich verankert im Fächerkanon



Andreas Stegmann: „Im Fach Ethik geht es zentral um die Entwicklung ethischer Handlungskompetenzen und notwendige Orientierungskompetenzen.“



Nicolas Cordes: „Dem Fach Ethik kommt insbesondere an Brennpunktschulen eine Sozialisationsfunktion zu.“

Das Unterrichtsfach Ethik ist nach Artikel 35 der Verfassung für Rheinland-Pfalz verfassungsrechtlich im Fächerkanon der Schule verankert. Die gesellschaftlichen Veränderungen haben dieses Unterrichtsfach als Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht stärker in das Blickfeld gerückt.

Das Fach Ethik wird als Lehramtsstudiengang für alle Schularten angeboten und von Studierenden gewählt, sodass den Schulen voll ausgebildete Lehrkräfte für die Erteilung des Unterrichtsfachs Ethik zur Verfügung stehen. Reale Bildung in Rheinland-Pfalz hat das Gespräch mit Andreas Stegmann und Nicolas Cordes gesucht, die die Fakultas für das Unterrichtsfach Ethik besitzen.

RBiRP: Wieso ist das Fach Ethik für euch so bedeutsam?

Andreas Stegmann: Die Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten durch Modernisierung und Globalisierung stark

verändert. Davon ist auch die Schullandschaft betroffen.

Nicolas Cordes: Eine stark veränderte Demographie, kulturelle Heterogenität sowie eine schier kaum zu bewältigende Informationsflut stellen für Jugendliche schwer einzuordnende und zu selektierende Einflussgrößen dar, welche das Erwachsenwerden und die Orientierung in einer globalisierten Welt noch erschweren.

Andreas Stegmann: Im Fach Ethik geht es zentral um die Entwicklung ethischer Handlungskompetenzen und notwendige Orientierungskompetenzen. Auch die in-

terkulturellen Kompetenzen und die moralischen Urteils Kompetenzen zählen zu den zentralen Bereichen des Ethikunterrichtes.

Nicolas Cordes: Die Politik reagiert auf gesamtgesellschaftliche Desiderate verständlicherweise meist mit einer temporären Verzögerung und dann mit Forderungen nach mehr Demokratiebildung. Solche wird in vielen Schulen in Form basisdemokratischer Beteiligungsformate wie Klassenräten, Schülerparlamenten und Schülervertretungen gewinnbringend praktiziert.

Andreas Stegmann: Diese fachunabhängigen Maßnahmen müssen neben der schulinternen Umsetzung von Normen und Ethos im Schulalltag vor allem durch den Fachunterricht Ethik flankiert werden.

Worin bestehen gegenwärtig die größten Probleme im Umgang mit dem Fach Ethik?

Andreas Stegmann: Vor einigen Jahren wurde an der Universität Koblenz-Landau der Studiengang Ethik/Philosophie für die Zielschulart Realschule plus etabliert. Seit einigen Jahren bildet folglich auch das staatliche Studienseminar für Realschulen plus in Koblenz Lehrerinnen und Lehrer im Unterrichtsfach Ethik aus. Es ist ein tendenziell stetiger Anstieg an Absolventen zu verzeichnen.

Nicolas Cordes: Unlängst ist die Nachfrage nach Plätzen im Studienseminar sogar soweit angestiegen, dass in zwei Fachgruppen ausgebildet wird. Hier hat man die Tendenzen und Erfordernisse erkannt und adäquat reagiert. Insgesamt können all diese Entwicklungen durchweg als erfreulich, innovativ und zielgerichtet bezeichnet werden.

Andreas Stegmann: Allerdings zeigen Beobachtungen der vergangenen Ausbildungsdurchgänge, dass all diese Entwicklungen recht wirkungslos sind, da die Schulen, obgleich diese in seltenen Fällen ausgebildete Ethiklehrer beschäftigen, kaum einen Bedarf in diesem Fach ausweisen.

Was spricht eures Erachtens für die Ausweisung bestehender Fachbedarfe im Fach Ethik?

Nicolas Cordes: Würde der reine Fachbedarf an Ethik-Lehrkräften ermittelt werden, so käme man unweigerlich zu der

Feststellung, dass dieser an nahezu allen Schulen besteht. Die folgerichtige Konsequenz eines steigenden schulischen Bedarfes und der Implementierung des Faches Ethik an Universitäten und Seminaren ist die Einstellung gemäß des Fachbedarfes.

Welche Nachteile entstehen aus dem überwiegend fachfremd erteilten Ethikunterricht?

Nicolas Cordes: Schaut man sich die Kompetenzen an, die nach Beendigung der Sekundarstufe I erworben sein sollen, so ist die Auflistung im Lehrplan des Faches Ethik RLP recht ambitioniert. Doch absurderweise ist der Trugschluss entstanden, dass jeder Erwachsene über eine gewisse Vorstellung dieser Alltagskompetenzen und moralischen Standards verfügt, diese ergo auch vermitteln kann. Lehrersein alleine kann hier unmöglich ein Kriterium zur Befähigung für den Ethikunterricht sein.

Andreas Stegmann: Die meisten Probleme globaler oder zumindest gesamtgesellschaftlicher Natur sind inzwischen derart komplex, dass der fachübergreifende Unterricht an vielen Stellen ein sinniges Organum und eine synergereiche Form des Lernens darstellt. Die Möglichkeiten des fachübergreifenden Lernens erkennen indes nur Kollegen, die mit Curricula und Praxis tatsächlich vertraut sind. Dem Drang zur Mündigkeit erzogen zu werden, kann das Fach Ethik entscheidend Beihilfe leisten und zudem als Ventil für Unverständnis seitens junger Heranwachsender dienen und Reibungsfläche sowie Orientierungshilfe bieten.

Wieso erfreut sich das Fach Ethik einer so großen Beliebtheit bei Studierenden, Schülerinnen und Schülern?

Andreas Stegmann: Schaut man sich demographische Phänomene und damit einhergehende Verschiebungen bei Konfessionszugehörigkeiten genauer an, so wundert es kaum, dass die Ethik-Kurse vielerorts überfüllt sind.

Nicolas Cordes: Dem Fach Ethik kommt insbesondere an Brennpunktschulen eine Sozialisationsfunktion zu. Stellenweise stark divergierende Wertevorstellungen, die nicht zuletzt auch zu wertebasierten Konflikten in Schulen führen, können durch den gemeinsamen Ethikunterricht

und Werteverträge abgeschwächt und relativiert werden. Das Anliegen besteht also darin, einen gemeinsamen Wertekonsens zu schaffen und ein friedliches Miteinander zu ermöglichen.

Andreas Stegmann: Und eine der zentralen zu erwerbenden Kompetenzen des Ethikunterrichtes ist die Interkulturelle Kompetenz.

In welche Richtung sollte sich der Umgang mit dem ausgebildeten Fachpersonal bewegen?

Nicolas Cordes: Im Januar werden voraussichtlich über 20 junge Ethiklehrer im Koblenzer Raum das zweite Staatsexamen erlangen. Diese wissen, dass selbst aus den beiden vorherigen Ausbildungsjahrgängen 2016 und 2018 nicht mal annähernd alle Absolventen mit Planstellen versorgt sind. Das ist ein demotivierendes Signal.

Andreas Stegmann: Dass hiervon auch die Absolventen des Faches Ethik mit Bestnoten und regional recht ausgeweiteten Bewerberkreisen inkludiert sind, erschwert den Status quo. Das Listenverfahren macht es hier also für die nachkommenden Generationen aufgrund des Rückstaus nahezu unmöglich, in absehbarer Zeit verbeamtet zu werden. Grundsätzlich müssen sich also Einstellungsmodalitäten und Ausbildungskapazitäten an realistisch ermittelten Fachbedarfen orientieren.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

AKTUELL

VRB-Vorsitzender Timo Lichtenthäler wurde von Wissenschaftsminister Prof. Dr. Konrad Wolf mit Wirkung vom 1. März 2021 in den Hochschulrat der Universität Koblenz berufen.



DIE ERSTE KLASSENLEITUNG EINE ERFAHRUNG FÜR SICH

Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen, die sich schon während des Referendariats fest und mit klaren Vorstellungen vornehmen, eine Klassenleitung zu übernehmen: „Am besten eine Fünfte, die lässt sich formen.“ Andere sehen sich mehr oder weniger gewollt mit dieser Aufgabe konfrontiert, kurz nachdem sie ein Planstellenangebot an einer neuen Schule angenommen haben. Aber Achtung: Die erste Klassenleitung, egal in welcher Jahrgangsstufe, ist eine Herausforderung.

Vielfältige Anforderungen

Klassenleitungen werden in der Regel für zwei Jahre vergeben, sodass die 5er, 7er und die 9er neu besetzt werden. Das kann jedoch von Schule zu Schule unterschiedlich sein, gerade mit Blick auf die Berufsreifeklassen. In vielen Schulen werden die Klassenleitungen im Zweierteam vergeben, dabei agieren beide Lehrkräfte auf Augenhöhe. In integrativen Schulformen wird häufig mit Tutoren-Teams gearbeitet. Eines jedoch gilt an allen Schulen: Jede Klassenstufe fordert die Lehrkraft in vielfältiger Weise, fordert Geduld und stellt ihr Können auf die Probe. Hier gilt es, nicht nur das Gelernte abzurufen, sondern es zu modifizieren und an die Klasse anzupassen. Lehrbücher können hier helfen, doch

es sind oft das Bauchgefühl und erfahrene Kolleginnen oder Kollegen, die mit guten Ratschlägen unterstützen können.

Meine Klasse

Sobald feststeht, welche Klassenleitung man zugeteilt bekommen hat, wird der Lehrkraft rasch bewusst: „Es ist MEINE Klasse!“ Im Fall der 5er merkt man recht schnell, dass es nicht mit einem oder zwei Elterngesprächen in der Woche getan ist, oder mit einem kurzen Schlichtungsgespräch in der Pause. Die „neuen“ Schülerinnen und Schüler benötigen besonders viel Aufmerksamkeit und Zuwendung. Es baut sich eine besondere Bindung auf, man könnte hier tatsächlich von einer gewissen Prägung sprechen. Diese muss gepflegt und ausgebaut werden: Seinen

Schülerinnen und Schülern ein offenes Ohr anbieten und ihnen zur Seite stehen. Dies zählt sich vor allem in Konfliktsituationen aus. Man lernt SEINE Schülerinnen und Schüler kennen und schätzen.

Stichwort Konfliktsituationen

Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 5 erleben Konflikte fast stündlich. Ein gutes Klassenmanagement und eine positive Lehrerpersönlichkeit helfen hier enorm. Strikte Regeln, Konsequenzen und vor allem wiederkehrende Strukturen sind hier das A und O. Solche Vereinbarungen sollten die Klassenleitungen auch mit den Fachlehrern absprechen und verbindlich umsetzen. Die Schülerinnen und Schüler müssen ihre Grenzen kennen und sich über die Konsequenzen bei Regelverstößen im Klaren sein.

Kein Klassenlehrer und keine Klassenlehrerin will ständig Klagen aus dem Lehrerzimmer über seine oder ihre Klasse hören. Zu Anfang wird dies gelegentlich geschehen. Und ja, man fühlt sich bei jedem Regelverstoß „seiner“ Schülerinnen und Schüler mitverantwortlich. Wichtig ist, dass die jeweiligen pädagogischen Koordinatoren die Klassenleitungen unterstützen und als Ansprechpartner fungieren. Sie können in Konfliktsituationen, auch in der Zusammenarbeit mit Eltern, vermitteln und die Lehrkraft entlasten.

Erfolgsrezept Elternarbeit

Elternarbeit ist gerade bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern wichtig. Elternkontakte benötigen eine gewisse Kontinuität. Sich erst zu melden, „wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist“, ist oftmals zu spät. Ob es um nicht zurückgegebene Elternbriefe, nicht gemachte Hausaufgaben, Unterrichtsstörungen oder auch tolle Entwicklungen der Schülerinnen und Schüler geht, eines ist klar: Der Kontakt muss rasch erfolgen. Oftmals kann ein zeitnahe Telefonat schon einige zukünftige Probleme präventiv lösen. Die meisten Eltern sind zudem dankbar für einen regelmäßigen Austausch, dies betrifft sowohl den Austausch über positive als auch über negative Ereignisse. Dass die positiven Rückmeldungen nicht zu kurz kommen, sollte man beherzigen.

Gerade in der aktuellen Zeit der Coronapandemie ist Elternarbeit wichtig. Das bedeutet für eine Klassenleitung zusätz-

lichen, aber lohnenden Aufwand. Technischer Support, fachliche Inhalte, Austausch mit Kolleginnen und Kollegen sowie das Eingehen auf Sorgen der Eltern sind Tagesgeschäft.

Man steht nicht alleine

Die hier unter dem Titel, „Die erste Klassenleitung – Eine Erfahrung für sich“ genannten Aspekte umreißen nur den großen Rahmen einer Klassenleitung. Die Übernahme einer Klassenleitung gehört zu den Aufgaben einer Lehrkraft (siehe Kasten), der man sich nicht entziehen kann. Einfach ist sie nicht. Doch keine Klassenleiterin und kein Klassenleiter stehen bei ihrer/seiner Arbeit alleine. Schulleitungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, Schülerinnen und Schüler und auch Eltern unterstützen einem bei der Arbeit. Es ist zweifellos eine Herausforderung, doch die tägliche Arbeit wird durch den sichtbaren Fortschritt und Erfolg von rund 25 jungen Menschen der Klassengemeinschaft belohnt.



 Nicolas Cordes
nicolas.cordes@vrb-rlp.de

Aufgaben und Befugnisse der Klassenleitung

- Führung der Klasse in pädagogischer und organisatorischer Verantwortung,
- Vorbereitung des Übergangs beim Wechsel einer Schülerin oder eines Schülers in eine andere Schule und bedarfsorientierte Durchführung von Übergabegesprächen,
- Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Entwicklung der Klasse,
- Abstimmung des gemeinsamen pädagogischen Handelns der in der Klasse eingesetzten Lehrkräfte, auch zur Vermeidung einer unangemessenen Belastung der Lerngruppen durch Leistungsüberprüfungen (z. B. Klassen- und Kursarbeiten), Hausaufgaben und Lernstanderhebungen,
- Koordination der Erstellung von Förderplänen,
- Beratung der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern in fachlichen und pädagogischen Fragen,
- Beratung der Schülerinnen und Schüler in Fragen der Schullaufbahn
- Information der Klasse über schulisch bedeutsame Angelegenheiten unter Beteiligung der Schülervertretung,
- Information der Eltern und der Ausbildungsbetriebe über Leistungen, Leistungswillen und -vermögen sowie Sozialverhalten ihrer Kinder und ihrer Auszubildenden in Zusammenarbeit mit den Fachlehrkräften,
- Organisation und Durchführung der Wahlen zur Klassenelternvertretung,
- Unterrichtung der Schulleiterin oder des Schulleiters sowie der in der Klasse eingesetzten Lehrkräfte über wichtige Vorkommnisse in der Klasse,
- an berufsbildenden Schulen Pflege der Kontakte zu den Ausbildungsbetrieben und Unterrichtung dieser und weiterer an der beruflichen Ausbildung Beteiligten über alle wesentlichen, die Schülerinnen und Schüler betreffenden Vorgänge,
- Überwachung des Schulbesuchs der Schülerinnen und Schüler und Veranlassung erforderlicher Maßnahmen bei Verstößen gegen die Pflicht zum Schulbesuch und gegen die Ordnung in der Schule, gegebenenfalls in Absprache mit der Schulleitung,
- Befreiung von Schülerinnen und Schülern vom Unterricht im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

Einzelheiten regelt die Schule in eigener Zuständigkeit.

Quelle: Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter an öffentlichen Schulen (DO-Schulen) – VV vom 22. Juni 2019



Der Blick auf die Aufgabenbeschreibung in der Dienstordnung zeigt, wie groß und vielfältig das Aufgabenfeld der Klassenleitung ist. Stichworte dazu sind beispielsweise Toolbox, Nachholbox, Klassenrat, Verhaltenspass, Sonnenbuch, Zehnerkarte usw. Das könnte in unserer Zeitschrift, auf unserer Website oder über unsere Social-Media-Kanäle erfolgen.

Wir wollen Sie fortlaufend mit organisatorischen und metho-

dischen Hilfestellungen unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für unsere IdeenBox erbitten wir Ihre Rückmeldungen. Was interessiert Sie besonders? Haben Sie vielleicht eigene „Klassenleitungs-Bausteine“ entwickelt, die Sie vorstellen möchten? Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift.



Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de



Nicolas Cordes
nicolas.cordes@vrb-rlp.de



Maren Sassenroth
maren.sassenroth@vrb-rlp.de

► VODAFONE-STUDIE: DIE JUGEND IN DER „INFODEMIE“

Drei Viertel der 14- bis 24-Jährigen werden regelmäßig mit Falschmeldungen konfrontiert



Foto: AdobeStock

Die von der Vodafone Stiftung Deutschland im September 2020 in Auftrag gegebene Studie ist eine repräsentative Befragung von 14- bis 24-Jährigen zum Umgang mit „Fake News“ bezogen auf das Pandemiegeschehen. Dabei gaben drei Viertel aller Befragten an, wöchentlich, z.T. sogar täglich mit Desinformationen zu „Corona“ konfrontiert zu werden.

Eine große Mehrheit Jugendlicher und junger Erwachsener (85 Prozent) fordert, das Thema Desinformation verpflichtend in den Lehrplan der Schulen aufzunehmen. „Unsere Demokratie ist auf gut informierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen In der Schule muss daher bei allen die Basis dafür gelegt werden, sich in der digitalen Nachrichtenflut kompetent zu bewegen.“

Frage an unsere Leserinnen und Leser: Haben Sie in Ihrem schulischen Umfeld Erfahrungen mit Fake News gemacht? Wie gehen Sie damit im Unterricht um? Schreiben Sie uns!

MA/Quelle: <https://www.vodafone-stiftung.de/die-jugend-in-der-infodemie/>

► FUNDSACHE

Bildungsangebote von ARD und ZDF als Ergänzung des Fernunterrichts

„Die Bildungsformate von ARD und ZDF können den Fernunterricht der Schulen sinnvoll ergänzen.“ Das hat die Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, erklärt.

Mit den Onlineformaten, wie beispielsweise „planet Schule“ des Südwestrundfunks, „schule daheim“ des Bayerischen Rundfunks oder „musstewissen“ bei funk, hätten die Anstalten bereits heute lehrreiche Angebote in ihren Mediatheken und Online-Auftritten, die Wissen gut strukturiert vermitteln. Auch die seit 2020 unter „ARD-Retro“ abrufbaren historischen Beiträge aus den Rundfunkarchiven der ARD könnten von den Lehrerinnen und Lehrern für den Fernunterricht verwendet werden. ...

Vor dem Hintergrund des Lockdowns in den Schulen wollen ARD und ZDF ihr Lern- und Bildungsangebot von der kommenden Woche an zusätzlich noch erweitern ...

Wü/Quelle: Newsletter Staatskanzlei 8. Januar 2021

► JUGENDMEDIENSCHUTZ

Kinder und Jugendliche vor digitalen Lockangeboten islamistischer Propaganda schützen



Setzt auf Medienkompetenzbildung: Franziska Giffey

Das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet – jugendschutz.net – warnt in seinem Lagebericht vor einer starken Präsenz von Islamisten im Netz. Sie nützen verstärkt jugend-

affine Darstellungsformen und Kanäle wie Instagram und YouTube. Islamistische Propaganda setze zunehmend auf emotionale Themen wie Ausgrenzung, Ungerechtigkeit oder Ohnmachtsgefühle. Dabei tarne sie sich als Teil der bunten Webkultur und inszeniere sich als „moralische Autorität“, so die zentralen Ergebnisse des Berichts.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey will Kinder und Jugendliche besser vor digitalen Lockangeboten religiös oder politisch motivierter Extremisten schützen. Neben einem modernen Jugendmedienschutz – als Teil des Jugendschutzgesetzes – setzt Giffey auf Medienkompetenzbildung und Demokratieerziehung. Eltern, Lehrkräfte und junge Menschen selbst müssten gut informiert und aufgeklärt sein. (...)

Wü/Quelle: jugendsozialarbeit.news 18.1.21; BMFSFJ; jugendschutz.net

► ZUM 275. GEBURTSTAG VON JOHANN HEINRICH PESTALOZZI

Die Anlagen des Kopfs, des Herzens und der Hand in Harmonie entfalten



Illustration: AdobeStock

(...) Nach Erfolgen als Schriftsteller gründete er 1800 sein Erziehungsinstitut in Burgdorf, wo er eigene Unterrichts- und Erziehungsmethoden weitergab. Anschließend führte er dieses Institut von 1805 bis 1825 in Yverdon weiter, was ihm Erfolg, Ansehen und eine Reihe glücklicher Jahre bringt. In seinen Schriften zur „Elementarbildung“ plädiert er für eine Erziehung, die die Anlagen des Kopfs (intellektuelle Kräfte), des Herzens (sittlich-religiöse Kräfte) und der Hand (handwerkliche Kräfte) in Harmonie entfalte. Der Ort im Kanton Waadt wird später zum Wallfahrtsort einer in ganz Europa um sich greifenden Reformbewegung. Pestalozzi selbst sagt jedoch über sich selbst: „Der geringste meiner Zöglinge weiß mehr als ich; ich bin nur der Wecker der Anstalt, und andere müssen eigentlich hervorbringen, was ich denke.“ Auch das Yverdon-Abenteuer endet jedoch kläglich. Das Institut wird wegen interner Machtkämpfe geschlossen.

Der nunmehr 70-jährige Pestalozzi kehrt auf den Neuhof bei Birr zurück. Er ist längst berühmt, freilich nicht überall gelitten und anerkannt. Fichte sieht in seinem Erziehungssystem „das wahre Heilmittel für die kranke Menschheit“. Aber viele, die ihm einst als Schüler gefolgt waren, schmähen ihn später. Er wusste, dass er und seine Ideale dem konservativen Geist seiner Zeit höchst unangenehm waren. (...)

Wü/Quelle: Wolf Scheller „Ich bin nur der Wecker der Anstalt“ in:
Die Rheinpfalz v. 12. Januar 2021

► FUNDSACHE

Lehrerin mit Leib und Seele: Jill Biden als First Lady

Jill Biden ist stolz darauf, Lehrerin zu sein. Das Unterrichten ist für die neue First Lady der USA mehr Berufung als Beruf: Die 69-Jährige will auch nach ihrem Einzug ins Weiße Haus daran festhalten.

Damit könnte sie die erste First Lady werden, die neben den offiziellen Aufgaben noch eine Anstellung hat. Aus dem Weißen Haus will sie sich auch für Bildungsinitiativen und Lehrer im Besonderen stark machen. „Ich will, dass die Menschen Lehrer wertschätzen und ihre Leistungen kennen, um den Beruf zu fördern“, sagte Biden im vergangenen Jahr dem Sender CBS.

Als Nachfolgerin von Melania Trump wird Jill Biden einen neuen Stil ins Weiße Haus bringen. Die nächste First Lady will sich für viele Projekte einsetzen. Die volksnah auftretende Jill Biden will ihren Mann zudem auch öffentlich unterstützen – mehr als ihre Vorgängerin.

Hr/Quelle: greenpeace-magazin.de,
20. Januar 2021



Foto: AdobeStock



MINT- Bildungsaktivitäten regional vernetzen

Die Region Eifel
und die Region Neuwied
sind die diesjährigen Sieger
des Förderwettbewerbs
„MINT-Regionen Rheinland-Pfalz“.

Im Unterschied zum letzten Jahr – mit vielen Ausstellungsständen im Erbacher Hof in Mainz – fand die diesjährige Siegerehrung und Fachtagung der MINT-Regionen RLP am 9. November 2020 im digitalen Format statt. Veranstalter war die MINT-Geschäftsstelle Rheinland-Pfalz.

Foto: AdobeStock

Begeisterung wecken für die MINT-Fächer

Ziel des Förderwettbewerbs ist es, junge Menschen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik zu begeistern, indem regionale Synergien genutzt und die MINT-Bildungsaktivitäten gemeinsam mit regionalen Kooperationspartnern wie Kommunen, Schulen, Hochschulen, Wirtschaftspartnern sowie weiteren MINT-Akteuren optimiert werden.

Der Wettbewerb erreichte in diesem Durchgang die bislang höchste Resonanz. Im Mittelpunkt der Siegerehrung standen Videobotschaften einer Ministerin und zweier Minister. Die Hauptreferentin, Prof. Dr. Kristina Reiss, war aus München zugeschaltet.

Die Siegerehrung wurde von einer online-Fachtagung mit zahlreichen Vorträgen, Diskussionen und Work-

shops zu verschiedenen Aspekten der MINT-Förderung begleitet.

Siegerehrung

Anne Drost von der Landesvereinigung Unternehmerverbände RLP verkündete zu Beginn die diesjährigen Sieger und erklärte dazu im Vorfeld, dass die Jury sich aus sieben Personen mit jeweils unterschiedlichen Perspektiven zusammensetzt, alle jedoch den Fachkräftemangel im akademischen Bereich aber auch in der beruflichen Bildung als ein gesamtgesellschaftliches Problem sehen. Die MINT-Fächer zu stärken war allen Teilnehmern des Wettbewerbs ein großes Anliegen, die besten zwei waren dabei – und wurden deshalb zu Siegern erklärt – die MINT-Region Eifel und die MINT-Region Neuwied.



In der MINT-Region Neuwied gibt es eine Vernetzung mit 59 Betrieben, der Girls-MINT-Shop wird weiterentwickelt und die Sekundarstufe II wird systematisch mit den Hochschulen vernetzt. Die hohe MINT-Beschäftigungsdichte in Neuwied gibt weitere Impulse für den Nachwuchs.

Genau diese Aspekte betonten auch die Ministerin und Minister in ihren Videobotschaften. Bildungsministerin **Dr. Stefanie Hubig** hob hervor, wie wichtig die MINT-Fächer gerade auch in Zeiten des Klimawandels für die Gesellschaft sind und dass das kindliche Interesse geweckt und erhalten bleiben muss, bis hin zur beruflichen Bildung. Aus ihrer Sicht erwecken die Siegerregionen dieses Interesse in und außerhalb der Schule.

Für Wirtschaftsminister **Dr. Volker Wissing** ist die Fachkräftegewinnung essentiell, denn der Mangel wirkt als Wachstumsbremse. So arbeiten die Ministerien Hand in Hand und unterstützen die Regionen durch kreative Projekte vor Ort.

Wissenschaftsminister **Prof. Dr. Konrad Wolf** stellt heraus, dass die MINT-Förderung an Hochschulen ein Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung ist. Die Universitäten werben für die MINT-Fächer insbesondere auch bei Frauen. Bereits in der Schule können Schülerinnen und Schüler in das Studium an der Universität hineinschnuppern.

Im anschließenden Fachvortrag von **Prof. Dr. Kristina Reiss** ging es um die Frage „Wie gelingen MINT-Schulen?“

Die Motivation der Lehrkräfte und deren fachliche und fachdidaktische Kompetenzen sind unabdingbar, stellte Prof. Dr. Reiss fest und plädierte für fächerübergreifendes Unterrichten, experimentieren und „learning by doing“. Simulation und Gruppenarbeit sowie vernetztes Lernen mit digitalen Medien hält sie für wesentliche Elemente eines gelingenden MINT-Unterrichts, allerdings ist auch ihr bewusst, dass dazu an vielen Schulen noch die technischen Voraussetzungen fehlen.

Fachtagung

In der Fachtagung am Nachmittag waren parallele digitale Fachforen im Angebot. Darin ging es um die Initiierung und Koordination regionaler MINT-Netzwerke in städtischen und ländlichen Räumen.



Dr. Stefanie Hubig



Dr. Volker Wissing



Prof. Dr. Konrad Wolf



Prof. Dr. Kristina Reiss

Fachforum 1: „Vernetzte MINT- Bildung in der Stadt: Netzwerke und Projektimpulse aus Koblenz (Sebastian Mooz) und Neustadt a. d. W.“ (Stefanie Deutsch)

Fachforum 2: „MINT-Netzwerke und Projekte im ländlichen Raum: Erfahrungen aus der MINT-Nationalparkregion Hunsrück-Hochwald plus (Prof. Dr. Stefan Naumann, Umweltcampus Birkenfeld) und dem Landkreis Mainz-Bingen“ (Prof. Dr. Peter Leiß, TH Bingen)

Fachforum 3: „Regionale MINT- Bildung in Schulen fördern durch Fonds und Schülercamps“ (Matthias Vinnemeier, Prokurist/ Referent für Innovation und Digitalisierung, ZDI Zentrum pro MINT GT GmbH, Kreis Gütersloh, Nordrhein-Westfalen)

Fachforum 4: „Initiierungs-, Koordinierungs- und Verstetigungsimpulse für MINT-Regionen im ländlichen Raum“ (Andrea Stelzl, MINT-Bildungsmanagerin, TH Deggendorf, Bayern)

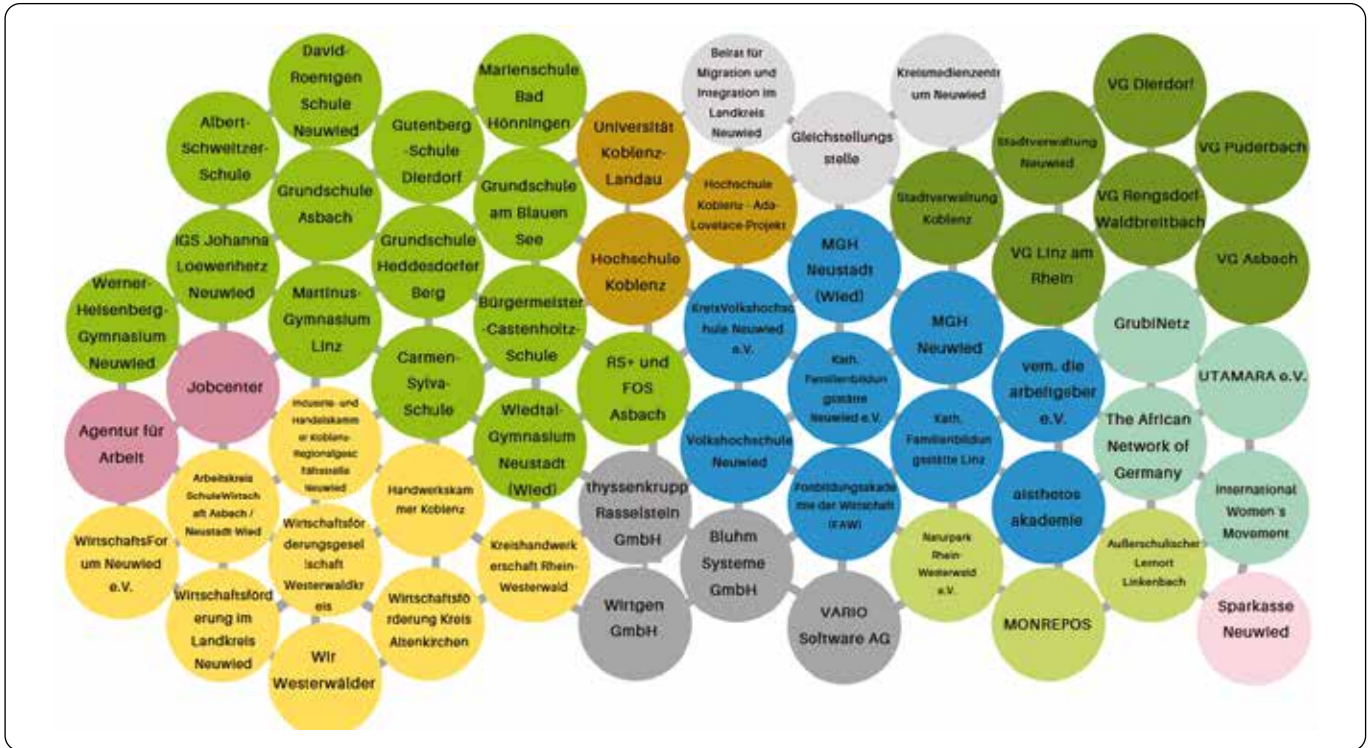
Wir berichten nachfolgend beispielhaft über die Arbeit in Forum 1 „Vernetzte MINT-Bildung in der Stadt“.

Forum 1: MINT-Netzwerke in der Stadt

Sebastian Mooz, MINT-Ansprechpartner im Bildungsbüro der Stadt Koblenz und Stefanie Deutsch aus dem Bildungsbüro Neustadt a.d.W. unterstrichen in ihren Präsentationen die städtischen Vorteile für eine Vernetzung der MINT-Bildungspartner.

Sebastian Mooz stellte das Koblenzer MINT-Tandem Praktikum anschaulich als ein Gemeinschaftsprojekt der Carl-Benz-Schule, dem ADA-Lovelace-Projekt und verschiedenen dualen Ausbildungspartnern vor. Die berufsorientierenden Praktika wenden sich gezielt an junge Mädchen und Frauen, um sie für MINT-Berufe zu begeistern. Die Praktikantinnen werden von Mentorinnen ausgewählter Betriebe im Tandem-Prinzip begleitet, um Hemmschwellen für MINT-Berufe abzubauen.

Stefanie Deutsch beschrieb in ihrem Vortrag den Future Way-Future Day als ein Highlight ihrer Arbeit: In einem Organisationsprozess, dem Future Way, werde ein schulübergreifendes Festival organisiert, das sich konkret auf Kinder und Jugendliche konzentriert. Das Festivals-Motto richte seinen Blick auf MINT-Bildung im Jahr



Beispiel MINT-Netzwerk: Neuwied

2040 und wie sich Kinder und Jugendliche dann mit MINT-Bildung auseinander setzen.

Gelungene Transparenz für die Öffentlichkeit werde, so Stefanie Deutsch, durch die Neustadt Map (MINT-)Bildung auf der städtischen Homepage erreicht. Diese gebe zunächst einen Überblick über die MINT-Bildungsakteure der Stadt, ermöglichte darüber hinaus auch einen Einblick in detailliertere Projektbeschreibungen.

Öffentlichkeitsarbeit, so betonten beide Dozenten, sei generell ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit. In Koblenz entstehe zurzeit eine Neuauflage der MINT-Broschüre, die über Projekte und Akteure informiert, erstmalig auch in einer Druckversion. In Neustadt wurde in Kooperation mit der Universität Landau ein MINT-Bildungsbericht veröffentlicht, der unter anderem die Ergebnisse einer schulartübergreifenden Abfrage von Schülerinnen und Schülern über Wahlpflichtfächer, Leistungskurse und AGs darstellt.

Fazit

Trotz guter technischer Voraussetzungen bei der digitalen Siegerehrung gab es nur wenige Rückfragen zu den jeweiligen Vorträgen. Inwieweit den Siegerregionen ihre ambitionierten Vorhaben gelingen werden, werden wir nächstes Jahr in einer der Fachtagungen am Nachmittag erfahren.

Vielleicht können bei dieser Gelegenheit auch Betroffene, also die Schülerinnen und Schüler oder Lehrkräfte oder Schulleitungen aus einer Siegerregion zu Wort kommen.



Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



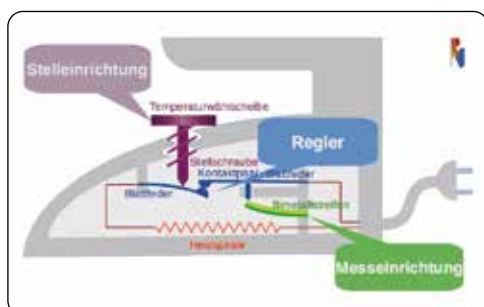
Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

**Weiterführende Unterlagen finden sich auf der MINT-Website:
<https://mint.rlp.de/de/startseite/>**

... FÜR DIE NATURWISSENSCHAFTEN:

Schritte in die digitale Welt. Ein „neues“ Wahlpflichtfach: Mathematik-Natur-Wissenschaften

Die Wurzeln des Wahlpflichtfachs „Technik und Naturwissenschaft“ reichen vierzig Jahre zurück. Über 200 Lehrkräfte erwarben in den achtziger Jahren die Lehrbefähigung für ein neues Wahlpflichtfach. Es war der schulische Aufbruch in die digitale Welt. **Rolf Monnerjahn** führt uns als Zeitzeuge in die noch immer aktuelle Welt der kybernetischen Modelle und verknüpft sie mit der Berufswelt seiner Schülerinnen und Schüler.



Die Temperaturregelung bei einem Bügeleisen

Ich habe in den zurückliegenden Monaten der Bedrohung durch das Corona-Virus oft gedacht: Meine ehemaligen Schülerinnen und Schüler aus dem Wahlpflichtfach Mathematik-Naturwissenschaften dürften das Infektionsgeschehen sehr gut nachvollziehen können. Einer von ihnen hat mir sogar über Facebook eine Rückmeldung dazu gegeben, dass wir im Unterricht bis ins Detail eine Epidemie modelliert und simuliert haben.

KERNANLIEGEN

Kernanliegen des Wahlpflichtfachs, in dessen fachdidaktische Kommission ich 1979 für die Klassen 9 und 10 berufen wurde, war die Analyse von Systemen im kybernetischen Modell, die Nachverfolgung von Informationsflüssen in Natur, Technik und eventuell auch noch in der Gesellschaft. Zwischen 1980 und 1986 wurden in den Räumen der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz unter der Leitung von Prof. Dr. Herbert Druxes und Realschulkonrektor Götz Sperber über 200 Realschullehrer in fünf Durchgängen zu je fünf Wochenkursen in einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren auf den Unterricht in diesem Fach vorbereitet. Voraussetzung zur Teilnahme war die Lehrbefähigung in mindestens einem naturwissenschaftlichen Fach.

EXPERIMENTELLE REALISIERUNG VON REGELKREISEN

Höhepunkt der kybernetischen Betrachtungsweise war die Untersuchung und experimentelle Realisierung von Regelkreisen.

Ein Beispiel für einen technischen Regelkreis ist die Funktionsweise des elektrischen Bügeleisens. Die Bügelfläche wird hier durch eine elektrische Heizwendel erhitzt. Da die

Wärme durch die zu erwärmenden Textilien wieder abgeführt wird, muss sie konstant gehalten werden. Dazu wird die Temperatur durch einen Bimetallstreifen erfasst, der sich mit zunehmender Hitze stärker krümmt (Messeinrichtung). Er drückt dabei auf eine vorgespannte Blattfeder, die bei zunehmender Krümmung des Bimetalls einen Kontakt öffnet, der die Stromzufuhr für die Heizwendel unterbricht. Umgekehrt wird dieser Kontakt bei Nachlassen der Krümmung des Bimetalls wieder geschlossen. Die Vorspannung der Blattfeder und damit die gewünschte Temperatur wird durch eine Stellschraube auf der Oberseite des Bügeleisens eingestellt (Stelleinrichtung). Die Kontakte und die mit ihnen verbundenen Blattfedern vergleichen hier ständig die mechanischen Spannungen, die von der Stellschraube und vom Bimetallstreifen auf sie übertragen werden und entscheiden dadurch, ob Strom fließt und Hitze erzeugt wird oder nicht. Sie bilden den eigentlichen Regler (siehe Abbildung).

VERGLEICHBARE STRUKTUREN

Die Dreierkonstellation von Regler, Messeinrichtung und Stelleinrichtung bewirkt die Rückführung einer Wirkung auf ihre Ursache (Rückkopplung, feedback). Sie dient der Einstellung eines ausbalancierten Zustandes zum Ausgleich von Störungen und ist eine in Natur und Technik aber auch in der Gesellschaft sehr häufig anzutreffende Struktur. Sie findet sich zum Beispiel im Aufbau des Gerichts mit Richter, Verteidiger und Staatsanwalt, aber auch in demokratischen Regierungsformen mit Exekutive, Legislative und Judikative. Der kybernetische Regelkreis dient dabei als allgemeines Konzept zur Beschreibung sich selbst-steuender-Systeme. Mit der Anwendung des Regelkreismodells



kann man zum Beispiel deutlich machen, warum die Schwächung der Judikativen zur Destabilisierung einer Gesellschaft führen kann - wozu wir ja gegenwärtig mehr als ein Beispiel auf der internationalen Bühne beobachten können.

Unternehmen des Informations- und Kommunikationssektors, einige haben sich im Technologiesektor selbstständig gemacht. Sie vollzogen aus der Schule heraus den Schritt in die digitale Welt.

Rolf Monnerjahn

GELUNGENE REALE BILDUNG

Das Wahlpflichtfach Mathematik-Naturwissenschaften hat Gruppen- und Projektunterricht sowie eine Berufsfeldorientierung gefördert und sehr frühzeitig Formen der erst heute als dringlich betrachteten Digitalisierung in die Realschulen eingeführt, die vielfach schon in den 80er Jahren Computerlabore einrichteten. Es sollte zudem die Integration der Naturwissenschaften in ein Fach modellhaft realisieren. Gelungen ist damit insgesamt reale Bildung, die aus der Beschäftigung mit „realen“ Gegenständen auf „Sachbemeisterung“ zielt, so bereits von den Humanisten als Aufgabe der Erziehung neben der „Sprachbemeisterung“ benannt.

Zahlreiche meiner früheren Wahlpflichtschüler arbeiten heute als Ingenieure bei fast allen bekannten

Kybernetik ist die wissenschaftliche Forschungsrichtung, die Systeme verschiedenster Art (z. B. biologische, technische, soziologische Systeme) auf selbsttätige Regelungs- und Steuerungsmechanismen hin untersucht.

Definition: Oxford Languages

ZUR PERSON



Rolf Monnerjahn war dreißig Jahre lang an der Realschule Emmelshausen tätig, 28 Jahre davon als Konrektor. Er gehörte von 1981 bis 1987 dem VDR-Landesvorstand an und war Chefredakteur der Verbandszeitschrift, die damals den Namen „Realschulblätter“ trug.

Die Frage nach der Bedeutung der Neuen Technologien für das Bildungswesen begleitete fast durchgängig die berufliche Biografie (1963 –2003) Rolf Monnerjahns.

1971 besuchte er in den Osterferien einen Kurs an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz über die Programmiersprache ALGOL (ALGORhythmic Language), es war seine Erstbegegnung mit dem Thema Computer. Ab 1978

war er an der inhaltlichen Ausprägung des Wahlpflichtfachs Mathematik/Naturwissenschaften beteiligt. Ab 1985 gehörte er zur (schulformübergreifenden) Projektgruppe „Informationstechnische Grundbildung“ (ITG), die Konzepte für Unterricht mit und über Computer entwarf und konkretisierte und in der Lehrerfortbildung vermittelte. Zwischen 1988 und 1994 war er an fünf Modellversuchen zu Computereinsatz und Lernen mit Computern beteiligt und begleitete die Produktion von Schulfernsehsendungen zum Thema.

BUCHBESPRECHUNG

Raushalten ist (k)eine Alternative?!

Christian Linker „Der Schuss“ – als Klassenlektüre geeignet?

Ich wollte nicht schon wieder „Tschick“ oder „Die Welle“ mit meinen Schülerinnen und Schülern lesen. Aber dennoch sollte es eine Lektüre sein, die in ihrer Thematik aktuell ist und Identifikationsmöglichkeiten bietet. Auf der Suche nach einem passenden Buch stieß ich auf „Der Schuss“ von Christian Linker. Das Buch erschien 2017 und wurde u. a. mit dem Jugendbuchpreis des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet.

Robin, 17 Jahre alt, Schulabbrecher, wohnt, zusammen mit seiner Mutter und seiner Schwester, im Breslauer Block, einem sozialen Brennpunkt. Er ist politisch nicht interessiert und hält sich aus allem raus. Ihn beschäftigt, wo er den nächsten Joint herbekommt und um diesen zu finanzieren, ist er schon öfter mit dem Gesetz in Konflikt gekommen.

Eines Abends beobachtet er – auf dem Spielplatz seines Wohnblocks – den Mord an Emil Becker, einem Anhänger der rechtsgerichteten Deutschen Alternativen Partei. Außerdem wird der Blogger Magnus Mahlmann dabei schwer verletzt. Bevor Robin den Notruf absetzt und vom Tatort verschwindet, vertraut ihm Magnus einen USB-Stick an, mit der Bitte diesen an eine Person namens Henry zu geben.

Die Polizei rückt zunächst Hakan Topal, den „Paten vom Breslauer Block“ in den Fokus ihrer Ermittlungen. Fred Kuschinski, Robins Freund aus Kindertagen und Anführer der „Deutschen Alternativen Partei“, sowie deren Spitzenkandidat für den Bundestag nutzt den Mord, um im Viertel Fremdenhass und Ängste zu schüren. Er organisiert dort tägliche Mahnwachen, die zu Wahlkampfzwecken genutzt werden. Robin muss sich jetzt entscheiden. Wenn er die



Das im dtv Verlag erschienene Taschenbuch hat ca. 300 Seiten und kostet 8,95 Euro. Der Verlag spricht eine Eignung für Klasse 9-10 aus und stellt auf seiner Website eine Lehrkräfte-Handreichung „Unterrichtsmodell“ mit didaktisch-methodischen Anregungen als Download zur Verfügung.

Christian Linker wurde 1975 geboren, studierte Theologie und arbeitete danach in der Jugendbildung u.a. beim BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend) in Köln. Er lebt heute als freier Schriftsteller in Leverkusen. „Seine vielfach ausgezeichneten Kinderbücher und Jugendromane bergen politische Brisanz oder magische Fantasie – manchmal auch beides zugleich.“ (Zitatquelle: <https://www.thienemann-esslinger.de/autor/christian-linker-1940>)

Wahrheit ans Tageslicht bringen will, ist Wegschauen keine Option.

Robin erzählt aus seiner Sicht und kann durch die Ichperspektive seine Gedanken und Ängste gut veranschaulichen. Die Geschichte wird daneben auch aus der Ich-Perspektive von Fred, Henry, Arzu (Hakans Schwester) oder Mel (Robins Schwester) erzählt.

In „Der Schuss“ treffen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen aufeinander. Die Konflikte, die sich daraus ergeben, sind klar gezeichnet. Aktuelle politische Realitäten werden konkret benannt. Das Buch ist spannend, zwingt zum Nachdenken und lässt aber auch vieles offen. Es bietet kein offensichtliches Gut- und Böse-Schema an, nur die Notwendigkeit, sich für sich selbst und den eigenen Weg zu entscheiden.

Ich würde das Buch gerne mit meiner Klasse lesen. Es ist aktuell, erzählt in der Sprache der Jugendlichen und greift auch Situationen des Alltags auf, wodurch es Identifikationspotential bietet.

Andererseits hatte ich beim Lesen manchmal den Eindruck, der Autor verfolge mit Eifer und einem üppigen Themenbündel – u. a. Zivilcourage gegen Rechts, Fremdenhass und Cybermobbing sowie Leben im sozialen Brennpunkt – gesellschaftspolitische Aufklärung, die Realität dem Spannungsbogen unterordnet.

Liebe Leserinnen und Leser, haben Sie schon Erfahrungen mit diesem Buch als Schullektüre gesammelt, die Sie gerne weitergeben möchten? Schreiben Sie mir! Auch wenn Sie einen sonstigen Literaturtipp haben, freue ich mich über Ihre Zuschrift.



Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rip.de



„APPS AUF REZEPT“

Verbesserung der medizinischen Versorgung durch Digitalisierung

Foto: AdobeStock

Bessere Versorgung im Gesundheitsbereich durch Digitalisierung und Innovation

Mit dem „Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation“ (Digitale-Versorgung-Gesetz – DVG), das am 19. Dezember 2019 in Kraft trat, setzte die Bundesregierung noch vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie stringent auf Verbesserungen im Gesundheitsbereich durch Digitalisierung und Innovationen. Zeitliche Vorgaben mit entsprechenden Restriktionen erhöhen den Druck auf die Akteure des Gesundheitsbereichs, die Umsetzung nicht auf die lange Bank zu schieben.

Das Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) beinhaltet u.a. folgende Verbesserungen bzw. Innovationen:

- Anspruch auf digitale Gesundheitsanwendungen (z. B. Apps)
- Stärkung der Telemedizin (z. B. Videosprechstunde)
- Stärkere Nutzung der digitalen Werkzeuge (z. B. E-Rezept)
- Ausbau eines verbindlichen digitalen Netzwerks (u. a. elektronische Patientenakte)
- Sichere IT für Arzt- und Zahnarztpraxen
- Gleichberechtigte Teilhabe an der Digitalisierung

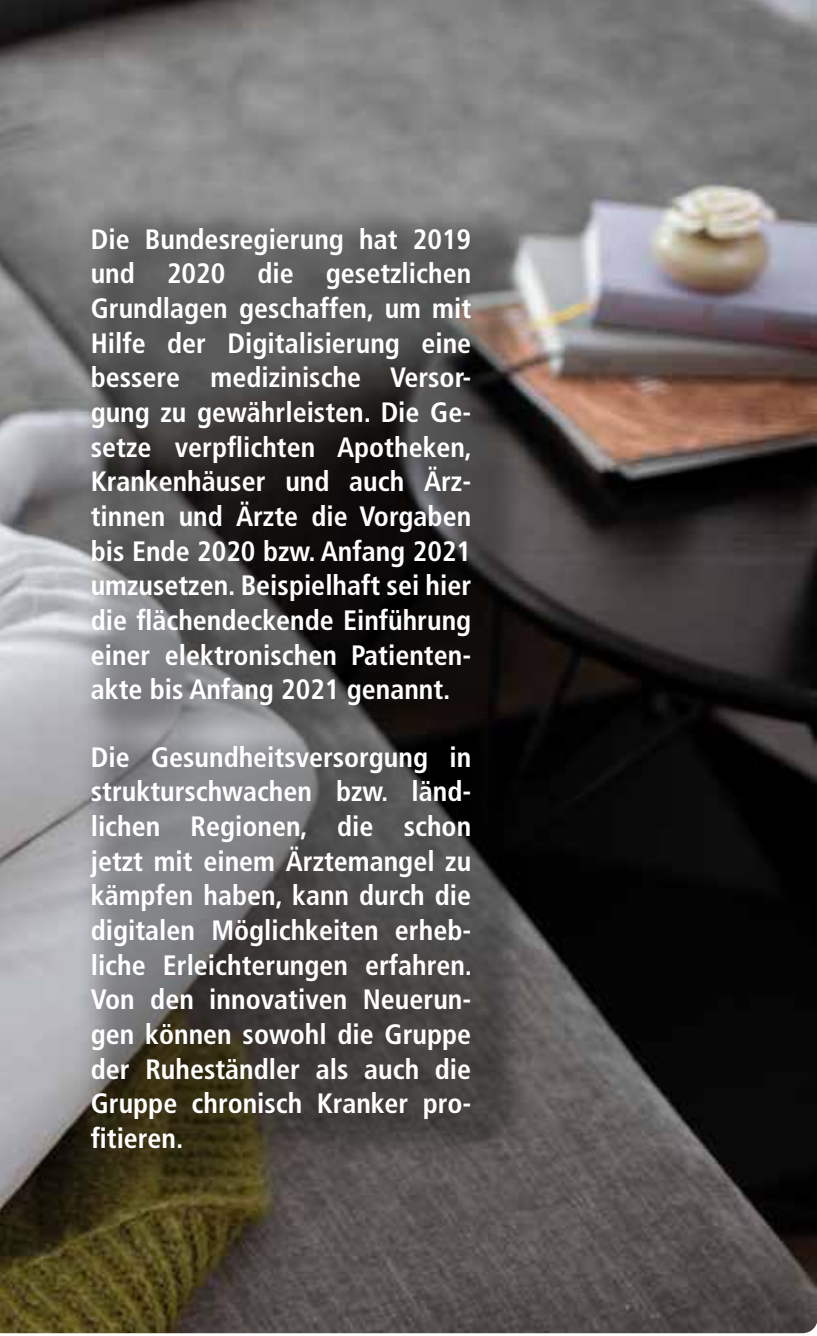
Digitale Gesundheitsanwendungen (E-Health-Dienste)

Die Bundesregierung hat den Bereich der medizinischen Produkte durch den Bereich der digitalen Gesundheitsanwendungen (E-Health-Dienste) erweitert.

E-Health steht für ein Krankheits- und Wissensmanagement, das sich auf moderne Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) stützt. Es umfasst ein breites Spektrum von IKT-gestützten Anwendungen. Diese können beispielsweise Computerprogramme, die die ärztliche Diagnose und Therapie einer Erkrankung unterstützen (Medikationsplan oder Auswertung von Blutzucker-

Medizinische Produkte

- *Medikamente*
- *technische Geräte*
- *digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA)*



Die Bundesregierung hat 2019 und 2020 die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um mit Hilfe der Digitalisierung eine bessere medizinische Versorgung zu gewährleisten. Die Gesetze verpflichten Apotheken, Krankenhäuser und auch Ärztinnen und Ärzte die Vorgaben bis Ende 2020 bzw. Anfang 2021 umzusetzen. Beispielfhaft sei hier die flächendeckende Einführung einer elektronischen Patientenakte bis Anfang 2021 genannt.

Die Gesundheitsversorgung in strukturschwachen bzw. ländlichen Regionen, die schon jetzt mit einem Ärztemangel zu kämpfen haben, kann durch die digitalen Möglichkeiten erhebliche Erleichterungen erfahren. Von den innovativen Neuerungen können sowohl die Gruppe der Ruheständler als auch die Gruppe chronisch Kranker profitieren.

werten), mobile Apps (Erinnerung an Medikamenteneinnahme) oder Online-Dienste (Beratung von Diabetiker) sein.

Das Angebot an E-Health-Diensten ist schon heute umfangreich. Anbieter sind IT-Firmen, Pharmakonzerne wie auch Krankenkassen. Wer E-Health-Dienste nutzen wollte, musste bisher in der Regel die anfallenden Kosten selbst tragen. Die Rechtslage erlaubte es den Krankenkassen nicht, E-Health-Dienste zu erstatten. Das neue Digitale-Versorgung-Gesetz ermöglicht es nun, dass digitale Gesundheitsanwendungen als Kassenleistungen in Anspruch genommen werden können. Die Neuregelungen gelten zunächst nur für die gesetzlichen Krankenkassen. Für Private Kranken-

versicherungen (PKV) werden entsprechende Regelungen noch getroffen werden müssen.

Neue Regelungen bei Erstattung von digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA)

Die Entscheidung darüber, ob eine digitale Gesundheitsanwendung von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet werden kann, wurde in der Vergangenheit von den Krankenkassen mit beeinflusst. Die Entscheidung über die Erstattungsfähigkeit wurde vom „Gemeinsamen Bundesausschuss“ (G-BA) bestimmt. In diesem Gremium sind die Krankenversicherungen und Ärzte vertreten.

Die Bundesregierung hat mit dem „Digitalen-Versorgung-Gesetz“ (DVG) einen Paradigmenwechsel

vollzogen. Demnach entscheidet nunmehr allein das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) darüber, ob die gesetzlichen Krankenkassen digitale Gesundheitsanwendungen bzw. E-Health-Leistungen erstatten müssen.

Neue Verfahrensregeln sollen Anreize zur Entwicklung von digitalen Gesundheitsanwendungen schaffen, vor allem Transparenz im Prüfungsverfahren gewähren und Nutzen und Sicherheit in der Anwendung garantieren.

Die digitalen Gesundheitsanwendungen, die im Prüfungsverfahren die Kriterien erfüllen, werden vom BfArM im „Verzeichnis für digitale Gesundheitsanwendungen“ aufgeführt. Die Liste ist über <https://diga.bfarm.de/> abrufbar und weist aus, welche digitale Gesundheitsanwendungen auf der Grundlage einer ärztlichen Verordnung oder mit Zustimmung der Krankenkasse erstattungsfähig sind.

Rechtsrahmen der Digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGa)

- *Digitale Versorgung-Gesetz (DVG) (Bundesgesetz)*
- *Digitale Gesundheitsanwendungen-Verordnung (DiGAV) (Rechtsverordnung des BMG)*
- *DiGA-Leitfaden (Verwaltungsvorschrift des BfArM)*

Digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) als „digitale Helfer“

Digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) bieten neue Möglichkeiten, die bei der Erkennung, Überwachung oder Linderung von Krankheiten, Verletzungen oder Behinderungen eingesetzt werden können. Infrage kommen hierfür lediglich Medizinprodukte, die keiner hohen Risikoklasse

zugeordnet werden dürfen. Der Einsatz selbst muss durch die digitale Technologie begründet sein. Das heißt, der medizinische Zweck wird wesentlich durch die digitale Technik erreicht. Alle digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA) müssen als ein CE-gekennzeichnetes Medizinprodukt ausgewiesen sein. Die gesetzlichen Grundlagen für die Nutzung der digitalen Gesundheitsanwendungen in der Regelversorgung wurden durch die Einfügung neuer Paragraphen in das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch (§§ 33a und 139e SGB V) geschaffen. Damit wurden die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, „App auf Rezept“ nutzen zu können.

Abgrenzung zu anderen Gesundheits-APPs

Es gibt eine ständig wachsende Anzahl von Gesundheits-Apps. Da Gesundheit in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert hat, ist die Versuchung groß, sich der kostenlosen Apps zu bedienen. Aber nicht alle Gesundheits-Apps können als Medizinprodukt klassifiziert werden. Sie können in der Anwendung als Ernährungs- oder Bewegungs-Apps durchaus für die Gesundheit förderlich sein. Sie können auch Überwachungs- und Erinnerungsfunktionen zum Beispiel bei der Medikamenteneinnahme oder Kontrolle des Blutdrucks übernehmen und somit für Sicherheit im täglichen Alltag sorgen.

Der mögliche medizinische Nutzen reicht allerdings nicht aus, um eine Anerkennung als digitale Grundanwendung (DiGA) zu erhalten. Digitale Grundanwendungen müssen einige Anforderungen erfüllen, die die „Digitale Gesundheitsanwendungen-Verordnung – DiGAV“ benennt. Die wichtigsten Anforderungen betreffen:

- den medizinischen Zweck
- Sicherheit und Funktionstauglichkeit

- Berücksichtigung der Vorgaben zum Datenschutz und zur Datensicherheit
- Qualitätsanforderungen (Bedienbarkeit, Funktionsstörungen, Verbrauchsinformationen)
- Nachweis positiver Versorgungseffekte

Medizinische Zwecke von DiGA

- Erkennung, Verhütung, Überwachung, Behandlung oder Linderung von Krankheiten,
- Erkennung, Überwachung, Behandlung, Linderung oder Kompensierung von Verletzungen oder Behinderungen,
- Untersuchung, Ersetzung oder Veränderung des anatomischen Aufbaus oder eines physiologischen Vorgangs,
- Empfangnisregelung.

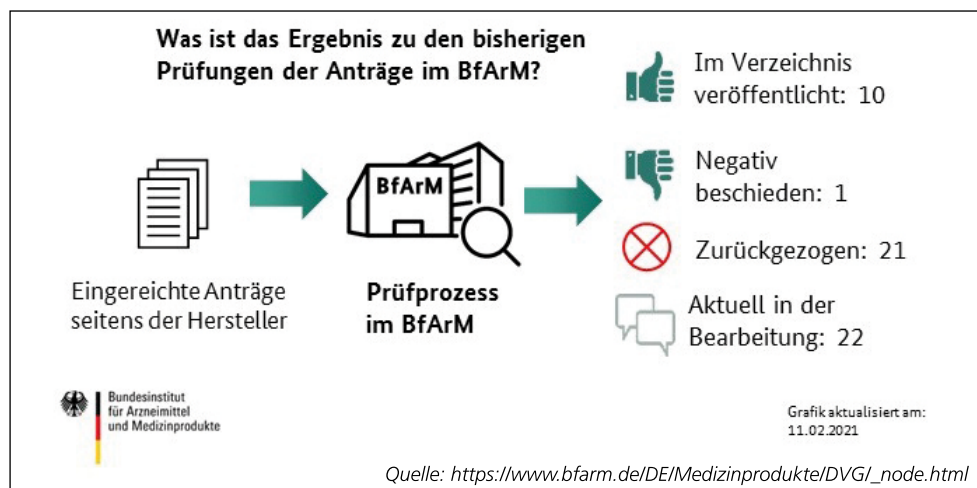
Anforderungen sind angemessen und wichtig

Gesundheits-Apps finden zunehmend Zuspruch, da sie die Interessen und Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer bedienen. Darauf reagiert der Markt mit ständig neuen Apps. Die Nutzerinnen und Nutzer sollten allerdings stets prüfen, ob Qualitäts- und Sicherheitsstandards angegeben und angewandt werden. Vor allem bei Gratis-Apps sollte geprüft werden,

mit welchem Einverständnis diese genutzt werden können und wie die Anbieter mit den erhobenen Daten umgehen. Gerade medizinische Daten wie Blutwerte, Medikationspläne oder Befunde u. a. m. sind sensible Daten, die geschützt und vor dem Zugriff Dritter gesichert werden müssen. Unter diesen Aspekten ist es richtig, dass Digitale Grundanwendungen (DiGA) die oben aufgeführten Anforderungen erfüllen müssen. Das ist auch ein Grund dafür, dass das „Verzeichnis für DiGA“ bis jetzt noch bescheiden ausfällt.

Verfahrensweise bei „App auf Rezept“ ein Systembruch?

Die bisherige Verfahrensweise bei der Verschreibung von medizinischen Produkten, nämlich dass diese ausschließlich von Ärzten vorgenommen wurden, erfuhrt bei den DiGA durch den Gesetzgeber eine erhebliche Erweiterung. Eine DiGA kann nunmehr auch von einem Psychotherapeuten verschrieben werden. Weitergehend ist die Möglichkeit, dass DiGA ohne ärztliche Verordnung direkt bei der Krankenkasse beantragt werden können. Beide Möglichkeiten sind gleichberechtigt. Entscheidungsgrundlagen der Krankenkassen für die Genehmigung ohne ärztliche Verordnung sind schon bekannte und vom Patienten angezeigte Diagnosen wie auch vorliegende frühere ärztliche Abrechnungsinformationen.



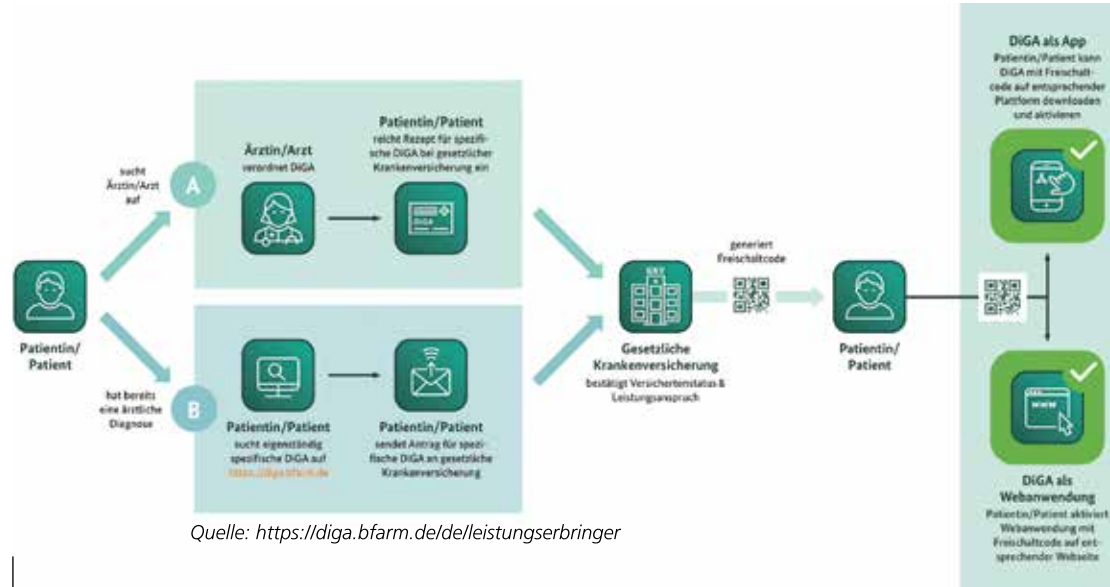
Nach der Genehmigung übermittelt die Krankenkasse einen Rezeptcode, mit dem eine DiGA als App oder als Webanwendung freigeschaltet werden kann.

Der Deutsche Bundesrat hat im September 2019 in seiner Stellungnahme im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für das „Digitale Versorgung-Gesetz“ in seiner 980. Sitzung die Sicht der Länder bezüglich des zweiten Weges ohne ärztliche Verordnung deutlich gemacht. Die Länder bewerten diese Vorgehensweise als Systembruch. Für die Länderkammer ist im Gesetz nicht eindeutig geregelt, wie sichergestellt werden kann, dass solche digitale Grundanwendungen nicht genehmigt werden, falls sie kontraindiziert sind.

Gleichberechtigte Teilhabe für Privatversicherte noch nicht gegeben

In der oben angeführten Stellungnahme im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für das „Digitale Versorgung-Gesetz“ hat die Länderkammer betont, dass alle Patienten von den digitalen Anwendungen profitieren sollten, und fordert, dass sichergestellt werden müsse, dass auch die Privatversicherten hierbei einzubeziehen seien, insbesondere bei der Anwendungen der Telematikinfrastruktur und der elektronischen Patientenakte.

Der PKV-Verband, die Interessenvertretung der Privaten Kranken- und Pflegeversicherer, hat die Hinweise des Deutschen Bundesrates aufgegriffen und in seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf des Patientendatenschutzgesetzes (PDSG) im März und Mai 2020 gefordert, dass ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden müsse, damit auch Pri-



Quelle: <https://diga.bfarm.de/de/leistungserbringer>

vatversicherte sicher und transparent digitale Grundanwendungen nutzen könnten. Die privaten Krankenversicherungen müssten mindestens die gleichen digitalen Angebote wie gesetzliche Krankenkassen anbieten können, um eine gleichberechtigte Teilhabe der Privatversicherten bei den digitalen Leistungen gewährleisten zu können.

Verbandsforderungen an private Krankenversicherungen und Landesregierung

Der Verband Reale Bildung wird im Rahmen der Interessenvertretung seiner Mitglieder die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Wir werden über unseren Dachverband „dbb beamtenbund und tarifunion“ und unseren Bundesverband VDR Einfluss nehmen, dass eine Gleichbehandlung aller Versicherten gewährleistet wird. Dabei werden wir darauf dringen, dass die Einbeziehung digitaler Leistungen in bestehende Krankenversicherungstarife nicht unweigerlich zu Erhöhungen der Versicherungsbeiträge führen dür-

fe. Wir sehen die Privatversicherer in der Pflicht, transparent und detailliert eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge zu begründen.

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 16.12.2020 (Az. IV ZR 294/19 und IV ZR 314/19) in zwei Fällen die Prämien erhöhungen einer privaten Krankenversicherung aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 für unwirksam erklärt mit der Konsequenz, dass die Krankenversicherung ihren Kunden die zu viel gezahlten Beiträge zurückerstatten muss. Das Urteil des Bundesgerichtshofs kann Auswirkungen auf bisher erfolgte Prämien erhöhungen aller privaten Krankenversicherungen haben.

Von der Landesregierung fordern wir, dass die Beihilfeleistungen durch digitale Leistungen erweitert werden. Eine Anpassung bzw. Aktualisierung ist dringend erforderlich.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrp-rlp.de

Quellen: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/guv-19-lp/digav.html>; https://www.bfarm.de/DE/Medizinprodukte/DVGI/_node.html; https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2019/0301-0400/360-1-19.pdf?__blob=publicationFile&v=1; <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/gesundheitspflege/aerzte-und-kliniken/gesundheitsapps-medizinische-anwendungen-auf-rezept-41241>

Fehlende Kontakte per Videostream „gelindert“

Jugend, Information, Medien: JIM-Studie 2020



Foto: AdobeStock

Die von den Landesmedienanstalten Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie dem SWR durchgeführte Studie erhebt seit zwanzig Jahren Daten zum Informations- und Medienverhalten von Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren. Bei der Befragung 2020 wurden 1.200 Jugendliche interviewt. Es wurde deutlich, dass sich durch die Pandemie das Medienverhalten verändert hat.

Smartphone als gängiger Begleiter

Ein vielfältiges Medienangebot bestimmt fast selbstverständlich den Alltag der jungen Menschen. Es gibt kaum einen Haushalt, in dem kein Fernseher, Smartphone, WLAN-Anschluss oder Computer vorhanden ist. Die Angebote von Streaming-Diensten wie Netflix oder Amazon prime spielen ebenfalls in der Mehrheit der Haushalte eine wichtige Rolle.

Auch der individuelle Besitz dieser Geräte hat bei Kindern und Jugendlichen zugenommen. Für 94 Prozent gehört das Smartphone zum gängigen Begleiter, und einen eigenen Laptop oder PC nutzen dreiviertel. Kommunikation und Spiele nehmen mit zusammen fast sechzig Prozent den größten Teil der täglichen Nutzungszeit ein, die Beschaffung von Informationen spielt mit elf Prozent eine eher untergeordnete Rolle.

Selbstorganisiertes Lernen fällt schwer

Trotz vielfältiger Möglichkeiten der Informationsbeschaffung gaben gerade Jugendliche in schulischen Prüfungsphasen an, dass ihnen das selbstorganisierte Lernen schwerfällt. Dies vor dem Hintergrund, dass sie zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Juli 2020 den Unterrichtsstoff mehrheitlich per E-Mail, Messenger-

Diensten oder via Lernplattform angeboten bekamen und nur ein Drittel mit dem klassischen Schulbuch arbeitete. Dennoch wurde das Unterrichtsangebot der Schulen in der Pandemie mit einer durchschnittlichen Zufriedenheit von 2,7 (Basis klassisches Notensystem) bewertet.

Täglich vier Stunden online

Ob für die Schule oder privat, 89 Prozent aller Kinder und Jugendlichen sind täglich durchschnittlich vier Stunden online. Dies ist indes auch den mangelnden Möglichkeiten zu „realen Treffen“ im vergangenen Jahr geschuldet. Die fehlenden „echten“ Kontakte mit Freunden in Schule und Freizeit wurden per Videostream „gelindert“. Damit einher geht eine höhere Konfrontation mit Hass- und Mobbingbotschaften.

MA/Quelle: <https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2020/>



QR-Code zum Download der Studie



Bezirk Koblenz

► DIGITALE BEZIRKSVERSAMMLUNG

Gesundheitsschutz ernst nehmen: Umgang mit Stress durch achtsame Lebensführung

Ein Schwerpunkt der diesjährigen Bezirksversammlung war die Vorbereitung der im Mai anstehenden Personalratswahlen, doch den Höhepunkt der Veranstaltung bildete ein außergewöhnlicher Vortrag der Gastreferentin Elisabeth Cartolaro über Möglichkeiten im Umgang mit Stress, in den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von ihren heimischen und schulischen Computern aus aktiv involviert wurden!

Vorsitzender Benjamin Bajraktari eröffnete die Bezirksversammlung mit seinem Bericht über die Bezirks-Aktivitäten des vergangenen Jahres, die, so betonte er, durch die Corona-Pandemie nicht an Qualität und Quantität eingebüßt hätten, sondern flexibel in digitaler Art und Weise durchgeführt worden seien. Für die gute Zusammenarbeit dankte er dem gewählten und erweiterten Bezirksvorstand. Den zugeschalteten Verbandsmitgliedern dankte er für die wichtigen Impulse, die diese aus den Schulen lieferten und die für eine erfolgreiche Verbandsarbeit elementar seien.

Für die anstehenden Personalratswahlen im Mai 2021 erteilten die Verbandsmitglieder im Anschluss ihre Zustimmungen zu den Kandidatenlisten des Bezirks Koblenz für die Wahl der Stufenvertretungen. Auch die Vertreter und Ersatzvertreter des Bezirks für den Landeshauptvorstand wurden gewählt.



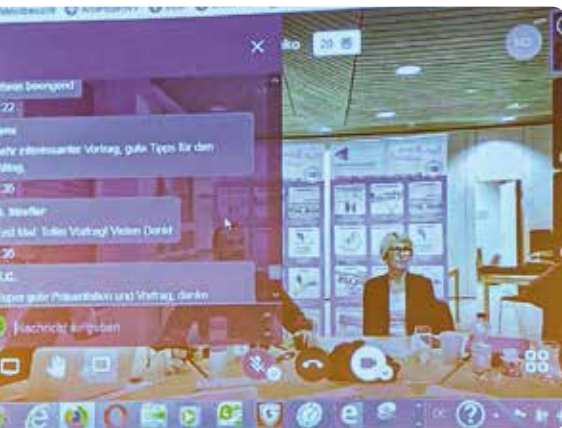
Leichter leben mit Achtsamkeit – Raus aus dem Stress!

Gastreferentin Elisabeth Cartolaro führt eine Beratungspraxis für Supervision und Coaching in Königswinter. Für ihren Vortrag „Umgang mit Stress – Leichter leben mit Achtsamkeit. Raus dem Stress unter besonderer Berücksichtigung des Schulalltags“ stimmte sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einer aktiven Phase des Innehaltens und Ausführens einiger Atemübungen auf die Thematik ein. Nach diesem Einstieg begann sie ihren Vortrag mit der Impulsfrage, was Stress für jeden selbst bedeute und woher wohl Glück komme.

Wann macht Stress krank?

Elisabeth Cartolaro beschrieb Stress aus der Beziehung zwischen dem Ausmaß an Herausforderungen und den eigenen Fähigkeiten. Sie betonte, dass es die eigene Interpretation einer Stresssituation sei, wie man Stress empfinde. Durch sogenanntes „Reframing“ müsse man versuchen, die negative Wahrnehmung von Stress zu einer positiven umzudeuten.

Sie beschrieb Stress und Erschöpfung als Spuren von Überlastung im Arbeitsalltag. Der ständige Stress mache krank. In einer übersichtlichen Darstellung unterschied Frau Cartolaro drei Stufen der Erschöpfungsspirale: In der ersten Stufe würden erste Anzeichen einer Erschöpfung, wie



Der Bezirksvorstand erhielt positive Rückmeldungen zu seinem Informations- und Fortbildungsangebot im Umgang mit Stress.

Schlafstörungen und auch physische Schmerzen auftreten, in der zweiten Stufe erfolge ein sozialer Rückzug, man sei reizbar oder sogar aggressiv. In der dritten Stufe würden die eigene Leistung und der Lebensmut schwinden, man sei starken Stimmungsschwankungen ausgesetzt. Diese Spirale könne letztendlich zu Depressionen führen.

Woher kommt eigentlich das Glück?

In ihrer Antwort auf diese Frage ging Elisabeth Cartolaro davon aus, dass Wohlbefinden und Glück zu fünfzig Prozent genetisch beeinflusst würden und zu zehn Prozent von äußeren Faktoren, wie Gesundheit oder dem beruflichen Erfolg abhängen. Folglich seien zu vierzig Prozent die eigene Haltung, also wie wir unser Leben betrachten und wie wir Ereignisse unseres Lebens deuten, für das eigene Wohlbefinden verantwortlich.

Tipps, um aus der Stressfalle herauszukommen

Zum Ende ihres Vortrages erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch zwei

Tipps für bewährte Wege aus der Stressfalle: „Mit Dankbarkeit lebt es sich besser“ und „Wacher und bewusster werden“.

Ziel für jeden Einzelnen müsse es sein, achtsam sich selbst gegenüber zu sein und seine Haltung, seinen Geist und auch sein Stressmuster zu erkunden. Es gebe einen zeitlichen Raum zwischen einem äußeren Reiz und einer Reaktion auf diesen Reiz, den man als Zeit der Achtsamkeit nutzen könne und in der man mit Atemübungen bewusst auf seine Reaktion Einfluss nehmen könne. Ein steigendes Selbstbewusstsein führe dazu, dass Probleme kleiner und das Leben somit leichter würden!



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Benjamin Bajraktari
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



Andreas Stegmann
andreas.stegmann@vrb-rlp.de

► VRB AM STUDIENSEMINAR KOBLENZ

Digitales Treffen im Ausbildungsendspurt unserer neuen Kolleginnen und Kollegen Wie geht es weiter? Gibt es Perspektiven nach dem Vorbereitungsdienst?

Anfang Dezember informierte der Bezirksvorstand Koblenz interessierte Examenskandidatinnen und -kandidaten im Bezirk, wie es nach dem Vorbereitungsdienst weitergeht.

Der Bezirksvorsitzende Benjamin Bajraktari betonte, Perspektiven seien im Land gegeben. Es werde versucht, jede gut ausgebildete Lehrkraft zu halten und einzustellen! Die Zahl der Planstellen müsse aber im Interesse besserer Arbeitsbedingungen spürbar erhöht werden.

Viele Fragen zur Bewerbungssituation und zu den Einstellungschancen an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen konnten geklärt werden. ADD-Referatsleiterin für Realschulen plus im Aufsichtsbezirk Koblenz, Beate Voigtländer, die



Aus einem improvisierten Studio organisierten die VRB-Vorstandsmitglieder das digitale Treffen mit den Referendarinnen und Referendaren des Koblenzer Seminars.

zeitweise zugeschaltet war, gab Auskunft über das Bildungswesen in Rheinland-Pfalz. Auch sie stand den Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern Rede und Antwort und machte Mut, die Herausforderungen offen anzunehmen und bald gut in den Schulen durchzustarten!

Auf Seiten des VRB wurde der Bezirksvorsitzende Benjamin Bajraktari durch seine Vorstandsmitglieder Gerhard Hein, Nicole Weiß-Urbach, Andreas Stegmann und Nico Cordes tatkräftig unterstützt.



Benjamin Bajraktari
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de

► STUDIENSEMINAR WALLERTHEIM

VRB im digitalen Austausch mit Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern

Zu Beginn des neuen Jahres trafen sich der VRB und Lehramtsanwärterinnen und -anwärter des Studienseminars Wallertheim über eine digitale Plattform.

Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari und Bezirksschatzmeisterin Nicole Weiß-Urbach informierten die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter zum Thema Planstellenvergabe. Unterstützt wurden die beiden von Andreas Stegmann und Nicolas Cordes, die ihr Referendariat in Koblenz bzw. Wallertheim absolviert haben. Alle Beteiligten kamen sehr schnell in einen offenen und konstruktiven Austausch, denn das Thema Planstellen steht bei den angehenden Lehrkräften ganz oben auf der Agenda.

Benjamin Bajraktari konnte umfassend zum Thema Planstellenvergabeverfahren berichten und auch zu den einzelnen Bezirken und Regionen einen Überblick geben. Die Referendarinnen und Referendare zeigten sich dankbar für die Informationen und Empfehlungen, welche ihnen Sicherheit und eine gute Orientierung gegeben hätten.

Im weiteren Verlauf des Treffens ermöglichte Andreas Stegmann den Interessierten einen Einblick in das Bewerberportal eSchule24 und ging auf Fragen dazu ein. „Wir sind dankbar über den spontanen Termin und die hilfreichen Informationen. Zudem sind wir nun bestens auf den Bewerbungsvorgang vorbereitet“, resümierte die ÖPR-Vorsitzende des Seminars, Anna-Lena Falk.



Der VRB drückt allen Referendarinnen und Referendaren die Daumen für eine erfolgreiche letzte Phase der Ausbildung.



Nico Cordes
nico.cordes@vrb-rlp.de



Benjamin Bajraktari
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



Bezirk Neustadt

► MIT PHANTASIE UND ENERGIE

VRB-Bezirksarbeit geht weiter

Der Bezirksvorstand sucht den Austausch

Regelmäßig trifft sich der Vorstand des VRB-Bezirks Neustadt zu virtuellen Sitzungen und erörtert dabei fortlaufend die aktuelle Corona-Entwicklung sowie die Situation der Lehrkräfte und der Schulen. Was läuft gut? Wo hakt es? Welche Forderungen können und müssen daraus abgeleitet werden?

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden auf jeder Vorstandssitzung thematisiert, aber sie sind nicht das einzige Thema. Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld bilden die Vorbereitungen der Personalratswahlen. Hier geht es auch um die Frage, wie wir unseren Verband in den Realschulen plus und in den Integrierten

Gesamtschulen präsentieren und positionieren können. Überlegungen aus dem Landesvorstand werden dabei immer eingebunden.

Der Kontakt zu unseren Kolleginnen und Kollegen und besonders zu unseren Mitgliedern spielt dabei eine besondere Rolle. Durch ihre Rückmeldung und Mithilfe gelingt es uns, die vielfältigen Bedürfnisse der verschiedenen Schulen und Schularten mitzudenken: „Wir freuen uns, wenn Sie als Lehrerin oder Lehrer, als Mitglied oder sogar als Delegierte oder Delegierter Ihrer Schule den Kontakt zu unserem Bezirks-

Bezirksvorstand NW mit seinem Referententeam: Saskia Tittgen, Martin Radigk, Katharina Bitz, Christoph Schneider, Regina Bollinger, Monika Antoni, Heidi Becker, Gudrun Deck, Michael Eich, Wolfgang Häring, Klaus Hirsch, Bernd Karst, Jochen Leonhardt, Maren Sassenroth, Regina Sersch und Wolfgang Wünschel

vorstand suchen und mit uns in den Austausch treten. Gerne bieten wir auch an, eine Personalversammlung an Ihrer Schule zu einem abgesprochenen Thema (notfalls digital) zu begleiten.“

Personalräte: Sprechstunden statt Schulungen

Die Personalräteschulungen können seit Monaten nicht wie gewohnt stattfinden. Deshalb bietet der VRB-Bezirk Neustadt ersatzweise Sprechstunden für örtliche Personalräte an.

Neue Realitäten fordern neue Wege. Statt wie üblich in einer ganztägigen Personalräteschulung mit unterschiedlichen Referenten verschiedene Themen zu erörtern und Fragen zu beantworten, legten wir im vergangenen Herbst die Priorität auf den Austausch. Die Mitglieder der örtlichen

Die Themenbereiche waren vielfältig und reichten von bestehenden Regelungen an einzelnen Schulen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, über Fragen zur Mehrarbeit und zum Gesundheitsschutz, bis hin zu Fragen bzgl. der Einleitung der Wahl bzw. der Bildung eines Wahlvorstandes. Auskunft gaben unter anderem Michael Eich, Martin Radigk, Saskia Tittgen, Christoph Schneider, Regina Bollinger und auch Katharina Bitz. Unterstützung gab es auch aus dem VRB-Bezirk Koblenz von Benjamin Bajraktari und Nicole Weiß-Urbach.

Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen zeigte sich zufrieden mit dem Sprechstunden-Format: „Es war eine interessante Erfahrung, die uns zeigt, wie wichtig der Austausch mit einzelnen Kolleginnen und Kollegen ist. Dieser Aufruf hat auch zu vielen persönlichen Telefonaten geführt. Ich freue mich, wenn wir auf diese Weise helfen können.“

Bezirksversammlung

Die Dezember-Bezirksversammlung des Bezirks Neustadt fand, wie viele weitere Angebote des VRB, online statt. Die Vorsitzende Saskia Tittgen begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Überblick stellte sie die unterschiedlichen Aufgaben, die von ihrem Bezirk im vergangenen Jahr realisiert wurden, vor: Es fanden 25 Bezirksvorstandssitzungen statt, in denen immer auch ein Update zur aktuellen Pandemiesituation und die daraus resultierenden Folgen für Schule, Unterricht und Kolleginnen und Kollegen erörtert wurden. Neben der Teilnahme an Personalversammlungen von Schulen, um konkrete Anliegen zu erfahren und gezielt Unterstützung geben zu können, fanden im Zusammenwirken mit dem Landesvorstand auch Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung, des Landesparlaments, dem Landeselternbeirat sowie der IHK und HWK statt.

Die Bezirksvorsitzende sprach Gudrun Deck ihren Dank aus für die stets gut organisierten kulturellen Begegnungen, von denen sich auch zahlreiche Mitglieder im Ruhestand angesprochen fühlen.

Zentrales Thema waren die im Mai anstehenden Personalratswahlen. An allen Schulen und Studienseminaren in Rheinland-Pfalz finden die Wahlen für den



Die digitale Bezirksversammlung nahm unter anderem den Jahresbericht des Bezirksvorstands entgegen und stellte die Weichen für die anstehenden Personalratswahlen.

Personalräte an Integrierten Gesamtschulen, an Realschulen plus und an den Studienseminaren hatten die Möglichkeit, aus einem großen Angebot einen Termin zu wählen und im Vorfeld Fragen einzubringen. Je nach Themengebiet konnten dann passende VRB-Referenten gefunden werden, um in Kleingruppen und im Einzelgespräch Fragen zu klären und schulische Themen zu besprechen.

... FÜR KULTURELLE BEGEGNUNGEN.

Blick über den Tellerrand hinaus

Schulische und unterrichtliche Anliegen und Verbandsthemen mit kulturellen, kollegialen und auch freundschaftlichen Begegnungen zu verbinden, ist in den Bezirksverbänden und auf Landesebene ein durchgängiges Angebot. **Gudrun Deck** organisiert das für den Bezirk Neustadt. Sie berichtet im folgenden Beitrag über ihre Arbeit, erfolgreiche Projekte, neue Ziele und auch über ihre Motivation, diese besonderen Begegnungen immer wieder zu arrangieren.

Begegnungen: Verbandskollege Karl-Heinz Walz führt die VRB-Gruppe im Wormser Dom.



Als ich 1980 an der Realschule Schifferstadt meinen Dienst als Realschullehrerin aufnahm, fand ich schnell zum VDR, einem Verband, der sich für die Belange

der Lehrkräfte ebenso einsetzt wie für die inhaltliche Weiterentwicklung unserer Schulen. Bei den Veranstaltungen des Verbandes traf ich Kolleginnen und Kollegen mit ähnlicher Einstellung und gleichen Interessen, woraus auch langjährige Freundschaften entstanden.

GROßE AUSWAHL IM KURPFÄLZISCHEN RAUM

Gut gefiel mir, dass der VDR sein Augenmerk über die originären Verbandsaufgaben hinaus auf die Erkundung von Betrieben in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis SchuleWirtschaft, auf kulturelle Veranstaltungen sowie auf Besuche von Kunstausstellungen in Museen und Galerien richtete.

1992 wurde ich gebeten, eine Führung durch die Sonderausstellung „Das Reich der Salier 1024–1125“ in Speyer zu organisieren. Dieses Veranstaltungsangebot stieß auf große Resonanz, was für mich ein Ansporn war, weiterhin nach entsprechenden Ausstellungen Ausschau zu halten. Hier in der Kurpfalz für den VDR-Bereich Neustadt eine geeignete Auswahl zu finden, ist nicht sonderlich schwierig: das Reiss-Engelhorn-Museum, die Kunsthalle und das Technikmuseum in Mannheim sowie das Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen bieten ebenso wie das Historische Museum

in Speyer oftmals mehrere Sonderausstellungen im Jahr an.

LANDESWEITE ANGEBOTE MIT GROSSER RESONANZ

Landesweite Angebote mit großem Zuspruch hatten wir für die Sonderausstellung „Nero – Kaiser, Künstler und Tyrann“ in Trier, ebenso für die Besichtigung der Romanischen Dome am Rhein in Speyer, Worms und Mainz. Hervorheben möchte ich die Besichtigung des Wormser Doms, weil unser Verbandskollege Karl-Heinz Walz einen detaillierten Überblick über die Geschichte dieses Domes geben konnte und die in Stein gehauene Symbolik am und im Dom anschaulich erläuterte. Höhepunkt der Führung war sein faszinierendes Orgelspiel in der Nikolauskapelle des Domes.

In den anschließenden Treffen in einer Lokalität nahe des Besichtigungsortes kamen über den kulturellen Austausch hinaus auch die Schule und die Verbandsarbeit zur Sprache.

NÄCHSTE ZIELE

Für die nächste Zeit stehen, neben weiteren Ausstellungsbesuchen in Museen, die Besichtigung der Kloster ruine Limburg bei Bad Dürkheim und der Festungsanlage in Germersheim, die in den letzten Jahren aus ihrem Dornröschenschlaf hervorgeholt wurde, auf unserem Veranstaltungsprogramm. Für das Kulturprogramm hat sich inzwischen ein begeisterter Stamm von Kolleginnen und Kollegen gefunden. Erfreulicherweise kommen aber auch immer wieder neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu.

ZUR PERSON



Seit über 28 Jahren organisiert und begleitet Gudrun Deck die kulturellen Veranstaltungen für unseren Verband im Bezirk Neustadt. Sie war von 1996 bis 2008 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes. Drei Landesvorsitzende, Hans Thielen, Jutta Grabkowski und Bernd Karst, haben sich auf ihre organisatorische Kompetenz stützen können. Gudrun Deck

wurde 1993 in den Hauptpersonalrat gewählt. Sie gehörte diesem Gremium bis 2008 an, zuletzt als stellvertretende Vorsitzende. Ihre Arbeitsschwerpunkte waren u. a. Ganztagschule, Gesundheitsschutz und Gleichstellungsfragen. Von 2008 bis 2016 war sie die Organisationsreferentin des Landesvorstandes.



Bezirk Trier

► ERSTE DIGITALE BEZIRKSVERSAMMLUNG

Herausfordernde Corona-Zeiten fordern auch die Bezirksarbeit heraus

Ein gemütlicher Sessel oder Bürostuhl, Bücherregale im Hintergrund, der Blick aus einem Fenster, Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit oder ohne Kopfhörer, so begegnet man sich in virtuellen Konferenzräumen, wenn Präsenzveranstaltungen unter Corona-Bedingungen nicht möglich sind.

So trafen sich die Mitglieder des VRB-Bezirks Trier Anfang November zur Bezirksversammlung, um im nichtöffentlichen Teil über die Verbandsarbeit im vergangenen Jahr informiert und zugleich auf den Personalratswahlkampf 2021 eingestimmt zu werden. Landesvorsitzender Timo Lichenthäler schaltete sich mit zu und dankte den Anwesenden für ihr Engagement und die vertrauensvolle Zusammenarbeit sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene.

Verabschiedung der Kandidatenlisten

Bezirksvorsitzender Christoph Krier präsentierte den Mitgliedern das Motto für die bevorstehenden Personalratswahlen und erläuterte das Nominierungsverfahren der Kandidatinnen und Kandidaten des Bezirks Trier für die Aufnahme in die Wahlvorschläge. Die Anwesenden wurden über das Procedere der Ausarbeitung und Erstellung der Kandidatenlisten sowie den

zeitlichen Ablauf informiert. Im Anschluss verabschiedete die Versammlung die Liste der nominierten Kandidatinnen und Kandidaten.

Digitale Elemente in der Schulentwicklung

Im zweiten Teil der Veranstaltung referierte Holger Schwab (Bezirksschatzmeister und Leiter des Medienzentrums Wittlich) über digitale Elemente in der Schulentwicklung. Hier legte er den Schwerpunkt auf das Videokonferenzsystem BigBlueButton, den Schulcampus und ging gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Frage nach, ob man sich bei den digitalen Endgeräten für Lehrkräfte für ein Tablet oder ein Notebook entscheiden sollte.



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Bezirksvorsitzender Christoph Krier (unten rechts) begrüßte die Mitglieder zur Bezirksversammlung im virtuellen Konferenzraum

► FORTBILDUNG FÜR PERSONALRÄTE

Die VRB-Bezirke Koblenz und Trier schulen online

„Der Gesundheitsschutz unserer Lehrkräfte kommt an erster Stelle!“ – Unter diesem Motto stand in diesem Jahr die VRB-Fortbildung für die schulischen Personalräte. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Inzidenzzahlen verlagerten die Bezirke die Schulungen ins Netz.



Personalrätefortbildung am 16. November 2020: Benjamin Bajraktari (3. Reihe links), Vorsitzender des Bezirkspersonalrats Realschulen plus, beantwortet Fragen zur aktuellen Rechtsprechung.



Schulung am 23. November 2020: Die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Katharina Becker (obere Reihe, 2.v. rechts) und Anna Becker (3. Reihe rechts) brachten sich u. a. bei den Themen Datenschutz, Mehrarbeit und Leistungsbewertung ein.

An zwei Schulungsterminen warteten interessierten Personalratsmitgliedern der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen ein Referententeam der Bezirke Koblenz und Trier zur Verfügung, um im gemeinsamen Austausch Fragen rund um die Rechte und Pflichten der örtlichen Personalräte in den Schulen zu erörtern. Der Fokus lag insbesondere zur Zeit der Coronapandemie auf der Funktion des Wächteramts, des Informations- und Mitbestimmungsrechts sowie der Wahrung der Friedenspflicht im engen Austausch mit den Schulleitungen vor Ort. Inhaltlich setzte Christoph Krier (Vorsitzender des Bezirks Trier) Schwerpunkte im Bereich der Nutzung des Videokonferenzsystems BigBlueButton, des Einsatzes von Kolleginnen und Kollegen der Risikogruppe im Fernunterricht sowie der verpflichtenden Aufgaben der Lehrkräfte im Falle des Szenarios 2 und des Szenarios 3. Weitere Schulungsbausteine waren Entlastungen bei Pausenaufsichten, der richtige Umgang mit der Mund-Nasen-Bedeckung und die Organisation einer Maskenpause im Laufe des Schulvormittags.

Einen Bericht zu aktuellen Themen, die momentan im Bezirkspersonalrat aufkommen, lieferte Nicole Weiß-Urbach, Vorstandsmitglied des Bezirks Koblenz und Mitglied des Bezirkspersonalrats Realschulen plus gemeinsam mit Benjamin Bajraktari, dem Vorsitzenden des Gremiums.

Benjamin Bajraktari beant-

wortete Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die u.a. die aktuelle Rechtsprechung und Entscheidungen der Justiziere der ADD Trier und des Bildungsministeriums betrafen.

Bei der Beantwortung der Fragen rund um Corona, wie beispielsweise zum Umgang mit dem Datenschutz, der Leistungsbewertung von Schülern oder zur Mehrarbeit wurde das Referententeam von den beiden stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Katharina Becker und Anna Becker des Bezirks Trier sowie durch Erwin Schneider, stellvertretender Landesvorsitzender, tatkräftig unterstützt.



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de

Personalratswahlen bestmöglich vorbereiten

An der digitalen Wahlvorstandsschulung des Bezirks Trier nahmen Kolleginnen und Kollegen von insgesamt 16 Schulen (zwei Grund- und Realschulen plus, elf Realschulen plus und zwei Integrierten Gesamtschulen) sowie dem Studienseminar Trier teil, um sich mit Blick auf die Personalratswahlen im Mai 2021 sowie auf die damit verbundenen Aufgaben des Wahlvorstands schulen zu lassen.



Digitale Fortbildung für Mitglieder von Wahlvorständen

Der Teilnehmerkreis setzte sich aus erfahrenen Lehrkräften, die schon als Wahlvorstandsmitglieder tätig waren, und jungen motivierten Kolleginnen und Kollegen, die das Amt in einem Wahlvorstand zum ersten Mal ausüben werden, zusammen.

Digitale Pinnwand fürs Eigenstudium

Mit der Begrüßung und einem kurzen Impulsvortrag durch den Bezirksvorsitzenden Christoph Krier wurde den Teilnehmerin-

nen ein Padlet zur Verfügung, das neben Präsentationen und Erklärvideos wichtige Links für die Wahlvorstände vorhält.

Bedeutung des Wahlausschreibens und der Aktualität des Wählerverzeichnis

Während Christoph Krier die Kolleginnen und Kollegen inhaltlich auf die Einleitung der Wahl und die Arbeit des Wahlvorstandes einstimmte, veranschaulichte Katharina Becker (stv. Bezirksvorsitzende) ihnen die

len haben kann, hoben beide Referenten hervor. So verwies Katharina Becker darauf, dass Kolleginnen und Kollegen, die aus unterschiedlichen Gründen (Elternzeit, Sabbatjahr, o. ä.) die Dienststelle nicht besuchen können, fortlaufend über die Wahl an ihrer Stammschule zu unterrichten seien. Dies träfe auch zu, wenn wegen der Corona-Pandemie eine Schulschließung erfolge.

Beratungs- und Unterstützungsangebot

Christoph Krier informierte die Wahlvorstandsmitglieder darüber, dass in Zeiten von Corona auch Sitzungen und Beschlüsse des Wahlvorstandes via Video- oder Telefonkonferenz herbeigeführt werden können. Im Ausblick Richtung Mai deutete sich zudem an, dass möglicherweise die Briefwahl eine bedeutende Rolle bei den Personalratswahlen spielen könne.

Nachdem die Schulungsgruppe hilfreiche Informationen und Empfehlungen für die Organisation und Durchführung der Personalratswahlen im Mai 2021 an die Hand bekommen hatte, wurden spezifische Fragen und Anliegen einzelner Wahlvorstandsmitglieder erörtert. Abschließend wünschten die Referenten den Schulungsteilnehmerinnen und Schulungsteilnehmern für die anstehende Zeit der Personalratswahlen gutes Gelingen und boten ihnen eine individuelle Beratung und Unterstützung an.



Digitale Pinnwand fürs Eigenstudium mit Zugriff auf Hintergrundinfos und Erklärvideos

nen und Teilnehmern das Konzept der digital gestützten Schulung vorgestellt, welches sich aus zwei Elementen zusammensetzte: aus einem Thementakt und Impulsvortrag mit anschließendem Eigenstudium, um die Theorie mit der Praxis zu verknüpfen und einen Übertrag zur eigenen Dienststelle herzustellen. Daran anknüpfend konnten Fragen, die während des Eigenstudiums aufkamen, in einer Austauschrunde thematisiert werden. Für das Eigenstudium stand den Lehrkräf-

Aufgaben, Rechte und Pflichten. Hierbei setzte sie den Schwerpunkt auf die Feststellung der i.d.R. Beschäftigten an der Dienststelle und die Ermittlung der Wahlberechtigung und Wählbarkeit der Lehrkräfte an den einzelnen Schulen. Im Zuge dessen wurden die Bedeutung des Erlasses des Wahlausschreibens und die kontinuierliche Bearbeitung des Wählerverzeichnisses hervorgehoben. Dass die Corona-Pandemie auch Einfluss auf die Arbeit des Wahlvorstandes und die Personalratswah-

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de

Den 8. Juli 1997 kann man gestrost als Meilenstein der Geschichte des damaligen VDR-Bezirksverbands Trier sehen.

... FÜR DIE STUDIENSEMINARE UND DIE SCHULEN:

Momente, die betroffen machten: Kundgebungen und Demo des VDR-Bezirksverbandes Trier

Die Ansichten darüber, was Schul- und Bildungspolitik erfolgreich macht, gehen je nach Standpunkt auseinander. Unstrittig ist jedoch, dass die Unterrichtsversorgung eine entscheidende Rolle spielt. In den letzten Jahren hat die Bildungspolitik die VRB-Position, sie müsse 100 plus x Prozent betragen, aufgenommen und bewegt sich darauf zu.

Die Auseinandersetzungen darüber gehen auf die neunziger Jahre zurück. Die damalige Landesregierung legte anstelle eines Entwicklungsprogramms ein Sparprogramm auf, das auf Kosten der Anwärterinnen und Anwärter in den Studienseminaren gehen sollte. Unser Bezirksverband Trier und das Studienseminar Trier gingen daraufhin „auf die Straße“. **Hanns Peters, Birgitt Maczuck und Gerhard Klein** erinnern sich im folgenden Beitrag an Momente, die unter die Haut gingen, und berichten, was sie erreichen konnten.

Die Erinnerung zeigt, dass sich viele Probleme der Schule wie beispielsweise die Lehrerversorgung nur sehr wenig gewandelt haben. Von der Realisierung der Forderungen des Verbandes nach einer Unterrichtsversorgung von „100 + x“ träumt man noch heute. Damals gab es Lehrkräfte genug, heute in manchen Bereichen eher zu wenig. Aber kommen wir doch von der allgemeinen Betrachtung zum Konkreten:

DEN FINGER IN DIE WUNDE LEGEN

Für den Bezirk Trier waren zum neuen Schuljahr 1997/98 keine Neueinstellungen vorgesehen. Und zum 1. Februar 1998 sollte das Studienseminar 64 geprüfte Realschullehreranwärterinnen und -anwärter entlassen. Es war voraussehbar, wie groß die Not für die kommenden Absolventen sein würde.

Für den Bezirksvorstand war dies ein unhaltbarer Zustand. Es hieß nun, „den Finger in die Wunde zu legen“, sprich: das Bildungsministerium in Zugzwang zu bringen.

GEMEINSAMES INTERESSE: BERUFLICHE PERSPEKTIVEN ERÖFFNEN

Vorauszuschicken ist, dass der VDR-Bezirksverband, das Studienseminar Trier und die Auszubildenden das gemeinsame Interesse hatten, den Anwärterinnen und Anwärtern eine berufliche Perspektive zu eröffnen.

Infoveranstaltungen zu Beginn der Ausbildung waren immer gut besucht und somit auch Gelegenheiten, Brücken zwischen Seminar und Verband

zu schlagen. Wie initiativ der VDR-Bezirk Trier in diesem Sektor schon damals war, zeigte sich bereits in den 80er Jahren. In Kooperation mit dem Bezirksverband Koblenz wurde als Hilfsangebot die Broschüre: „Als Realschullehrer arbeitslos“ herausgegeben. Anfang der 90er Jahre unterstützte der Bezirk Trier die Initiative „Kreis Arbeitsloser Realschullehrer“ (KARL). Gemeinsam machten junge Lehrkräfte und der Bezirksvorstand auf die Nöte der Studienseminarabsolventen aufmerksam. Sie vertraten – vom Verband unterstützt – ihre Interessen offensiv, zum Beispiel 1992 bei einer gemeinsamen Groß-Demo von VDR und PhV in der Mainzer Rheingoldhalle.

KUNDGEBUNG VOR DER PORTA NIGRA UND DEMONSTRATIONSZUG DURCH TRIER

Nach einer Kundgebung vor der Porta Nigra in Trier, bei der u. a. der damalige Landesvorsitzende Hans Thielen und sein Vorgänger Karl-Heinz Dahlke sowie die Bezirksvorsitzende Birgitt Maczuck vor einigen Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprachen, sorgten die Anwärterinnen und Anwärter für Momente, die betroffen machten, weil sie ihre prekäre Situation verdeutlichten. Mit Spruchbändern und Trillerpfeifen ging es dann durch die Trierer Innenstadt, um ein noch größeres Publikum für die Pro-



Kundgebung vor der Porta Nigra: Anwärterinnen und Anwärter kritisierten die Einstellungspolitik des Landes unter anderem mit dem Slogan „FLOP!“, den Sie auch auf ihren T-Shirts trugen: „Frische Lehrer ohne Perspektive“

blematik zu sensibilisieren. Am Ende hatten alle den Eindruck, etwas bewegt zu haben.

ERFOLG SPRICHT FÜR SICH

Im Bericht über die Demo in der „Realschule in Rheinland-Pfalz“ hieß es anschließend sinngemäß: Junge Menschen, die neben der Belastung durch eigenständigen Unterricht, Seminaren, Unterrichtsbesuchen, Lehrproben und Hausarbeit, noch eine solche Veranstaltung (mit-) gestalten können, braucht der Schuldienst. Sie verdienen Respekt und eine Stelle.

Zum 1. Februar 1998 erhielten alle 64 Absolventen des Studienseminars eine Stelle. Der Erfolg sprach für sich.



Beim Demonstrationzug durch die Trierer Innenstadt forderten Anwärtinnen und Anwärter zusammen mit unserem Verband berufliche Perspektiven ein und kritisierten mit starken Symbolen die Einstellungs- und Sparpolitik des Landes. Mit dem Plakat „KOSI-nein danke“ kritisierten die Demonstranten ein vom Land aufgelegtes Sparprojekt mit dem Namen „Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bis 2010“. Es setzte u. a. auf fachspezifische Deputatserhöhungen, die am Ende verhindert werden konnten.

ES ERINNERN SICH



Birgitt Maczuck

Studium Französisch und Geschichte in Freiburg und Mainz. Seminarbildung in Koblenz. Lehrtätigkeit an der Ludwig-Simon-Realschule Trier. Seit 1984 stellv. Bezirksvorsitzende VDR-Bezirk Trier, ab 1988 bis 2005 Bezirksvorsitzende. Landesgeschäftsführerin 1990–1994. Hauptpersonalratsmitglied (und Stellv. Vorsitzende) 1988–2004.

Wichtiges Arbeitsfeld in der Verbands-Arbeit: Lehrerbildung (Universität/Seminar).



Gerhard Klein

Studium in Frankfurt: Mathematik und Physik. Seminarbildung in Trier. Realschullehrer an der Hermann-Staudinger-Realschule Konz 1974–2010. Fachleiter für Pädagogik und Didaktik am Studienseminar Trier 1977–2010. VDR-Delegierter am Studienseminar. Referent für Lehrerbildung im VDR-Landesverband 1988–2008. Langjähriger Mitarbeiter im Bezirksvorstand Trier.



Hanns Peters

Studium Englisch, Geschichte an der Universität Trier. Seminarbildung in Koblenz. Langjährige Lehrtätigkeit an der Erich-Kästner-Realschule Hermeskeil. Lehrtätigkeit an den Realschulen Mäusheckerweg Trier und Realschule/Realschule plus Saarburg. Personalratsvorsitzender in Hermeskeil; Bezirkspersonalrat Trier ab 1988; Bezirkspersonalrat Realschule/Duale Oberschule bei der ADD 2000–2009; Bezirkspersonalrat Realschule plus 2009–2013.

Lehrer mit „drei Leben“

Trauer um den Ehrenvorsitzenden Hans Thielen



Der Verband Reale Bildung trauert um Hans Thielen. Unser Ehrenvorsitzender und ehemaliger Bundesvorsitzender verstarb am 25. Dezember 2020. „Drei Leben“ habe er in seiner aktiven Zeit gelebt, resümierte er anlässlich seines Geburtstagsempfangs vor vier Jahren in seinem Heimatort Korlingen: „Eins mit der Familie, eins mit der Schule und eins mit dem Verband.“

Hans Thielen wurde am 4. Oktober 1936 in Trier geboren. Seine Eltern hatten für ihn eine Lehre als Drucker vorgesehen, Hans Thielen entschied sich aber für das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und legte dort sein Abitur ab. Seine berufliche Laufbahn begann nach dem Studium der Fächer Deutsch und Geschichte als Junglehrer an den Volksschulen in Geichlingen und Fell. Nach den anfänglichen Dienstjahren entschied er sich zum Laufbahnwechsel. 1967 legte er die „Aufstiegsprüfung“ für das Lehramt an Realschulen ab, unterrichtete dann an der Robert-Schumann-Realschule in Trier und wurde 1973 Gründungsschulleiter der Realschule Speicher. Von 1987 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2001 leitete er die Hermann-Staudinger Realschule Konz.

Erste Verbandserfahrung erwarb Hans Thielen im Bezirksverband Trier. Dort war er von 1975 bis 1981 Bezirksvorsitzender. Sein Wirkungskreis sollte sich sukzessive erweitern. Hans Thielen wurde 1981 zum Stellvertretenden VDR-Landesvorsitzenden und 1993 auf dem Landesrealschultag in Bingen zum VDR-Landesvorsitzenden gewählt. In seiner Antrittsrede sagte er der damaligen Bildungsministerin Rose Götte: „Frau Ministerin, die Realschullehrerinnen und Realschullehrer stehen als Beamte loyal hinter jeder demokratisch gewählten Regierung. Als Bürger und Pädagogen erlauben wir uns jedoch eine eigene Meinung.“ (*RS in RLP, Heft 3/93, S. 181*)

Den Landesvorsitz übte Hans Thielen bis 1998 aus, zeitlich parallel begleitete er das Amt des Stellvertretenden VDR-Bundesvorsitzenden. Im Mai 1998 übernahm Hans Thielen in Nachfolge des im Oktober 2020 verstorbenen Dr. Walter Trapp schließlich den Bundesvorsitz. Anerkennend schrieb die damalige Chefredakteurin unserer Landeszeitschrift, Christiane Lehmann, nach Hans Thielens Wechsel in das Amt des VDR-Bundesvorsitzenden (*RS in RLP, Heft 3/1998, S. 10*): „Wer Hans Thielen kennt, weiß, dass er kein Mann von Halbherzigkeiten ist. (...) Sein hoher Sachverstand, sein sicheres politisches Gespür, sein hartnäckiges Verhandlungsvermögen und Verhandlungsgeschick, sein bewundernswerter

Fleiß und sein ständiger persönlicher Einsatz zum Wohle unserer Schullart bleiben uns auf höherer Ebene erhalten (...).“

Führungsbewusst und zugleich teamorientiert hat sich Hans Thielen leidenschaftlich für die Realschule und die reale Bildung eingesetzt. Anerkennung und Wertschätzung hat er auf allen Ebenen erfahren. Druckreif waren seine Reden. Seine Freunde konnte er mit guten Argumenten überzeugen, seine politischen Gesprächspartner brachte er damit oft ins Wanken. Hans Thielen hat sich immer für ein differenziertes Schulsystem eingesetzt, er hat Entwicklungen eingeleitet und mitgetragen. „Verbandsarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn sie von möglichst vielen Menschen getragen wird. Viele Hände schaffen das Ganze.“ (*Die Realschule in RLP, Heft 4/96, S. 140*) Als Mitglied des Hauptpersonalrates für Realschulen, dessen Vorsitz seinerzeit Wolfgang Wünschel ausübte, und als VDR-Landesvorsitzender bewegte sich Hans Thielen in seiner Rollenvielfalt zwischen respektvoller Zurückhaltung und notwendiger Offensive.

Zwischen 1998 und 2002 war Hans Thielen VDR Bundesvorsitzender. Er nutzte dieses Mandat, sich mit wichtigen Ansprechpartnern zu vernetzen.

Dazu gehörten die Wirtschaftsverbände wie DIHK, BDI und BDA, Kultusministerinnen und Kultusminister, Bildungsgremien der Parteien, Verbände und Kirchen und der Bundeselternrat. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden aus der Verbandsarbeit auf Bundesebene blieb er dem VDR und dem VRB eng verbunden. Als sachkundiger Mitarbeiter blieb er bis 2008 im Referat „Beamtenrecht und Versorgung“ ein wertvoller Ratgeber und in schulpolitischen Fragen ein höchst kompetenter Mitstreiter.

Welch' eine schöne und interessante Zeit durfte Hans Thielen durchleben! Wir sehen eine bemerkenswerte Lebensleistung. Einfach war es nicht immer. Aber gerade die Herausforderungen waren für ihn immer wieder gleichermaßen Anreize und Handlungsmotive. „Ohne das Verständnis meiner Frau Gudrun hätte ich die Aufgabenvielfalt nicht bewerkstelligen können“, bekannte Hans Thielen, Vater von drei Söhnen und einer Tochter in Dankbarkeit gegenüber seiner Familie. Wir werden Hans Thielen in würdiger Erinnerung behalten und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Bernd Karst
Ehrevorsitzender

Timo Lichtenthäler
Landesvorsitzender

Der Verband Reale Bildung Rheinland-Pfalz trauert um seinen langjährigen Vorsitzenden

Hans Thielen

Ehrevorsitzender
des Verbandes Deutscher Realschullehrer und des Verbandes Reale Bildung RLP
Bundesvorsitzender
des Verbandes Deutscher Realschullehrer

* 4. Oktober 1936 † 25. Dezember 2020

Hans Thielen setzte sich unermüdlich für die Bildungsqualität in Rheinland-Pfalz ein. Sein berufliches Leben stand ganz im Zeichen der Weiterentwicklung der Realschule und der Realen Bildung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland. Wir gedenken seiner Verdienste mit großer Dankbarkeit und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Timo Lichtenthäler
Vorsitzender des Verbandes Reale Bildung in Rheinland-Pfalz
Im Namen aller Verbandsmitglieder

Bedeutung der Personalvertretung (nicht nur) in Corona-Zeiten

Die Corona-Pandemie hat uns die Schwächen des Bildungssystems vor Augen geführt, die unter dem Brennglas der Pandemie noch einmal eine intensive Schärfung erfahren haben. Die Corona-Krise hat allerdings auch aufgezeigt, wie die schulische Personalvertretung sich in der Krise bewährt hat.

Einbindung der Personalvertretung ist keine „einseitige“ Dienstanangelegenheit

Das Bildungsministerium hat während der Krise gezeigt, wie die Hauptpersonalvertretungen mitgenommen werden können, allerdings erst nach (Lern-)Prozessen. In den wöchentlichen Schalten wurden die Vorsitzenden lediglich über Entwicklungen und Maßnahmen informiert und das häufig sehr kurzfristig und ohne vorherige Einbindung. Es entstand der Eindruck, dass hier „Fakten geschaffen“ wurden und unsere Einwände bestenfalls „mitgenommen“ wurden. Vor den Weihnachtsferien des letzten Jahres war dann das Resultat davon klar zu erkennen: Die Akzeptanz war nicht mehr gegeben und es drohte eine Entfremdung der Lehrkräfte gegenüber ihrem Dienstherrn.

Poltern wie Wegducken sind unangebracht

Auch die Personalvertretung stand von Beginn an unter großem Erwartungsdruck. Die Personalratsarbeit spielt sich – im Gegensatz zur VRB-Verbandspolitik – eher im Hintergrund ab. Personalräte betreiben Interessenvertretung und (fast) keine Interessenpolitik. Eigene Verbandshintergründe müssen ausgeklammert werden, deshalb verbieten sich sowohl parteilich motivierte Stimmungsmache als auch duldsames Wegsehen. Dennoch: Selten sahen sich sowohl der Bezirks- wie der Hauptpersonalrat Realschulen plus genötigt, mit Eilmeldungen, Statements und Standpunkterläuterungen (HPR informiert) Position zu beziehen. Viele Kolleginnen und Kollegen erfuhren direkt, wie ihre Personalvertretung sich für ihre Interessen einsetzt. Beispiele: In manchen Bezirken sollten Lehrkräfte während der

Schulschließungen – unabhängig von Schülerzahlen – ihren Dienst in der Schule verrichten, Homeoffice-Einsatz sollte an einigen Schulstandorten als Minusstunden gerechnet werden und ausgerechnet die 10. Klassen sollten als erste Klassen in den Präsenz- und Wechselunterricht zurückkommen – zur Berufsvorbereitung. Gegensteuerung war dringend erforderlich. Das alles konnte abgewendet werden, wozu der engmaschige Austausch und die Absprachen zwischen Bezirks- und Hauptpersonalrat über deren Vorsitzenden maßgeblich beigetragen haben.

Personalratsarbeit muss die Interessen aller in den Blick nehmen

Es gibt immer auch Unzufriedenheit mit der Arbeit der Personalvertretung. Manche Kolleginnen und Kollegen verwechseln Personalratsaktivität mit Verbands- und Gewerkschaftsarbeit. Sie wünschen sich eine kompromisslosere Haltung ihrer Interessenvertretung – ungeachtet dessen, ob das gesetzeskonform oder zielführend ist. Daneben gibt es immer wieder Bestrebungen einzelner Personen oder Gruppierungen aus dem schulischen Bereich, an der Personalvertretung vorbei Partikularinteressen durchzusetzen. Sie übergehen dabei den Dienstweg und die Personalvertretung und stellen ihre Position, obwohl sie durch kein Wahlmandat legitimiert sind, als die aller dar.

Personalvertretung durch Verwaltungsgericht gestärkt

Das Verwaltungsgericht Mainz hatte im Dezember vergangenen Jahres einen Beschluss gefasst, der die Personalvertretungsarbeit nachhaltig stärkt. In der Sache wollte ein Leiter einer Dienstbehörde den Haushaltsvoranschlag nicht länger mit dem zuständigen Hauptpersonalrat erörtern. Das Gericht bestätigte vollumfassend die Position des Hauptpersonalrats. Der Beschluss ist in zentralen Aussagen auch über den eigentlichen Inhalt wegweisend, denn es wird deutlich, dass Erörterungen zwischen Dienststellen und Personalvertretungen „rechtzeitig“ und „eingehend“ und „mit dem ernstesten Willen zur Verständigung“ erfolgen sollen. Kurzfristiges „Infor-

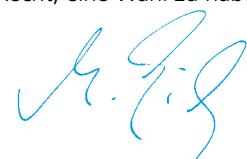
mieren“ und abwiegelndes „Mitnehmen“ sind also nicht mit dem LPersVG vereinbar.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit: Voraussetzung für konstruktive Zusammenarbeit

Die Erfahrung zeigt, wenn Dienststellen und Personalvertretungen gemäß Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG) „vertrauensvoll und im engen Zusammenwirken“ zusammenarbeiten, dann gelingt es auch in fordernden Zeiten, gemeinsam zu tragfähigen Lösungen zu finden. Das gilt für alle Ebenen – ob nun vor Ort in den Schulen, in den Schulaufsichtsbezirken oder im Bildungsministerium. Das setzt wechselseitig Kommunikationsfähigkeit, Empathievermögen und Kompromissbereitschaft voraus. Es mag sein, dass die Lösungsfindung dadurch langwieriger wird, doch die Akzeptanz der Entscheidungen wird dafür umso höher sein.

Im neuen Jahr bezieht das Bildungsministerium die Personalvertretungen „nachhaltiger“ ein. Fürsorge und Gesundheitsschutz werden nunmehr angemessen berücksichtigt. Es hat sich gezeigt, dass auch der Landeselternbeirat und die Landes Schüler*innenvertretung viele Positionen der schulischen Personalvertretungen teilen.

KlarText: Gerade in der Corona-Krise ist deutlich geworden, wie wichtig eine starke Personalvertretung ist. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn in vielen Bundesländern gibt es keine schulartenbezogenen Personalvertretungen. Die Landesregierung sollte inzwischen erkannt haben, dass sie selbst profitiert, wenn sie die Personalvertretung mit dem „ernsten Willen zur Verständigung“ einbezieht. Eine unabhängige Personalvertretung schützt unsere Schulen und Kolleginnen und Kollegen auch davor, dass gegen Ihre Interessen Partikularinteressen durchgesetzt werden. Im Mai finden Personalratswahlen statt. Setzen Sie ein Zeichen! Nutzen Sie Ihr Recht, eine Wahl zu haben!





Achtung!
 Sie bekommen keine Post mehr vom VRB?
 Bitte Mitgliedsdaten aktualisieren!

Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach

Unterstraße 19
56814 Faid

mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95

In der kommenden Ausgabe ...



- berichten wir über die Koalitionsverhandlungen, die Regierungsbildung und die Perspektiven der rheinland-pfälzischen Schul- und Bildungspolitik,
- präsentieren wir den neuen VRB-Landesvorstand und informieren über die Ergebnisse der Hauptversammlung,
- analysieren wir die Ergebnisse der Personalratswahlen und präsentieren die VRB-Teams in den Stufenvertretungen,
- fragen wir, wie Schule und Lehrkräfte die aktuellen Corona-Herausforderungen bewältigen,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- schlagen wir ein weiteres Kapitel auf in der Jubiläumsreihe „Glückwunsch VRB – 70 Jahre Engagement für die Lehrerschaft“ mit Georg Stenners Verbandsgeschichte und weiteren Zeitzugberichten,
- stellen wir die aktuellen Ergebnisse unserer Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden vor,
- informieren wir über digitale Angebote, Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände.

Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel: 0 62 32 / 4 04 44
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Michael Eich (Eic),
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),
Regina Sersch (Ser)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
7.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

LETZTE MELDUNGEN



DIE LETZTE SEITE

► **VORANKÜNDIGUNG:
NEUER TERMIN DER HAUPTVERSAMMLUNG: 23. JUNI 2021**

Der Geschäftsführende Vorstand hat den im April geplanten Termin für die Hauptversammlung gestrichen. Ausschlaggebend für die Entscheidung war die schwer einzuschätzende Entwicklung der Pandemie im Frühjahr, die eine langfristige Planung einer analogen Hauptversammlung nicht zulässt.

Um eine Hauptversammlung zu dem neu angesetzten Termin durchführen zu können, hat der Landesvorstand entschieden, in den weiteren Planungen zweigleisig zu fahren. Wir planen eine analoge wie auch eine virtuelle Hauptversammlung. Sie wird auf wesentliche Tagungsordnungspunkte beschränkt.

Als Tagungsstätte wurde die Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim gebucht. Die Mög-

lichkeit einer virtuellen Hauptversammlung ohne physische Präsenz der Mitglieder hat sich der Vorstand von unserer Justiziarin Antonia Dufeu erläutern lassen. Wir ermöglichen im Wege elektronischer Kommunikation, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Rechte ausüben können. Abstimmungen bzw. Wahlen werden wir über ein weiteres bewährtes Tool rechtskonform

durchführen können. Wir haben damit bereits auch bei der Landeshauptvorstandssitzung gearbeitet.

Sollte die geplante Hauptversammlung aus Gründen, die wir heute noch nicht erkennen können, wiederum nicht durchgeführt werden können, verbleibt laut Satzung der gewählte Vorstand im Amt.

Wir bitten Sie, sich auf unserer Website über den Planungsstand zur Hauptversammlung auf dem Laufenden zu halten.

► **Ärgernis Videokonferenzsysteme: Schulen fühlen sich allein gelassen!**

In den Schulen äußert sich auf breiter Front zunehmend deutliche Kritik über die vom Land vorgegebene Nutzung von Lernplattformen und über das Verbot, Videokonferenzsysteme der weltweit führenden Hersteller von praxistauglichen Softwarelösungen einzusetzen.

VRB-Vorsitzender Lichtenthäler macht darauf aufmerksam, dass für Unternehmen im Gegensatz zu Schulen die Nutzung der pro-

fessionellen Videokonferenzsysteme datenschutzkonform möglich sei, sofern sie eigene IT-Strukturen in Deutschland und Europa betreiben. „Warum kann das Land Rheinland-Pfalz nicht in vergleichbarer Weise die IT-Voraussetzungen für die Nutzung schaffen?“, stellt der Landeschef die bisherige schulische Digitalstrategie des Landes in Frage und fordert, dass das Land in Verhandlungen mit

den Weltkonzernen Lösungen im Sinne einer datenschutzkonformen Nutzung in der Schule findet. „Am Geld darf diese Lösung nicht scheitern, wenn der Lernerfolg durch eine im Schulalltag ohne Probleme und Störung einsetzbare Softwarelösung gesichert werden kann“, so Timo Lichtenthäler.

Auszug VRB-Pressesmitteilung vom 22.2.21

► **NEUE IMPFREIHENFOLGE**

Grund- und Förderschullehrkräfte sowie Kita-Personal sollen früher gegen Covid-19 geimpft werden als bisher geplant. Darauf haben sich Bund und Länder geeinigt.

In Rheinland-Pfalz hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) angekündigt, dass Erzieherinnen, Tageseltern, Grundschul- und Förderschullehrkräfte ab März geimpft werden sollen.

Baden-Württemberg geht noch einen Schritt weiter. Hier kön-

nen sich ab sofort alle Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte impfen lassen - egal, an welcher Schule sie unterrichten und ob sie bereits wieder in Präsenz an der Schule sind.

Alena Buyx vom Deutschen Ethikrat blickte skeptisch auf

die bevorzugte Impfung von Beschäftigten in Schulen und Kitas. Das politische Motiv sei nachvollziehbar, und es gebe breiten gesellschaftlichen Rückhalt. Doch andere Risikogruppen empfinden die Entscheidung als schwierig.

Wü/Quelle: swr.de und deutschlandfunk.de am 23.02.2021

Foto: Adobe Stock

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L

Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR

Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum

Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

(sofern bekannt) IBAN BIC

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



